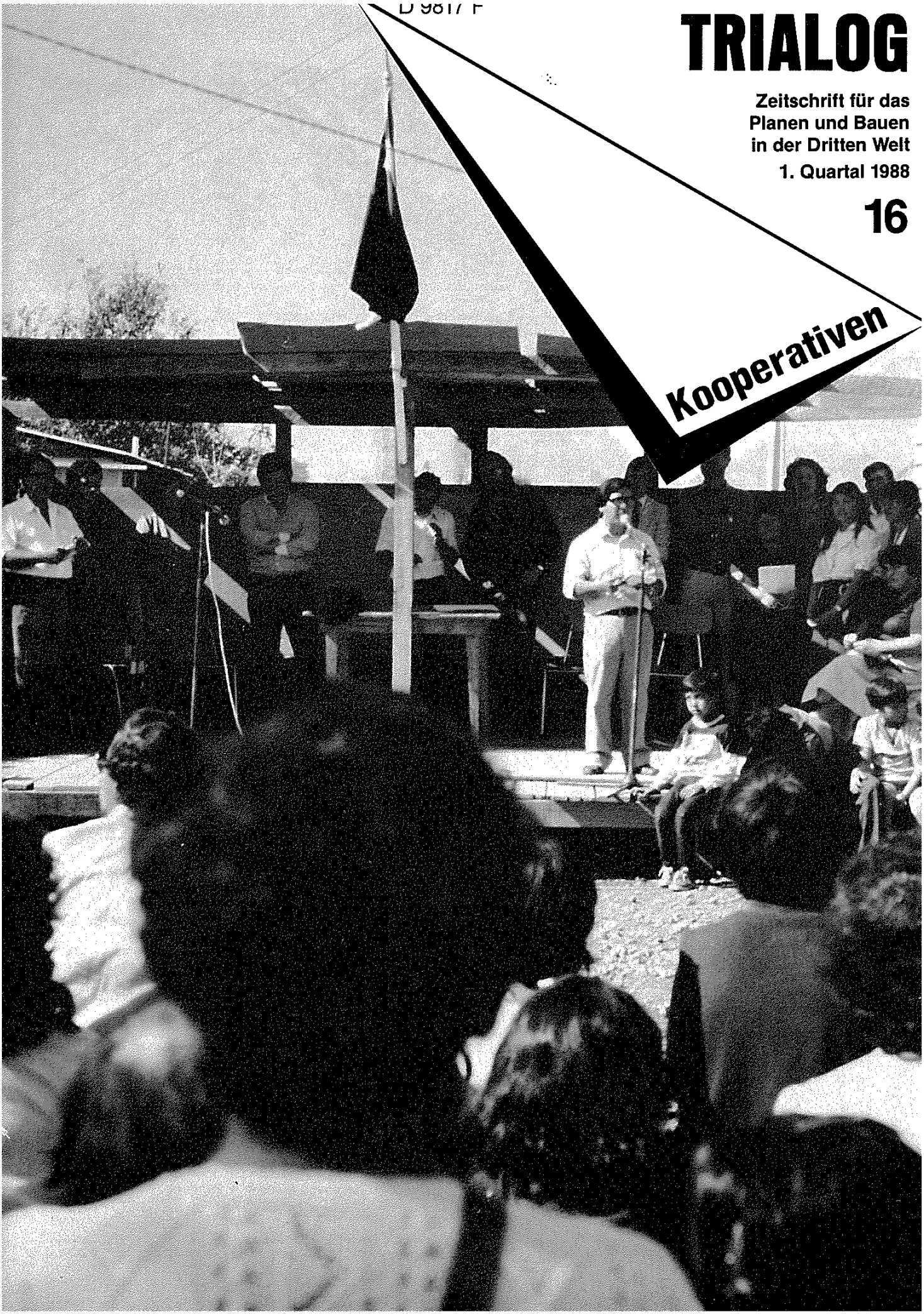
D 9817 F

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt
1. Quartal 1988

16

Kooperativen



Impressum:

Herausgeber und Verleger von TRIALOG ist die „Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern" e.V. (gemeinnützig).

Redaktions- und Vereinsanschrift:
TRIALOG
Ploenniesstr. 18, D-6100 Darmstadt

V.i.S.d.P.: J. Baldermann, J. Kotowski-Ziss, F. Hohnerlein
Layout: J. Baldermann, J. Kotowski-Ziss, F. Hohnerlein

Titelfoto: 'Constryendo Juntos', Santiago (Foto: J. Baldermann)

ISSN Nr.: 0724-6234
Satz: Ab-Satz, München
Druck: Stadtdruck, Freising

Gedruckt mit Unterstützung der
Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber/innen und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle und mit der Bitte um Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Artikel, inhaltliche Beiträge und Informationen sind an die Vereinsadresse oder an die regionalen TRIALOG-Kontaktpersonen zu richten:

— Kosta Mathéy, TRIALOG Geschäftsstelle Süd, Hofangerstr. 21, 8000 München 83, Tel.: 089 / 400715
— Jürgen Oestereich, Am Dickelsbach 10, 4030 Ratingen 6, Tel.: 02102 / 60740
— Joanna Kotowski-Ziss, TRIALOG Geschäftsstelle Mitte, Dambachtal 9, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121 / 526162
— Florian Steinberg, z.Zt. c/o TRAINING FOR IUIDP, Jalan Brawijaja 1a No. 13, Jakarta, Indonesia
— Hans Harms, Ulrike Zschaebitz, TU Hamburg-Harburg, FSP 6, Städtebau III, Schwarzenbergstr. 93c, 2100 Hamburg 90, Tel.: 040 / 77170-269-(2670)
— Rita Mrotzek-Sampat, Ingrid Hermannsdörfer, c/o Planen und Bauen in Entwicklungsländern, THD, Petersenstr. 15, 6100 Darmstadt, Tel. 06151-163637 / 423233
— Hassan Ghaemi, Rhönring 117, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151 / 784444
— Joachim Baldermann, Hohenzollernstr. 14, 7500 Karlsruhe 1, Tel.: 0721 / 34650
— Gislind Budnick, Christophstr. 6, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 643923
— Margit Meßmer, Steinbacher Hohl 38, 6000 Frankfurt/M 90, Tel. 069 / 768143
— Prof. Klaus Kunzmann, Bernd Jenssen, Universität Dortmund, Institut für Raumplanung, Postfach 500500, 4600 Dortmund 50, Tel.: 0231 / 755-2291

TRIALOG Aboservice und Vertrieb:
LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61, Tel. 030 / 6934029
TRIALOG 16 kostet als Einzelheft DM 9,- (zuzüglich Porto und Verpackung):
TRIALOG kostet im Abonnement (4 Ausgaben):

für Student/inn/en	24,- DM
für Einzelpersonen	32,- DM
für Institutionen	48,- DM
Übersee-Zuschlag für Luftpost	8,- DM

Die Kündigung des Abonnements ist dem Vertrieb spätestens nach Erhalt des berechneten vierten Heftes mitzuteilen.

Editorial

Kooperativen

Kooperativen, Genossenschaften — für die einen Synonyme für demokratische Organisationsmodelle, die auf Prinzipien von partnerschaftlicher Zusammenarbeit und solidarischem Handeln aufgebaut sind, für die anderen Unternehmen und Verbände fernab von jeder Ideologie, die steuerbegünstigt unter einem sozialen Deckmantel leicht Boden beschaffen, billige Kredite auftun und sonstige staatliche Gelder locker machen können. Immerhin haben sie in Europa einen wichtigen Beitrag in der Produktion von Wohnraum geleistet. In der Dritten Welt, trotz einer reicher Tradition gemeinschaftlicher Organisationsformen, ist ihr Stellenwert immer noch außerordentlich gering. Heute, über 100 Jahre nach Gründung der ersten Baugenossenschaften in Schweden, Dänemark und Deutschland und angesichts der wachsenden Wohnungsnot in der Dritten Welt fragen wir uns inwieweit ein genossenschaftliches Organisationsmodell bei der Lösung von Problemen der Wohnungsversorgung sinnvoll eingesetzt werden kann und wo es Verbesserungen bedarf.

Anders als im Europa des 19. Jahrhunderts, wo Genossenschaften parallel mit der Arbeiterbewegung wuchsen, wurde die Kooperative in vielen Ländern der Dritten Welt von den Kolonialmächten zur Organisation der wenig ausgebildeten, lokalen Wirtschaft eingeführt; es entstanden überwiegend Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften für Kolonialwaren. Nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit übernahmen einheimische Unternehmer bei Betriebsgründungen das Modell zur Überwindung ihrer Anfangsschwierigkeiten — einer der Gründe, warum auch heute noch die Kooperative in der Mittelschicht verankert ist.

Erfahrungsgemäß sind Wohnungsbaukooperativen in der Dritten Welt nicht in der Lage, die Wohnverhältnisse der Ärmsten zu verbessern. Das sogenannte „Lumpenproletariat", das sich mit unregelmäßigen, schlecht bezahlten Jobs durchschlagen muß, hat nicht dieselbe Organisationsfähigkeit wie eine selbstbewußte Schicht von Industriearbeitern und verfügt nicht über die geringsten Ansparmöglichkeiten (beides Voraussetzungen für das Wachstum der europäischen Genossenschaften). Obwohl in den 50er und 60er Jahren vielfach Wohnungsbau- und Konsumgenossenschaften im Rahmen staatlichen Förderprogramme gegründet wurden, die speziell auf die Bedürfnisse unterprivilegierter Bevölkerungsschichten zugeschnitten sein sollten, wurde mit ihnen allenfalls die Mittelschicht erreicht: Arbeiter und kleine Angestellte mit geringem aber regelmäßigem Einkommen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Trotz ihrer überwiegenden Ausrichtung auf mittlere Einkommensschichten haben diese Genossenschaften ohne Zweifel eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion: Sie entlasten den Staat in seiner sozialen Verantwortung und tragen zur Mobilisierung des Selbsthilfepotentials bei; im Gegenzug räumt ihnen der Staat steuerliche und sonstige Vergünstigungen ein. Ihren Mitglieder bietet die Wohnungsbaugenossenschaft vor allem drei Vorteile:

— Bereitstellung von Baukapital, Bauland und -materialien zu günstigen Bedingungen,
— Herstellung von kostengünstigem Wohnraum durch Organisation von Gemeinschaftsarbeit und Selbsthilfe,
— Verbesserung der sozialen Einrichtungen und des Wohnumfeldes sowie Instandhaltung des Gebauten.

Viele Genossenschaften bekennen sich zu einer Gemeinschaftsideologie und verstehen sich als politische Kraft. Eine einheitliche politische Position ist nicht festzustellen; in Ländern, in denen genossenschaftliche Organisation gesetzlich erlaubt ist, gibt es

TRIALOG

Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt

1. Quartal 1988

16

Inhaltsverzeichnis

Impressum 2

Editorial 2

Ulrike Gamm, Günter Mertins
Genossenschaften und/oder alternative Organisationsformen kollektiver Selbsthilfe zur Wohnraumversorgung in Ländern der Dritten Welt? 5

Petra Zucker
Wohnungsbaukooperativen in der Türkei — Das Beispiel BATIKENT in Ankara 11

C. Caron, M. Hennion
Housing Co-operative Societies: A way to solve the Urban Housing Crisis in India? 16

Elinor Wibmer
Genossenschaften und Gemeinschaftshilfe in Uruguay: ein Weg zur Wohnungsversorgung und Selbstbestimmung 19

Arturo Castro J., Rocío Lombera G.
Wohnungsbaukooperativen als Instrument zur Unterstützung städtischer Bewohnerinitiativen 22

Heinrich Lanz
Die Förderung von Selbsthilfe-Förderorganisationen in Entwicklungsländern 25

Aktuelle Beiträge:

Hilmar von Lojewski
Kentkoop-Seminar 'Housing and Urban Management through Co-operatives' 30

Jürgen Oestereich
Auf dem Weg zu einem Recht auf ein selbstbestimmtes Habitat 31

Gislind Budnik
„Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot" — Was nun? 33

TRIALOG-Interview 34

Buchbesprechungen 36

Veranstaltungshinweise Wettbewerbe 40

Call for Papers 43

English Summaries 43

ebenso regierungstreue wie oppositionelle Genossenschaften. Wo allerdings politische Unterdrückung und Repression an der Tagesordnung sind, müssen auch Genossenschaften häufig in den Untergrund gehen.

Die folgenden Artikel versuchen — jeweils von einem unterschiedlichen Blickwinkel — die Arbeit von Genossenschaften in einen kritischen Zusammenhang zu stellen:

Ulrike Gamm und **Günter Mertins** problematisieren den Stellenwert der Genossenschaften bei Lösung von Wohnproblemen der ärmsten Bevölkerungsschichten und weisen darauf hin, daß die unteren Einkommensbezieher *„die notwendigen technisch-administrativen, finanziellen und sonstigen Vorleistungen zur Errichtung einer mitgliedergetragenen, -bezogenen und -kontrollierten Genossenschaft nicht erbringen können."* Eine weitere Öffnung nach unten, z.B. bei Slum- und Squattersanierung oder Site-Services-Projekten, wird vielfach durch mangelnde Fähigkeit zu Kooperation, Artikulation, Management oder Beitragszahlungen behindert. Genossenschaftsrechtliche Vorgaben sind vorrangig an landwirtschaftlichen Anforderungen orientiert und werden Bedürfnissen von Wohnungsbaugenossenschaften nicht gerecht. Es fehlen zudem Möglichkeiten der rechtlichen Absicherung vorgenossenschaftlicher Organisationsformen. Die Autoren entwickeln ein Schema zur Beurteilung der Strategieansätze *„von oben und außen"* und *„von unten und innen"*, und benennen die typischen Problembereiche, denen die jeweils unterschiedlich organisierten Kooperativen begegnen müssen.

Petra Zucker beschreibt das vom Dachverband der türkischen Wohnungsbaugenossenschaften KENT-KOOP getragene Siedlungsprojekt BATIKENT in Ankara, das einmal 50.000 Wohneinheiten bereitstellen soll. Bei diesen Dimensionen ist die Genossenschaft ein reiner Dienstleistungsbetrieb, mit dem sich seine Mitglieder kaum noch identifizieren können. Den Anspruch, eine Alternative zu Squattersiedlungen zu sein und potentielle *Geçekondu*-Bewohner zu erreichen kann KENT-KOOP nicht einlösen: Die finanziellen Voraussetzungen für den Erwerb einer Mitgliedschaft oder gar einer Wohneinheit können untere Einkommensbezieher nicht aufbringen. Die Autorin fügt hinzu, es sei fraglich, ob BATIKENT den Wohnbedürfnissen von Zuwanderern eher entspräche als die zumeist ländlich geprägten *Geçekondu*-Siedlungen.

Indien hat unter den Entwicklungsländern eine der ältesten Genossenschaftstraditionen, und es hat die größte Anzahl genossenschaftlich organisierter Mitglieder. Wie der Beitrag von **C. Caron** und **M. Hennion** zeigt, war es auch indischen Wohnungsbaugenossenschaften bisher nicht möglich, untere Einkommensgruppen zu erreichen. Die typische Genossenschaft wird von kleinen Allround-Unternehmern ins Leben gerufen, die mit minimalem Kapitaleinsatz und verlockenden Angeboten Wohnungssuchenden der unteren Mittelschicht Geld aus der Tasche ziehen. Folge der meist unprofessionellen Arbeitsweisen sind mangelnde Bauqualität und ständig steigende Beitragszahlungen der Genossenschaftsmitglieder. Daß hier die ärmsten Mitglieder auf der Strecke bleiben, liegt auf der Hand. Für Wartung, Instandhaltung und spätere Bauschäden ist nach Fertigstellung niemand zuständig.

Mit zunehmender Komplexität der Aufgabenbereiche nimmt die Tendenz zur Bürokratisierung der Genossenschaften zu, d.h. ursprüngliche spontane, persönliche Verhaltensweisen und kooperative Prinzipien (gemeinschaftliches Handeln und partnerschaftlicher Umgang) können verloren gehen. Die Genossenschaft wird zu einem Funktionärsbetrieb oder einem Unternehmen, das allein nach betriebswirtschaftlichem Kalkül arbeitet — oder zum Objekt der Spekulation für jegliche Gelegenheitsunternehmer.

Die beiden lateinamerikanischen Beispiele zeigen den Versuch, zu kooperativen Werten zurückzukehren und die Genossenschaft als ideologisches Instrument im Kampf gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung zu nutzen.

Elinor Wibmer ist voller Lob für das auf dem Prinzip der Gemeinschaftshilfe aufbauende Genossenschaftsmodell in Uruguay. Ohne Zweifel ist das gut funktionierende uruguayische Beispiel einzigartig in Lateinamerika. Gründe hierfür sind einerseits in der vergleichsweise stabilen Ökonomie Uruguays zu suchen — der Anteil der am Rand des Existenzminimus lebenden Bevölkerung ist gering — und in der Verwurzelung der Genossenschaftsmitglieder im Arbeitermilieu. Wichtige Voraussetzungen wie Organisationsfähigkeit, Disziplin und regelmäßiges Einkommen sind gegeben. Gemeinschaftshilfe und Selbstbestimmung erleichtern das Zusammenleben in einer genossenschaftlich erstellten Siedlung über die Bauphase hinaus; die Bewohner fühlen sich für Instandhaltung und Pflege der Wohnungen und des Wohnumfeldes verantwortlich; die Bereitschaft einen Solidarbeitrag für Mitglieder in ökonomischer Not zu leisten, ist größer.

Beteiligung und Kontrolle im Planungs- und Produktionsprozeß von Wohnungen, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung: das sind für **Rocío Lombera** und **Arturo Castro** die wesentlichen Merkmale einer Wohnungsbaugenossenschaft. Ihr Artikel ist ein typischer Beitrag zur lateinamerikanischen Kooperativendiskussion. Danach wäre die eigentliche Funktion der Genossenschaft nicht mehr der Bau von billigen Wohnungen, sondern politische Bewußtseinsbildung und Schaffung demokratischer Strukturen. Vor dem Hintergrund der mexikanischen Situation, wo kooperative Organisationsformen vielfach für die Zwecke der Regierungspartei PRI mißbraucht werden, sind die Forderungen der Autoren nur allzu verständlich. Sie vergessen dabei allerdings, daß die Interessen der Mitglieder von Kooperativen nicht homogen sind und gerade unter Slum- und Squatterbewohnern, je nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung, sehr große Interessensgegensätze bestehen können.

Genossenschaftliche Organisationsformen üben eine Faszination aus, weil sie zwischen staatlichem Handeln und privatwirtschaftlichem Unternehmertum einen dritten Weg versuchen. Sie geraten immer in Gefahr, vereinnahmt zu werden: vom Staat zur Disziplinierung aufmüpfiger Bürger, von windigen Geschäftemachern, die Steuern sparen und staatliche Vergünstigungen ergattern wollen, von politischen Parteien und Gruppierungen, die den kollektiven Geist auf ihre Fahnen schreiben. Das gegenwärtige Genossenschaftsmodell kann nur bedingt in der Dritten Welt Anwendung finden; statt die Ärmsten zu erreichen mehrt es die Privilegien der Besitzenden. Der Versuch, an den historischen Wurzeln unserer Genossenschaftsbewegung anzuknüpfen ist zum Scheitern verurteilt: Industriearbeiter im letzten Jahrhundert bei uns hatten andere Organisationsbedingungen als Gelegenheitsarbeiter in den heutigen Städten der Dritten Welt.

Dennoch sind gemeinschaftliche Organisationsformen bei der Bewältigung der Wohnprobleme unverzichtbar. Sie werden ohnehin auf der Grundlage eines gemeinsamen nachbarschaftlichen Interesses und auch (oder gerade) ohne staatliches Zutun praktiziert und knüpfen oft an lokale Gemeinschaftstraditionen an. Wenn der Staat Verantwortung in der Wohnungsversorgung nicht nur verbal anerkennt, sondern auch faktisch übernimmt, ist mit Genossenschaftsförderung gewiß mehr zu erreichen als mit subventioniertem staatlichen Wohnungsbau. In jedem Fall kommen die Nutznießer jedoch aus der Mittelschicht.

Partizipation

Der Artikel von **Heinrich Lanz** ist ein weiterer Beitrag zur Diskussion um *Partizipation und Habitat* (TRIALOG 15). Er beschreibt zwei ländliche Selbsthilfeorganisationen in Asien, die Sarvodaya Shramadana Bewegung in Sri Lanka und die Konsumenten-Selbstschutzorganisation von Penang, Malaysia. Beide Organisationen erhalten finanzielle und z.T. technische Unterstützung von *Helvetas*, dem Schweizer Aufbauwerk für Entwicklungsländer, einem parteipolitisch und konfessionell neutralen Verein. Der Autor weist auf die Probleme hin, die sich aus der Forderung nach Entwicklungs*zusammenarbeit* ergeben (das moderne technische Wissen des Experten steht oft im Gegensatz zu traditionellen Denkweisen) und auf den Widerspruch zwischen *Partizipation* und *Effizienz*. Wenn aber Zusammenarbeit tatsächlich demokratisch verläuft, dann besteht die Chance, daß auch von den Entwicklungsländern an die Industrieländer ein wesentlicher Impuls abgegeben werden kann: z.B. durch Kritik der Rolle des Experten, Informationsaustausch über Probleme der Industrialisierung und des Umweltschutzes, Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten und Arbeitsmethoden für Konsumentenorganisationen in den Industrieländern, Übertragung von kulturellen und geistigen Werten und Hinweise auf andere Formen des menschlichen Zusammenlebens.

Joachim Baldermann *Joanna Kotowski-Ziss*

In eigener Sache

Die Zeitschrift TRIALOG besteht seit über vier Jahren. Obwohl Satz, Druck und Vertrieb inzwischen in professionellen Händen liegen, erfolgt die inhaltliche Arbeit ehrenamtlich. Sie nimmt so viel Zeit in Anspruch, daß wir es nur selten schaffen die einzelnen Nummern im vorgesehenen Zeitrhythmus (vierteljährlich) fertigzustellen. Da viele von uns häufig beruflich ins Ausland reisen müssen, ist die Kontinuität der Redaktionsarbeit oft nicht gewährleistet. Wir bitten dafür um Verständnis und Nachsicht. Wir würden uns freuen, wenn mehr Interessierte die inhaltliche Entwicklung der Zeitschrift mittragen und z.B. die redaktionelle Betreuung einzelner Schwerpunktthemen übernehmen könnten.
Neben der begrenzten Arbeitskapazität hat TRIALOG ständig mit finanziellen Nöten zu kämpfen. Die Einnahmen aus dem Verkauf decken nicht einmal unsere Unkosten. Wir müssen die Defizite durch Beiträge und Spenden der Vereinsmitglieder ausgleichen; daher unser Hinweis: *Die Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig)* freut sich über jedes neue Mitglied (Jahresbeitrag DM 88,- incl. Abonnement von TRIALOG)!

Die Redaktion

Nachtrag zu TRIALOG 15: Das Titelbild basiert auf dem Holzschnitt „Freedom Fighters" von Henry Tayali (1942 — 1987), Lusaka, Zambia. Das Foto auf S. 15 oben wurde von John F. C. Turner aufgenommen, die Fotos auf S. 15 unten stammen von Q. Ain Bakhteari, Karachi.

Ulrike Gamm / Günter Mertins

Genossenschaften und /oder alternative Organisationsformen kollektiver Selbsthilfe zur Wohnraumversorgung in Ländern der Dritten Welt?

Renaissance der Genossenschaften?

Genossenschaften stehen bei Fragen der Instrumentalisierung von Selbsthilfe zur Wohnraumversorgung unterer Einkommensschichten oder als mögliche Formen von Bewohnerorganisationen in Slum- und Squattergebieten sowie bei Neubaumaßnahmen (z.B. site and service) wieder im Blickfeld des Interesses.

Nachdem Wohnungsbaugenossenschaften[1] lange Zeit als die einzig genuine Form der organisierten Selbsthilfe im Wohnungsbau angesehen wurden, erfolgte in den späten 70er Jahren vor dem Hintergrund ihrer überwiegenden Ausrichtung auf mittlere Einkommensschichten ein Abrücken von der Organisationsform der eingetragenen Genossenschaft.[2]

Auch wenn exakte Angaben zur sozialen Reichweite nicht zu erhalten sind, kann davon ausgegangen werden, daß die unteren 40 — 60 % der Bevölkerung (in einigen Ländern sogar bis zu 80 %) die notwendigen technisch-administrativen, finanziellen und sonstigen Vorleistungen zur Errichtung einer mitgliedergetragenen, -bezogenen und -kontrollierten Genossenschaft nicht erbringen konnten.

Eine weitere „Öffnung nach unten" (Wegener 1985, S. 26) wird bislang behindert durch
- interne Faktoren, welche aus den besonderen Organisationsanforderungen des Genossenschaftsmodells, insbesondere beim Einsatz in Slum- und Squattergebieten resultieren sowie durch
- externe Faktoren, die sich aus den spezifischen Rahmenbedingungen für Wohnungsbaugenossenschaften ergeben.

Organisatorische Anforderungen des Genossenschaftsmodells

Eine Genossenschaft im rechtlichen Sinn[3] ist eine Personenvereinigung mit wechselnder Mitgliederschaft, die durch Selbsthilfe die ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder fördert. Zu diesem Zweck errichtet sie ein Unternehmen, wobei die Mitglieder gleichzeitig Eigentümer und Nutzer des Unternehmens sind.

Organisationsaufbau und Funktionsweise werden durch das jeweilige Genossenschaftsgesetz, dessen Ausführungsverordnungen, Mustersatzungen ect. geregelt. Die Einhaltung dieser Vorschriften ist Voraussetzung für die Registrierung und damit für die Aufnahme der Geschäftstätigkeit als Genossenschaft.

Errichtung und Betrieb einer eingetragenen Genossenschaft stellen an Mitglieder und Amtsträger besondere Anforderungen, die von der Mehrzahl der Bevölkerung in Slum- und Squattergebieten sowie bei Neubaumaßnahmen nicht erfüllt werden können. Exemplarisch seien angeführt:

Kooperationsfähigkeit (soziale Kompetenz)

Die Fähigkeit zur Artikulierung eigener Bedürfnisse, das Verständnis für die eigenen Rechte und Pflichten innerhalb der Gruppe und die Bereitschaft zur Partizipation an organisierten Gruppenaktivitäten sind Voraussetzung für die Bildung einer über den Familienverband hinausgehenden Organisation.

Allerdings stellt *soziale Kompetenz* häufig nicht (wie gefordert) bereits eine Voraussetzung der genossenschaftlichen Organisation dar, sondern wird vielfach erst als ein Ziel derselben angesehen.

Managementfähigkeit

Genossenschaften sind sowohl Personenvereinigungen als auch Geschäftsunternehmen.

Durch den sehr komplexen und komplizierten Geschäftsbereich kann das Management (Landkauf /-registrierung, Spar- und Kreditverwaltung, Buchführung etc.) durch Genossenschaftsmitglieder aus unteren Einkommensschichten gewöhnlich nicht selbständig wahrgenommen werden, d.h. die Einstellung eines externen Geschäftsführers wird notwendig. Auch eine wirksame Kontrolle der Geschäftsführung durch die Mitglieder kann in aller Regel nicht realisiert werden.

Diese Kluft zwischen 'einfachen' Mitgliedern und Amtsträgern der Genossenschaft verhindert eine aktive Partizipation: die Genossenschaft wird als reines Dienstleistungsunternehmen angesehen.

Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch nach aktiver Partizipation der Mitglieder und der Notwendigkeit eines effizienten Managements wird durch integrierte Ansätze und der damit verbundenen Notwendigkeit für eine Ausweitung des Genossenschaftszwecks über die reine Wohnraumversorgung hinaus noch verstärkt (Integrated Urban Communities, Integrated Urban Development; Lewin, 1981, S. 11; BMZ 1987, S. 22).

Beitragsfähigkeit

Genossenschaften sollen nicht nur mitgliederorientiert, sondern auch mitgliedergetragen, -finanziert sein.

Bei einer Konstellation:
einkommensschwache Bevölkerungsgruppe — hoher Finanzbedarf bei der Wohnraumversorgung ist trotz Anerkennung nichtmonetärer Beiträge der Mitglieder (Arbeitsleistungen) ein hohes Maß an Außenförderung unumgänglich[4].
Die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Autonomie der Genossenschaft (Festsetzung der Zielsysteme, Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder, Motivationsverlust etc.) sind bereits vielfach dokumentiert worden (z.B. Kirsch u.a. 1984).

Rahmenbedingungen für Wohnungsbaugenossenschaften

Wohnungsbaugenossenschaften sind stärker als Genossenschaften im Landwirtschaftssektor in Aktionsbereiche staatlicher, parastaatlicher und privater Stellen eingebunden, z.B. durch offizielle Vor- und Abgaben (Registrierungs-, Beitrittsvoraussetzungen bzw. Kreditrück-, Beitragszahlungen), Reglementierungen des privaten /staatlichen Bodenmarktes, private /staatliche Baumaterialienproduktion. Aus dieser Situation erwächst für Wohnungsbaugenossenschaften ein immenser Kooperations- und Koordinationsbedarf (z.B. bei der Registrierung von Landtiteln, beim Zugang zu Finanzierungssystemen und öffentlicher Infrastruktur), der von einzelnen Primärgenossenschaften nicht gedeckt werden kann. Das gilt insbesondere für solche Genossenschaften, deren Mitglieder über-

Prof. Dr. Günter Mertins, Fachbereich Geographie, Philipps-Universität in Marburg; Dipl.-Geographin Ulrike Gamm, Wiss. Mitarbeiterin am interdisziplinären Habitat-Forschungsprojekt, Fachbereich Geographie der Philipps-Universität.

ORGANISATIONSMODELLE KOLLEKTIVER
— Parameter bei unterschiedlichen

	von „oben und außen"	
	site and service	upgrading
Beschreibung	**Entstehung und Formen** 'geplante' Gruppe (Finalgruppe); Zusammensetzung nach extern vorgegebenen Kriterien (Haushaltsgröße, -einkommen, derzeitige Wohnkonditionen, Selbsthilfefähigkeit, etc.) formale Organisation mit Organbetrieb (Genossenschaft) oder ohne Organbetrieb (Verein, Club, Baugruppe)	'geplante' Gruppe; nach extern vorgegebenen Kriterien (Bausubstanz, Infrastruktur, Projektmittel) ausgegrenzte Projektgruppe aus z.T. schon länger bestehenden Nachbarschaften/communities formale Organisation mit Organbetrieb (Genossenschaft) oder ohne Organbetrieb (Verein, Club, Baugruppe)
Problembereiche	geringer Integrationsgrad (Pflichtgruppe); keine eigenständigen, gruppenspezifischen Handlungsnormen und -ziele vorhanden	Zerschneiden von Nachbarschaften/communities; geringe Berücksichtigung autochthoner Handlungsnormen und -ziele; Teilnahmezwang
Konsequenzen	kaum Ansätze zu partizipativem Handeln; langwieriger Identifikationsprozeß mit Wohnumfeld und Organisationsformen; Gruppenzerfall —**vor** Zielerreichung (Ausscheiden von Gruppenmitgliedern durch Unterschreitung der Auswahlkriterien) —**nach** Zielerreichung (Hausbau) wahrscheinlich	partizipatives Handeln durch Ausgrenzungsprozeß erschwert; bei bestehenden Nachbarschaften/communities: Soziabilität als Voraussetzung kollektiver Selbsthilfe; bei Nichtteilnahme: Androhung von Sanktionen (Verdrängung aus Projektgebiet)
Beschreibung	**Rechtsstatus** Legal: quasi-Zwangsmitgliedschaft in Genossenschaften, Vorgenossenschaften, Vereinen etc.; (1) Rechts- und Handlungsfähigkeit der Organisation nach Vorlaufzeit Legal: rechtliche Absicherung durch Projektverträge (2) sofortige Handlungsfähigkeit	Legal: quasi-Zwangsmitgliedschaft in Genossenschaften, Vorgenossenschaften, Vereinen etc.; (1) Handlungsfähigkeit nach Vorlaufzeit Legal: rechtliche Absicherung durch Projektverträge (2) sofortige Handlungsfähigkeit
Problembereiche	Überforderung der Mitglieder durch juristische, organisatorische, administrative Vorgaben zur Gründungs- und Funktionsweise der Organisation; nur bei 2): keine eigene Geschäfts-/Rechtsfähigkeit	Überforderung der Mitglieder durch juristische, organisatorische, administrative Vorgaben zur Gründungs- und Funktionsweise der Organisation; nur bei 2): keine eigene Rechts-/Geschäftsfähigkeit
Konsequenzen	1) geringe Partizipationsbereitschaft infolge geringen Vertrautseins mit Organisationsstruktur und -zielen 2) bei fehlender Vereinigungsfreiheit keine legalen Aktivitäten bei gleichbleibender Organisationsform nach Projektende, damit: fehlende Perspektiven	1) geringe Partizipationsbereitschaft infolge geringen Vertrautseins mit Organisationsstruktur und -zielen 2) bei fehlender Vereinigungsfreiheit keine legalen Aktivitäten bei gleichbleibender Organisationsform nach Projektende, damit: fehlende Perspektiven
Beschreibung	**Finanzierung** Finanzierung über vertraglich geregelte Kredite (ausländische Geldgeber, staatliche Wohnungsbanken, Kommunen), Gruppenkredite möglich; Eigenkapital; Eigenbaumaßnahmen der Mitglieder; Konditionen vor Projektbeginn bekannt	Finanzierung über vertraglich geregelte Kredite (ausländische Geldgeber, staatliche Wohnungsbanken, Kommunen); Eigenkapital; Eigenbaumaßnahmen der Mitglieder; Konditionen vor Projektbeginn bekannt
Problembereiche	Hohe Kredite mit langer Laufzeit und inflexiblem Zahlungsmodus; bürokratische Antrags- und Bewilligungsverfahren, lange Wartezeiten selbst bei Kleinkrediten, unverhältnismäßig hohe Verwaltungskosten; externe Festlegung des Selbsthilfeanteils; Preissteigerungen infolge von Inflation und Bauzeitenverlängerung	Kreditsumme (Grunderwerbs-, Erschließungs-, Bau-, 'overhead'-Kosten, überzogene Baunormen) mit langer Laufzeit und inflexiblem Zahlungsmodus; bürokratische Antrags- und Bewilligungsverfahren, lange Wartezeiten selbst bei Kleinkrediten, unverhältnismäßig hohe Verwaltungskosten; externe Festlegung des Selbsthilfeanteils; Preissteigerungen infolge von Inflation und Bauzeitenverlängerung
Konsequenzen	niedrige Rückzahlungsraten; soziale Kontrolle bei Gruppenkrediten; höhere Rückzahlungsmoral; Nichterfüllung des festgelegten Selbsthilfeanteils →Ausscheiden aus dem Projekt	finanzielle Überbelastung; geringe Rückzahlungsmoral; Nichterfüllung des festgelegten Selbsthilfeanteils →Ausscheiden aus dem Projekt; höherer individueller Selbsthilfeanteil
Beschreibung	**Interne Struktur** Aufbau und Funktionsweise entsprechend öffentlichen Vorgaben (Gesetzen, Ausführungsverordnungen, Mustersatzungen) und Projektanforderungen; standardisierte, spezialisierte, hierarchisierte Struktur; Mitgliederbeziehungen und Beziehungen Mitglied — Organisation formalisiert (in Satzung festgelegt)	Aufbau und Funktionsweise entsprechend öffentlichen Vorgaben (Gesetzen, Ausführungsverordnungen, Mustersatzungen) und Projektanforderungen; standardisierte, spezialisierte, hierarchisierte Struktur; Mitgliederbeziehungen und Beziehungen Mitglied — Organisation formalisiert (in Satzung festgelegt)
Problembereiche	geringes Organisationsvermögen als 'geplante' Gruppe (fehlende Integrationspersonen, fehlende Soziabilität, unzureichende formale Kenntnisse); schwierige Einbindung der Mitglieder in Organisation aufgrund unzureichender Identifikation mit Operationszielen (Ausnahme: Oberziel Hausbau) und fehlenden sozialen Anreizen (Prestige)	geringe Erfahrungen im Umgang mit formalen Organisationsstrukturen; schwierige Einbindung der Mitglieder in Organisation aufgrund unzureichender Identifikation mit Operationszielen (Ausnahme: Oberziel Hausbau); Konfliktpotential aufgrund existenter Nachbarschafts-/Gruppeninteressen; Oligarchiegefahr
Konsequenzen	geringe Partizipation infolge fehlender Einbindung wird durch formale externe Vorgaben und Kontrollen ersetzt; unvollständige größtenteils einseitige (nur Hausbau) Mobilisierung des Selbsthilfepotentials; Ausgangsbedingungen für kollektive Selbsthilfe ungünstig; Minimalvoraussetzungen für Funktions- und Leistungsfähigkeit formaler Selbsthilfeorganisationen nicht erfüllt	bei Berücksichtigung von artikulierten Nachbarschafts-/Gruppenwünschen stärkere Mobilisierung des Selbsthilfepotentials; sonst: geringe Partizipation infolge fehlender Einbindung wird durch formale externe Vorgaben und Kontrollen ersetzt; Minimalvoraussetzungen für Funktions- und Leistungsfähigkeit formaler Selbsthilfeorganisationen nicht erfüllt

SELBSTHILFE IN DER WOHNRAUMVERSORGUNG
Strategieansätzen —

	von „unten und innen" (Eigen)Bau und Verbesserung				
Beschreibung	**Entstehung und Formen** autonome Gruppenbildung auf der Grundlage gemeinsamer 'felt needs' und eigenständiger, gruppenspezifischer Handlungsnormen und -ziele; Selbstselektion potentieller Mitglieder (Kriterium: Zielidentifizierung) informale Organisation (Nachbarschaftsgruppe, einfacher Spar- und Kreditring, etc.) Form der Problemsituation und dem Organisationsvermögen der Gruppe angepaßt			autonome Gruppenbildung auf der Grundlage gemeinsamer 'felt needs' Selbstselektion potentieller Mitglieder (Kriterium: Zielidentifizierung) formale Organisation mit Organbetrieb (Genossenschaft), oder ohne Organbetrieb (Verein, Club)	
Problembereiche	Gruppengröße: hohe Interaktionsdichte notwendig; behördliche Eingriffe und Beschränkungen infolge unerwünschter Aktivitäten			unzureichende Kenntnis formaler Organisationsmöglichkeiten; unzureichendes/fehlendes Beratungsangebot (Promotoren etc.); hohe Gründungsanforderungen	
Konsequenzen	Beschränkung der Gruppengröße auf überschau-, lenkbare Einheiten; Anpassung an öffentliche Vorgaben bzw. Ausnutzen von 'Nischen'			Anlehnung an einflußreiche Organisationen, Persönlichkeiten; Bildung einer informellen Organisation	
Beschreibung	**Rechtsstatus** Illegal, infolge illegaler Siedlungstätigkeit sofortige Handlungsfähigkeit	Illegal, bei nicht vorhandener Vereinigungsfreiheit bis zur öffentlichen Anerkennung (Registrierung) sofortige Handlungsfähigkeit	Illegal, aber informelle Absicherung (Tutorisierung) durch Schirmherrschaft (Kirchen, Parteien, etc.); 'Klientel'bildung; sofortige Handlungsfähigkeit	Legal nicht eingetragene Organisation bei vorhandener Vereinigungsfreiheit sofortige Handlungsfähigkeit	Legal Bildung rechtlich abgesicherter Organisationsformen (Genossenschaft, Verein); Rechts- und Handlungsfähigkeit nach Vorlaufzeit
Problembereiche	Keine Möglichkeit der Bildung einer öffentlich anerkannten und/oder öffentlich geförderten Organisation	Keine eigene Rechtsfähigkeit; keine Haftungsbeschränkung	Keine eigene Rechtsfähigkeit; keine Haftungsbeschränkung	keine eigene Rechtsfähigkeit; keine Haftungsbeschränkung	fehlende juristische Kenntnisse, externe Beratung notwendig; komplizierte oder nicht vorhandene Verfahrensvorschriften
Konsequenzen	Außenvertretung nur durch Einzelpersonen; Einschränkung der Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf gruppeninterne Ressourcen; Dauerkonflikt mit staatlichen Stellen (wenn nicht toleriert)		Abhängigkeit in Außenbeziehungen vom Schirmherrn	Außenvertretung durch Einzelpersonen; Einschränkung der Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf gruppeninterne Ressourcen	Frustrationen infolge langer Instanzenwege
Beschreibung	**Finanzierung** Finanzierung durch informelle Kredite (Geldverleiher, traditionelle Spar- und Kreditringe, etc.); Eigenkapital und Eigenbaumaßnahmen		Finanzierung durch vertragl. geregelte Kredite (Schirrmherr); Eigenkapital; Eigenbaumaßn.	Finanzierung über vertraglich geregelte Kredite (staatliche, genossenschaftliche Wohnungsbanken); Banken; Eigenkapital; Eigenbaumaßnahmen	
Problembereiche	unzureichende informelle Kredite; kein Zugang zu öffentlichen Krediten; starke Belastung der Einzelhaushalte durch hohen Selbsthilfeanteil; Preissteigerungen, Inflation			Kredite mit langer Laufzeit und inflexiblem Zahlungsmodus; vertragliche Festlegung des Selbsthilfeanteils; Preissteigerungen	
Konsequenzen	längere Bauphasen; mittelfristig neuer Finanzbedarf durch unzureichende Baustandards			bei Nichterfüllung der Vertragskonditionen Ausscheiden aus der Organisation (wenn kein Solidarfond); soziale Kontrolle fördert Rückzahlungsmoral	
Beschreibung	**Interne Struktur** Flexible Struktur und Funktionsweise durch ständige Adaption an Organisationsbedarf und -vermögen der Mitglieder; Mitgliederbeziehungen unmittelbar und nicht formalisiert; Einbindung der Mitglieder durch Identifikation mit Zielen der Organisation und sozialen Anreizen (Prestige), gruppeninterne Verwaltung und Kontrolle; Funktionsweise beruht auf sozialem Zusammenhalt und gewohnheitsrechtlichen Regelungen			Aufbau und Funktionsweise nach öffentlichen Vorgaben (Gesetzen, Ausführungsverordnungen, Mustersatzungen); standardisierte, spezialisierte und hierarchisierte Struktur; Mitgliederbeziehungen und Beziehungen Mitglieder — Organisation formalisiert (in Satzung festgelegt); Einbindung der Mitglieder durch Identifikation mit Zielen der Organisation und sozialen Anreizen (Prestige)	
Problembereiche	Auflösung sozialer Bindungen durch Eingriffe von außen, Frustration bei Zielverfolgung, Bildung von Untergruppen; unzureichende Effektivität aufgrund geringer gruppeninterner Spezialisierung bei wenig fixierten Mitgliederrollen			Rekrutierung von Führungspersonen mit formalen Kenntnissen aus Mitgliedergruppe; unzureichende Kompetenz 'einfacher' Mitglieder für Selbstverwaltung und -kontrolle; Schwierigkeiten bei der Zielabstimmung	
Konsequenzen	Bei Regelverstoß nur gruppeninterne Sanktionen; geringe Effizienz bei Zielverfolgung; Ausgangsbedingungen für kollektive Selbsthilfe erfüllt			Einstellung externen Personals/Berater; Verlust an Partizipationsmöglichkeiten bei 'einfachen' Mitgliedern → Motivationsverlust; geringe Effizienz bei Zielverfolgung; Ausgangsbedingungen für kollektive Selbsthilfe erfüllt; Minimalvoraussetzungen für Funktions- und Leistungsfähigkeit formaler Selbsthilfeorganisationen nicht erfüllt	

wiegend oder fast ausschließlich aus einer Bevölkerungsgruppe stammen, die gegenüber politischen und wirtschaftlichen Machtträgern keine Lobby besitzen. Daraus resultierende Probleme können am Beispiel der *Mwenge Cooperative Housing Society,* Tansania, beobachtet werden (Hemker 1981).

Förderinstitutionen, die politisch (z.B. Förderung einer positiven Einstellung der Öffentlichkeit) oder in administrativ-technischen und finanziellen Bereichen unterstützend eingreifen können, existieren für Wohnungsbaugenossenschaften nur selten bzw. sind nicht orientiert auf Bedürfnisse und Möglichkeiten unterer Einkommensschichten.

Zudem sind genossenschaftsrechtliche Vorgaben vorrangig auf Anforderungen landwirtschaftlicher Vermarktungs-, Kredit- oder Mehrzweckgenossenschaften, weniger auf die spezifischen Bedürfnisse von Wohnungsbaugenossenschaften, insbesondere aber nicht auf die Organisationsmöglichkeiten und -bedürfnisse von Slum- und Squatterbewohnern ausgerichtet, z.B. fehlende Möglichkeiten zur rechtlichen Absicherung vorgenossenschaftlicher Organisationsformen, hohe Gründungsanforderungen und schwieriges Gründungsverfahren, ungeeignete Mustersatzungen als Leitfaden zur Erstellung eigener Satzungen für Primärgenossenschaften.

Die häufig anzutreffende administrative Einbindung der für Genossenschaftsfragen zuständigen Behörden in das Landwirtschaftsministerium und die damit einhergehende Personalpolitik erschwert die fachliche Zusammenarbeit mit Institutionen der Stadtplanung, Infrastrukturversorgung etc.

Wohnungsbaugenossenschaften — Selbsthilfeorganisationen oder staatliches Entwicklungsinstrument?

Aus den vorher genannten Gründen behindern ungünstige politische, ökonomische, juristische u.a. Rahmenbedingungen sowie hohe Organisationsanforderungen der eingetragenen Genossenschaften eine **von unten** kommende Entwicklung von Wohnungsbaugenossenschaften in Slum- und Squattergebieten sowie bei Neubaumaßnahmen.

Versuche, diese Entwicklung durch Ausbildungsprogramme (Zielgruppen: (potentielle) Mitglieder, Amtsträger der Genossenschaften, politische Entscheidungsträger) oder durch den Einsatz externer Promotoren behutsam zu unterstützen, sind selten[5], unkoordiniert und zeitlich zu kurz angelegt.

Die im Rahmen von öffentlichen Wohnungsvorhaben unter z.T. massiver Außenförderung gegründeten Genossenschaften sind daher auch eher als Implementationsinstrumente nationaler Wohnungsbaupolitik, denn als auf die Mitgliederinteressen ausgerichtete Selbsthilfeorganisationen anzusehen.

Alternative Ansätze im organisatorisch-rechtlichen und im technisch-materiellen Bereich

Mit der HABITAT-Konferenz 1976 in Vancouver begann eine *Umorientierung* in den Ansätzen zur Wohnungsversorgung unterer Sozialschichten. Das betrifft vor allem die Bereiche *Projektdimension, -standard und -organisation.*

Bereits seit Anfang der 70er Jahre von der Weltbank gefördert, dominieren jetzt bis zu mehreren 1.000 Wohneinheiten umfassende site and service- und core housing-Projekte, fast ausschließlich aber von **oben und außen** initiiert und organisiert. Vom jetzt niedrigeren Bau- und Infrastrukturstandard her (was sich in der geringeren finanziellen Belastung pro Teilnehmer niederschlägt) handelt es sich um erheblich „abgemagerte Projektansätze" (Wegener 1982, S. 18), wobei allerdings **von außen** organisierte Selbsthilfe zum normativen Bestandteil wird.

Deutlicher wird in vielen, von Nichtregierungsorganisationen (NRO's) geförderten (kleineren) Projekten, der alternative Ansatz im technisch-materiellen Bereich sichtbar, charakterisiert u.a. mit den Schlagworten: autochthone, angepaßte Architektur, Technologie und Baustoffe, Barfußplanung, grassroot-development.

Am augenfälligsten wird die Umorientierung bei den Organisationsformen für kleinere Projekte. Es ist der bewußte Rückgriff auf das eigentliche Selbsthilfekonzept (**von unten und innen**), das aus der originären Interessenslage und der Selbstentscheidung der Betroffenen resultiert (Müller 1980, S. 213) und sich in entsprechenden, (zunächst) nicht formalisierten Organisationsformen äußert: Nachbarschafts-, Gemeinschaftshilfegruppen, d.h. in autonom organisierter kooperativer Selbsthilfe.

Und doch: durch die gezielte Förderung bzw. Beratung derartiger informeller Organisationen in finanzieller, juristischer, administrativer und ausbildungsmäßiger Hinsicht erfolgt zweifellos **von außen** eine „zweckgebundene (Wohnungsversorgung) Deformierung" derartiger Bewegungen. Sie erscheint so lange akzeptabel, wie sie grundbedürfnis- und nicht planorientiert ist, wenn sie zur Partizipation motiviert und nicht Apathie provoziert.

Organisationsmodelle kollektiver Selbsthilfe in der Wohnungsversorgung — Parameter bei unterschiedlichen Strategieansätzen

Die Organisationsmodelle[6] gehen von der Tatsache aus, daß große Teile des Neubau- und Sanierungs-/Erneuerungsbereichs (Wohnraum, Infrastruktur) in kollektiver Selbsthilfe ausgeführt werden. Dabei können Initiierung und Implementationsstruktur der Vorhaben sowohl von **oben und außen** festgesetzt als auch von **unten und innen** selbständig entwickelt werden.

Im Schema sollen zunächst die Kriterien der wichtigsten formalen, juristischen, finanziellen und organisatorischen Parameter bei den beiden unterschiedlichen Strategieansätzen gegenübergestellt und stichwortartig erläutert werden. Ferner soll es die Einordnung bzw. konzeptionelle Beurteilung von Projekten der Wohnungsversorgung mit kollektiver Selbsthilfe als integralem Bestandteil erleichtern. Es geht aber nicht um eine wertende Gegenüberstellung beider Strategien, die u.E. sich vielmehr in Aufgabenstellung und Ausrichtung ergänzen.

Vor dem Hintergrund der heute noch verschärften Problematik der Wohnungsversorgung wirkt die **Strategie des von oben und außen** schon fast *traditionell.* Im Vergleich mit vielen Konzepten zur Wohnraumversorgung unterer Sozialschichten aus den 60er/Anfang der 70er Jahren kann sie jedoch durchaus als alternativ gelten, vor allem durch die bewußte Einbeziehung der Selbsthilfe, meistens in praxi jedoch wohl treffender: der **von oben** organisierten, vor Beginn der Projektimplementierung vertraglich festgelegten Eigenleistung/-beteiligung (Arbeit, Kapitaldienst).

Diese Strategie des von **oben und außen** wird meist bei großdimensionierten Projekten öffentlicher (nationaler und/oder internationaler) Träger mit einem erheblichen Finanzvolumen angewandt. Sollen derartige, bei der Wohnungsmisere unbestritten notwendige Projekte in einer einigermaßen vertretbaren Zeit und mit einem ansprechenden Zielerreichungsgrad durchgeführt werden, ist eine gewisse Formalisierung einfach notwendig. Gerade dazu bot sich bis jetzt die Genossenschaft (mit standardisierter Struktur und quasi festgelegter Zwangsmitgliedschaft und Mitgliederleistung) als zweckorientierte, meistens (zunächst?) von **oben und außen** gesteuerte Organisationsform an. Auf die de facto nur schwierig realisierbare aktive Partizipation der Mitglieder bei Planung, Entscheidung, Durchführung usw., vor allem bei den site and service-Projekten, wird im Schema verwiesen.

Anders sieht es bei den in den letzten Jahren als besonders förderungswürdig geltenden upgrading-Projekten aus (keine/geringere Grundstücks-, geringere Erschließungskosten): hier kann oft auf bestehende, autochthon entstandene Nachbarschaften mit eigenständigen Handlungszielen und -normen (Verbesserung des Wohn- und Wohnumfeldbereichs) zurückgegriffen werden, auf *existente Soziabilität* als Voraussetzung kollektiver Selbsthilfe. Derartige, auf dem Nachbarschafts- oder Gemeinschaftsprinzip basierende informelle Selbsthilfe-

gruppen werden als Träger von Projektteilbereichen im eigenen Umfeld immer stärker in übergeordnete Organisationsformen eingebunden bzw. entsprechend berücksichtigt.

Einen immer größeren Stellenwert, vor allem bei der Selbsthilfeförderung, wird dem originären und gewöhnlich als *alternativ* propagierten **Strategieansatz von unten und innen** zugewiesen, soll er doch den Bedürfnissen der Betroffenen am ehesten entsprechen, da von einer weitgehenden effektiven Partizipation derselben ausgegangen wird. So scheinen auch die aufgrund gemeinsamer *felt needs* autochthon entstandenen Gruppen/Bewohnergemeinschaften ihre Mitglieder zur Mobilisierung des noch ungenutzten sozialen und ökonomischen Potentials und zur Einbringung desselben in die kollektive Selbsthilfe motivieren können, jedenfalls so lange solche Gruppen zur Zufriedenheit ihrer Mitglieder funktionieren. Über das *Instrument der aktiven Partizipation* sind derartige Organisationen aber auch am ehesten geeignet, die notwendigen administrativ-juristisch-organisatorischen Kenntnisse zu vermitteln bzw. entsprechende Fähigkeiten zu trainieren und so die politische wie soziale Bewußtseinsbildung ihrer Mitglieder zu fördern.

Auf die Schwierigkeiten bei der Finanzierung, der internen Strukturierung, der rechtlichen Absicherung etc. wird im Schema hingewiesen. Die Vorteile der informellen, flexiblen Selbsthilfegruppen können u.a. durch das in einigen Ländern bestehende Vereinigungs-, z.T. auch durch das Versammlungsverbot für nicht registrierte private Organisationen erheblich eingeschränkt werden. Um die gewohnheitsrechtliche Tolerierung in vielen Ländern nicht überzustrapazieren, aber auch um die Rechts- und Handlungsfähigkeit, damit den Zugang zu öffentlichen Programmen, Krediten etc. zu erhalten, wird oft die spätere Registrierung der informellen Selbsthilfegruppe als Verein, Gesellschaft etc. empfohlen (Münkner 1980, S. 14; 1983, S. 20).

Den unbestrittenen, am höheren Zielerreichungsgrad meßbaren Erfolgen derartiger informeller wie formaler Selbsthilfeorganisationen durch Partizipation, Motivation, Mobilisierung, Kenntnisvermittlung und Bewußtseinsbildung ihrer Mitglieder steht ein limitierender Faktor gegenüber, der diesen Strategieansatz des **von unten und innen** nicht als das Nonplusultra, als das Idealkonzept der Wohnungsversorgung für untere Sozialschichten erscheinen läßt: die Gruppengröße, die aus Gründen der notwendigerweise hohen Interaktionsdichte, der Funktionsfähigkeit, der Gruppendynamik, einer flexibleren Koordination usw. überschaubar gehalten werden muß und für die Lewin (1981, S. 46) 60 — 80, jedoch nicht mehr als 100 Haushalte angibt, was u.E. gruppensoziologisch bereits bedenklich ist.

Das läßt gewissermaßen u.a. aus ökonomischen Erwägungen (Rahmenplanung, Materialeinkauf, Dienstleistungszentrum, Kreditvergabe) nur die Empfehlung zu, derartig effiziente Organisationsformen kollektiver Selbsthilfe unter Bewahrung ihrer spezifischen Kriterien in größere Projekte mit einer entsprechend flexibleren Dachorganisation zu integrieren, bzw. solche gleich a priori dergestalt zu konzipieren; — eine zukunftsträchtige Aufgabe.

Fazit

Folgende Punkte scheinen für die weitere Diskussion wichtig bzw. sollten berücksichtigt werden:

— Es gibt nicht **die** beste oder **die** geeignetste Organisationsform für kollektive Selbsthilfe bei der Wohnungsversorgung. Jene hat sich zu orientieren an dem Organisationsbedarf und -vermögen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, d.h. diese bestimmen den Organisationstyp, wobei eine schrittweise Entwicklung durch *learning by doing* von einfachen zu stärker strukturierten Formen anzustreben ist.

— Jedoch haben die beiden skizzierten Strategieansätze — aus dargelegten Gründen — ihre Berechtigung; es kann kein „entweder — oder" geben, nur ein abgestimmtes Nebeneinander.

— Es gilt jedoch, den von **oben und außen**-Ansatz flexibler zu gestalten, um eine bessere Mobilisierung lokaler/regionaler Ressourcen zu ermöglichen, z.B. durch die Einbindung und aktive Mitarbeit autochthoner, informeller Selbsthilfegruppen in Großprojekte mit formaler Organisationsstruktur.

— Dann ist bei der **von unten und innen**-Strategie eine Verbesserung der boden-, finanz-/kredit- und der organisationsrechtlichen Rahmenbedingungen anzustreben. Ziel dabei ist, Übergänge vom illegalen/semilegalen zum legalen Bereich zu ermöglichen, um so den Selbsthilfegruppen eine größere Absicherung, auch für längerfristige Aktivitäten zu geben, was zudem insgesamt auch motivationsfördernd wirken kann.

— Jedoch: mit beiden Strategieansätzen werden die unteren 20 — 25 % der Einkommenshierarchie nicht erreicht, bei den meisten site and service-Projekten auch nicht die unteren 30 — 35 % (Mertins 1986, S. 34). Der Grund liegt in der unzureichenden Selbsthilfekapazität und -fähigkeit der Betroffenen und kann bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen auch durch ein Mehr an Projekten nicht gelöst werden.

— Vor dem Hintergrund der jetzigen und der noch weiter steigenden Dimension der Wohnmisere sind die bisherigen Projekterfolge global als gering zu bezeichnen. Durchgreifendere Verbesserungen der Habitat-Sitation erfordern aber entweder

* eine Veränderung der sozioökonomischen Parameter (mehr und besser bezahlte Arbeitsplätze, bessere Ausbildung), was selbst langfristig illusorisch erscheint, oder

* neue wohnungspolitische Konzeptionen (Ziss 1987). Diese müssen sicherlich mit einer, wenn auch bescheidenen Umverteilung öffentlicher Mittel einhergehen, können jedoch — da Wohnungsversorgung zum Nulltarif nach allgemeiner Auffassung nicht ermöglicht werden soll — auf kollektive Selbsthilfe und entsprechende Selbsthilfeorganisationen gar nicht verzichten.

Wir danken Herrn Prof. Dr. H.-H. Münkner (Marburg) für kritische Anmerkungen zur Übersicht der „Organisationsmodelle".

Anmerkungen:

1) Unter dem Begriff der Wohnungsbaugenossenschaft subsumieren sich sowohl
— Förderungsgenossenschaften, die Wohnraum für ihre Mitglieder schaffen und diesen zur Nutzung überlassen oder als Eigentum übertragen, als auch
— Produzentenvereinigungen (Handwerker, Architekten u.a.), die nicht primär an der Wohnraumversorgung, sondern an der Verwertung ihrer Arbeitskraft interessiert sind.

2) In der theoretischen Auseinandersetzung ist zwar ein Ausweichen auf den häufig wenig faßbaren, daher aber sehr integrativen Begriff *„Selbsthilfe-Organisation"* zu beobachten, in der Praxis existieren aber bislang wenig Organisationsalternativen für eine längerfristige Absicherung kollektiver Selbsthilfeaktivitäten.

3) Als Abgrenzung zur Genossenschaft im ökonomischen Sinn (unabhängig von der Rechtsform) vgl. Münkner 1982.

4) Z.B. zusätzlicher Finanzbedarf durch die Einstellung eines externen Geschäftsführers; overhead-Kosten können in diesem Fall durch eine Genossenschaft nicht verringert werden. Zu diesem Anspruch vgl. Lewin 1981.

5) Ansätze dazu in den Programmen von DESWOS und CDG durch Herstellung von Ausbildungsmaterialien, z.B. 'Pre-Member Education Course for Housing Cooperatives'.

6) Das deskriptiv angelegte, aus Platz- und Übersichtsgründen sehr komprimiert-abstrakt gefaßte, generalisierende Schema erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die politische Dimension, die für alle anderen Bereiche von Land zu Land völlig verschiedene Voraussetzungen schaffen kann, bleibt ausgespart, da sie in ihrer Komplexität in einem derartigen Schema nicht erstellbar ist.

Literatur:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) (1986): Wohnungsversorgung und Selbsthilfe — Entwicklungspolitische Zusammenarbeit zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Entwicklungsländern. Bonn

Deutsche Entwicklungshilfe für Soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS) (1979): Pre-Member Education Course for Housing Co-operatives. Köln.

Deutsche Entwicklungshilfe für Soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS), Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) (Hrsg.) (1981): Integrated Cooperatives for Satisfying the Basic Needs of Shelter in Slum and Squatter Areas. Result of a Workshop. Köln.

Hemker, Claus (1981): Probleme der Wohnungsversorgung durch Housing Cooperatives am Beispiel Mwenge in Tansania (Seminararbeit am FB Architektur, SoSE 1981, TH Darmstadt). Pubel-Arbeitspapier 81-2. Darmstadt.

Kirsch, Ottfried C.; Armbruster, Paul G.; Kochendoerfer-Lucius, Gudrun (1984): Self-help Institutions in Developing Countries. Saarbrücken.

Lewin, A.C. (1981): Housing Cooperatives in Developing Countries. Chichester, New York.

Mertins, Günter (1986): Die Habitat-Misere in Großstädten der „Dritten Welt" — Fragen zum Defizit und zur Effizienz bisheriger Wohnungsbauprogramme für untere Sozialschichten. In: Augel, Johannes; Hillen, Peter; Ramalho, Luiz (Hrsg.): Die verplante Wohnmisere. ASA-Studien 7. Saarbrücken. S. 25 — 39.

Müller, J.O. (1980): Kritische Anmerkungen zu Selbsthilfe, Fremdhilfe und Partizipation in fremdbestimmten „Selbsthilfe"organisationen der Entwicklungspolitik. In: Verfassung und Recht in Übersee 13, 1980, S. 213 — 225.

Münkner, Hans-H. (1982): Ten lectures on co-operative law. Bonn.

Ders. (1983): Integrated Urban Development in Slum and Squatter Settlements. Marburg.

Ders. (1986): Consequences of a Consequent Self-Help Promotion for Co-Operative Development Policy in Africa. Marburg.

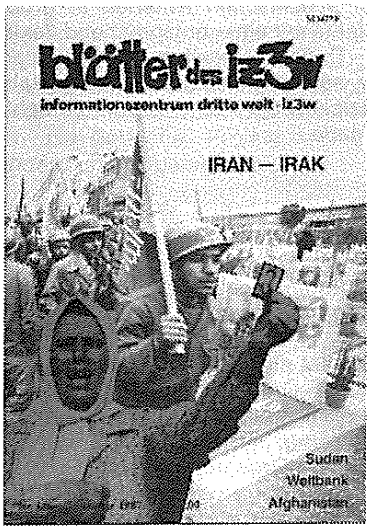
Wegener, Raimund (1982): Wohnungsbau-Finanzierung in Entwicklungsländern. Ein integrierter Ansatz. Bonn.

Ders. (1985): Restricciones de una Orientación de las Cooperativas de Vivienda en los Paises Andinos hacia el Sector Popular. — In: Carl Duisberg Gesellschaft (CDG; Hrsg.): Seminario-Taller „Condiciones del Exito de Programas de Vivienda Minima". Köln, S. 19 —34.

Ziss, Roland (1987): Wohnungsversorgung — Ein neuer entwicklungspolitischer Sektor. In: TRIALOG, Heft 10, S. 18 — 21.

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 148 April 1988

Themenschwerpunkte:
Menschenhandel
Mozambique
Brasilien
Sri Lanka

Nr. 149 Mai 1988

verschiedene Themen:
Energiepolitik
Eritrea
Paraguay
Uruguay
Argentinien
Vietnam

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Stellenanzeige

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit soll in Uganda (Süd) ein

Hochbau-Projekt

durchgeführt werden. Zur Projektentwicklung wird eine Bau-Fachkraft gesucht.

Ihre Aufgabe:

— Wiederaufbau eines zerstörten Fortbildungszentrums
— Prüfung der Restsubstanz
— Planung
— Bauausführung
— Materialbeschaffung, Logistik

ggfs. zusätzlich

— Ausbau einer Schreinerwerkstatt
— Beratung einer handwerklichen Fachschule

Unsere Anforderungen:

— Technische Ausbildung und Berufserfahrung im Bausektor
— Organisationstalent, Erfahrungen, Improvisionstalent
— pädagogisches Geschick, Flexibilität
— hohe Belastbarkeit
— gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift
— mindestens 2-jährige Berufserfahrung in einem afrikanischen Staat
— reibungslose Bewältigung von Verwaltungsaufgaben

Die Einsatzdauer ist auf 2 Jahre begrenzt; voraussichtlicher Beginn Juni / Juli 1988.

Entsendende Organisation ist das Hilfswerk Partnerschaft International e.V.

Der Arbeitsvertrag wird nach Leitlinien für entsandte Kräfte geschlossen. Schriftliche Bewerbungen an:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
Personalverwaltung, Oppelner Str. 130
5300 Bonn 1

Petra Zucker

Wohnungsbaukooperativen in der Türkei — Das Beispiel BATIKENT in Ankara

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit einem der größten von Kooperativen getragenen Wohnungsbauprojekte der Welt: dem von KENT-KOOP in Ankara, der Hauptstadt der Türkei, realisierten BATIKENT-Projekt.
Dieses auch in der Türkei aufgrund seiner Dimension und Organisationsstruktur einmalige Wohnungsbauvorhaben hat erst kürzlich auch in der internationalen Öffentlichkeit Beachtung gefunden. Anläßlich des von den Vereinten Nationen proklamierten „Internationalen Jahres der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot 1987" wurde BATIKENT von der „Building & Social Housing Foundation" (Großbritannien) mit einem 1. Preis ausgezeichnet (KENT-KOOP 1986a:5).
Nach einer kurzen Charakterisierung der türkei-spezifischen Rahmenbedingungen werden das Projekt sowie die bisherigen Erfolge und Mißerfolge dargestellt und mögliche Ursachen diskutiert. Es wird dabei keine Evaluierungsstudie im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse angestrebt. Vielmehr werden besonders kritische Punkte der Projektrealisierung angerissen, wie sie sich mir bei einer 1986/87 durchgeführten kulturwissenschaftlichen Studie vor Ort dargestellt haben.[1]

Wohnungsproblematik und -politik in der Türkei

Seit Ende des 2. Weltkriegs hat der Urbanisierungsprozeß in der Türkei bedeutend zugenommen. Bedingt v.a. durch die anhaltende Land-Stadt-Migration, die überwiegend von Osten nach Westen verläuft, konzentriert sich mittlerweile über 50 % der gesamten Bevölkerung in den 5 größten städtischen Ballungsgebieten (Höhfeld 1984: 446f.). Neben Versorgungsdefiziten aller Art ist die Wohnungsnot hier eines der zentralsten Probleme geworden, besonders für die finanzschwache Bevölkerung, d.h. in erster Linie für Zuwanderer und die marginalisierte Stadtbevölkerung.

Aufgrund der enormen Nachfrage, Spekulation und damit immens erhöhter Bodenpreise und Mieten ist der Bau eines *geçekondus*[2] für sie die einzige Möglichkeit, erschwinglichen Wohnraum zu erlangen. So lebten in Ankara, das als Hauptstadt und Verwaltungszentrum des Landes besonders viele Binnenmigranten anzieht, bereits 1970 fast 60 % der Bevölkerung in Geçekondu-Gebieten, die ca. 70 % der Stadtfläche einnahmen (ANPB 1978:152).
'Squatter upgrading'-Programme sowie 'Site-and-Service-Schemes' sind jedoch in der Türkei bislang die Ausnahme. Das Gros der wohnungspolitischen Maßnahmen bildet der subventionierte Massenwohnungsbau mit Massenproduktions-Technologien in den großstädtischen Zentren. Hiervon verspricht sich die Regierung „die Errichtung billiger Wohnungsneubauten für untere und mittlere Einkommensgruppen in großem Ausmaß in kurzer Zeit" (DPT 1985:257; Übers. d. Verf.).

Um diese Entwicklung zu forcieren, werden in den 80er Jahren verstärkte Anstrengungen im Wohnungssektor unternommen. Eine der wichtigsten Innovationen ist hierbei das 1981 verabschiedete „Mass-Housing-Law (No. 2481)", das neben der staatlichen Bereitstellung von erschlossenem Land die Einrichtung eines speziellen staatlichen Wohnungsbaufonds ermöglichte (UNCHS 1986:4). Dieser „Mass-Housing-Fund" wird mit 5 % des jährlichen nationalen Budgets gespeist und bietet privaten Investoren, die im Massenwohnungsbau tätig sind, zusätzliche Finanzierungshilfen (Ebd.).

Ein neues „Mass-Housing-Law (No. 2985)" von 1984 schließlich wendet sich explizit an Wohnungsbaukooperativen und ermöglicht auch ihnen den Kreditzugang zum „Mass-Housing-Fund" sowie — wenn auch geringe — finanzielle Vorteile (Erdogan 1986:13). Kooperativen bzw. deren Mitglieder müssen danach die Konstruktion der Wohneinheiten bis zum Fundament aus eigenen Quellen finanzieren, erst dann können sie sich für Kredite aus dem Fonds qualifizieren. Kooperativen, die außerhalb der ausgewiesenen Massenwohnungs-Areale bauen, können Kredite erst dann beantragen, wenn sie 70% der Bauten mit eigenen Ressourcen fertiggestellt haben (Ebd.).

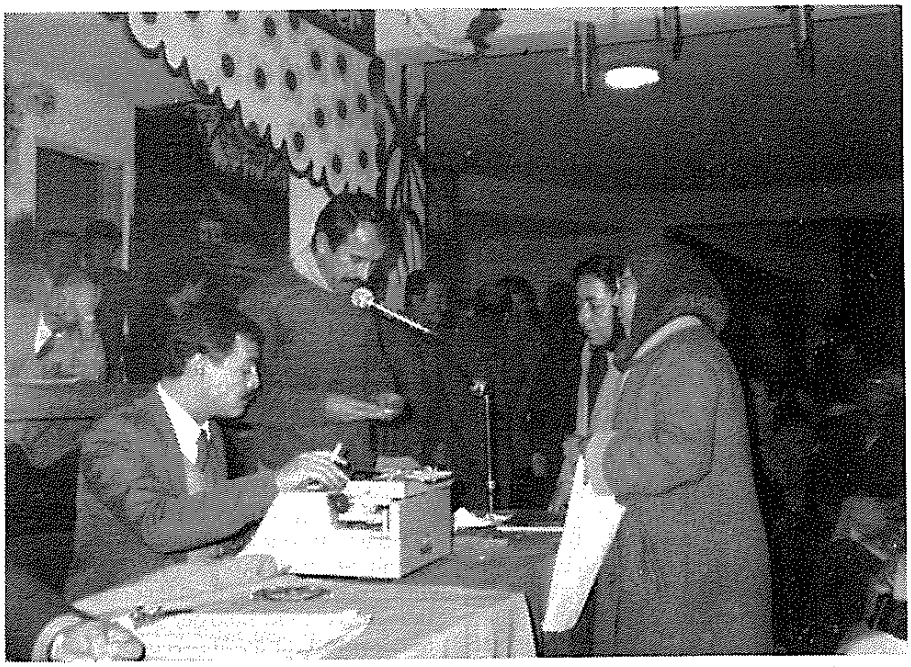
Der Beitrag von Kooperativen

Trotz der vergleichsweise langen Tradition des Genossenschaftswesens in der Türkei hatten Kooperativen im Wohnungssektor bislang eine eher geringe Bedeutung für die sozioökonomische Entwicklung des Landes.

Immerhin reicht die Geschichte der türkischen Kooperativen im ländlichen Raum bis ins 19. Jahrhundert zurück, als von osmanischen Beamten Agrargenossen-

Der bedeutendste Raum für türkische Familien ist das Gastzimmer — nicht nur in BATIKENT

Petra Zucker, Doktorandin der Ethnologie an der Universität Göttingen, arbeitet zu sozio-kulturellen Faktoren des Wohnens in der Türkei.



Auch Frauen können Wohneigentum in BATIKENT erwerben: Hier bei der Auslosung der Wohnungen auf der Generalversammlung einer Kooperative.

schaften (in der Art der Raiffeisen-Verbände) initiiert wurden (Bahadir 1975:250). Auch die Bezeichnung „kooperatif" wurde bereits Anfang der 20er Jahre in den türkischen Sprachwortschatz übernommen (Izmirli 1977:36).

Die Gründung der 1. Baugenossenschaft erfolgte 1935 in Zusammenhang mit der Tätigkeit des deutschen Stadtplaners Jansen in Ankara (Sen 1975:62), wobei eine verstärkte Aktivität von Wohnungsbaukooperativen erst seit den 50er Jahren im Zuge der zunehmenden Urbanisierung einsetzte. Der Anteil der von Kooperativen errichteten Wohnungsneubauten stieg jedoch bis 1980 nie über 10 % (Karayalcin 1986a:5).[3] Durch das Inkrafttreten neuer Genossenschaftsgesetze und Finanzierungshilfen sowie die ideologische Unterstützung durch den Staat — die Förderung von Wohnungsbaukooperativen ist z.B. in der Verfassung festgeschrieben (Verfassung von 1982, Artikel 171) — scheint sich aber in den letzten Jahren ein Aufleben der Genossenschaftsbewegung abzuzeichnen.

KENT-KOOP:
Ziele und Organisationsstruktur

KENT-KOOP ist ein genossenschaftlich organisierter Dachverband verschiedener Kooperativen, der sich zum Ziel gesetzt hat, das enorme Wohnungsdefizit in Ankara durch das Massenwohnungsbau-Projekt BATIKENT zu verringern.

Laut Grundsatzprogramm erstrebt KENT-KOOP für die Mitglieder seiner ihm angeschlossenen Kooperativen in erster Linie:

— „die Schaffung von adäquatem Wohnraum und Wohnumfeld als Alternative zu geçekondus ohne Infrastruktur
— die Bereitstellung von Land und Wohnraum unter der eigenen Organisation und Kontrolle ihrer Bewohner" (KENT-KOOP 1979:15; Übers. d. Verf.).

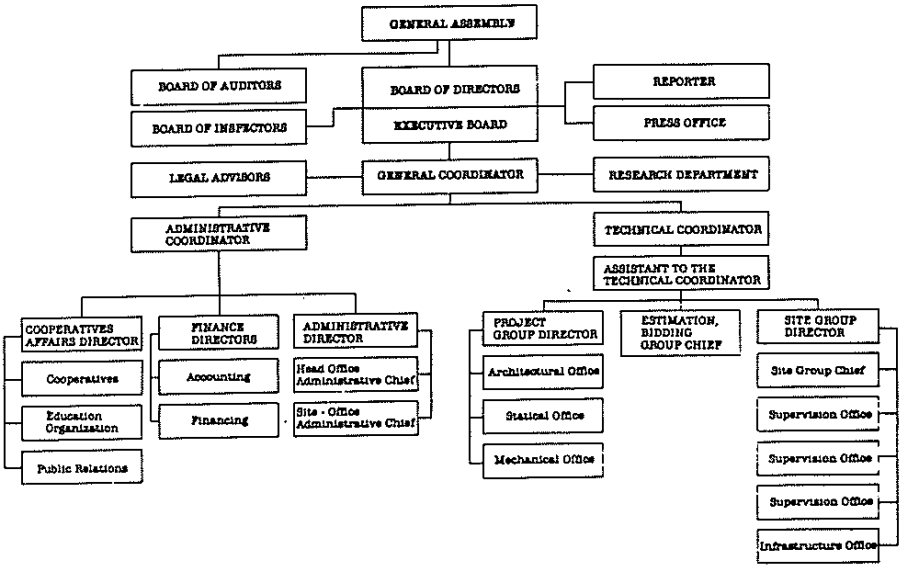
KENT-KOOP entstand 1979 auf die Initiative der Stadtverwaltung Ankaras hin durch den Zusammenschluß von 13 Kooperativen[4]. Mittlerweile zählt die 'non-profit-organization' KENT-KOOP bereits über 100 Einzelkooperativen mit durchschnittlich 260 Mitgliedern (KENT-KOOP 1987:5). Unter den Kooperativen befinden sich v.a. gewerkschaftliche Gruppierungen und Berufsverbände (Karayalcin 1986a:8).[5]
Die Organisationsstruktur von KENT-KOOP (vgl. Fig. 1) als einer Körperschaft bürgerlichen Rechts basiert auf den in der Türkei geltenden Genossenschaftsprinzipien (Bahadir 1975). Das höchste entscheidungsbefugte Gremium ist die Generalversammlung, die aus mind. 3 gewählten Delegierten pro Kooperative sowie einem Repräsentanten der Stadtverwaltung Ankara gebildet wird. Sie tritt alljährlich zusammen und fällt ihre Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

Ein entscheidendes Novum für das Kooperativenwesen in der Türkei stellt das von KENT-KOOP entwickelte „urban cooperative model" (KENT-KOOP 1987:3) dar. Dieses basiert auf einer engen, genau definierten Zusammenarbeit von KENT-KOOP mit kommunalen und staatlichen Institutionen. Hiermit soll — im Gegensatz zu herkömmlichen Bauprojekten von Kooperativen — die synchrone Schaffung von Wohnraum *und* notwendiger Infrastruktur gewährleistet werden (Karayalcin 1986a:7).

Fig. 2 gibt einen Überblick über die Aufgabenverteilung, wie sie im „Main Protocol" 1980 festgeschrieben wurde (KENT-KOOP 1987:7) und beim noch im Bau befindlichen BATIKENT-Projekt Anwendung finden soll. Insbesondere die Finanzierung der technischen Infrastruktur von Kooperativenseite aus ist dabei neu (Karayalcin 1986b:17).

Während die Kommune primär für die Bereitstellung des Baulands und die Errichtung der technischen Infrastruktur verantwortlich ist, fällt u.a. das Erstellen der sozialen Infrastruktur in die Zuständigkeit des Staates. KENT-KOOP, das die Koordination, Durchführung und Kontrolle des gesamten Projekts übernommen hat, konzipiert und baut z.B. die Wohneinheiten und organisiert die Kooperativen bzw. deren Mitglieder. Letzteres wird unterstützt durch die Öffentlichkeitsarbeit von KENT-KOOP, in deren Rahmen zahlreiche Veranstaltungen zu Themen wie Genossenschaftswesen,

KENT-KOOP ORGANIZATION CHART



Quelle: KENT-KOOP 1986b:10

Distribution of the Tasks According to the Sectors

	Kent-Koop	Ankara Municipality	Central Administration
1. Initiative Reconstruction Plan	support	design	ratification
2. Land	financing	provision	-
3. Physical Infrastructure	financing	construction	-
4. Demand	organizing	-	-
5. House	construction self-financing	permit	financing
6. Social Infrastructure	-	provision of land	construction -financing
7. Commercial	-	construction -management	-

Fig. 2 *Quelle: Göksu 1985:5*

Wohnrecht etc. sowie Trainingskurse für Kooperativen-Funktionäre stattfinden.

Sowohl KENT-KOOP als auch die einzelnen Kooperativen sollen nach Fertigstellung des BATIKENT-Projekts bestehen bleiben, um den Unterhalt der Siedlung sicherzustellen und soziale und kulturelle Aktivitäten der Bewohner zu fördern (KENT-KOOP 1985:94).

Projektrealisierung von BATIKENT: Anspruch und Wirklichkeit

Zeitliche und räumliche Dimension

BATIKENT ist das größte Wohnungsbauvorhaben in der Türkei. Bis 1990 sollen auf dem über 1.000 ha großen Gelände 50.000 Wohneinheiten — davon 5.000 Mietwohnungen — für ca. 250.000 Bewohner entstehen (Göksu 1985:9).

Doch bislang wirkt BATIKENT wie eine riesige Baustelle. Seit dem Baubeginn 1980 sind erst 1.300 Wohneinheiten fertiggestellt und von ca. 6.500 Personen bezogen; 10.000 weitere Wohnungen befinden sich im Bau.[6] Als Haustypen herrschen dabei 2stöckige Reihenhäuser mit kleinem Garten (Wohnfläche 100 m²) sowie 5 bzw. 10geschossige Wohngebäude mit 85-100 m² großen Wohnungen vor.[7] Der Bau erfolgt durch KENT-KOOP eigene Firmen, wobei v.a. die in türkischen Städten übliche Betonskelett-Bautechnik angewandt wird.
Die kleinsten baulichen Einheiten mit durchschnittlich 260 Wohneinheiten bilden die Kooperativenblocks, die sich — abgesehen vom Haustyp — nur geringfügig voneinander unterscheiden.

Neben den neuen Wohnmöglichkeiten ist in BATIKENT auch ein breitgefächertes Infrastrukturnetz geplant, das weit über dem Ankara-üblichen Standard liegt.

Während die technische Versorgung der bisher errichteten Häuser (Wasser, Elektrizität, Kanalisation) weitgehend sichergestellt ist, stehen den Bewohnern derzeit nur wenige soziale Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung. Auch Fußwege und Straßen sind nur an einigen Stellen realisiert; öffentliche Transportmöglichkeiten fehlen gänzlich. Nicht zuletzt gewährleisten die 4 kleinen Lebensmittelläden keine ausreichende Versorgung der Einwohner. Obwohl das Entstehen dieser Einrichtungen unter die Verantwortung kommunaler und staatlicher Stellen fällt (vgl. Fig. 2), wurden von dieser Seite bis jetzt keine nennenswerten Aktivitäten unternommen. KENT-KOOP sah sich deshalb veranlaßt, einige vordringlich benötigte Einrichtungen, wie z.B. eine Grundschule, ein Basisgesundheitszentrum und ein Kulturzentrum mit eigenen Mitteln zu errichten.

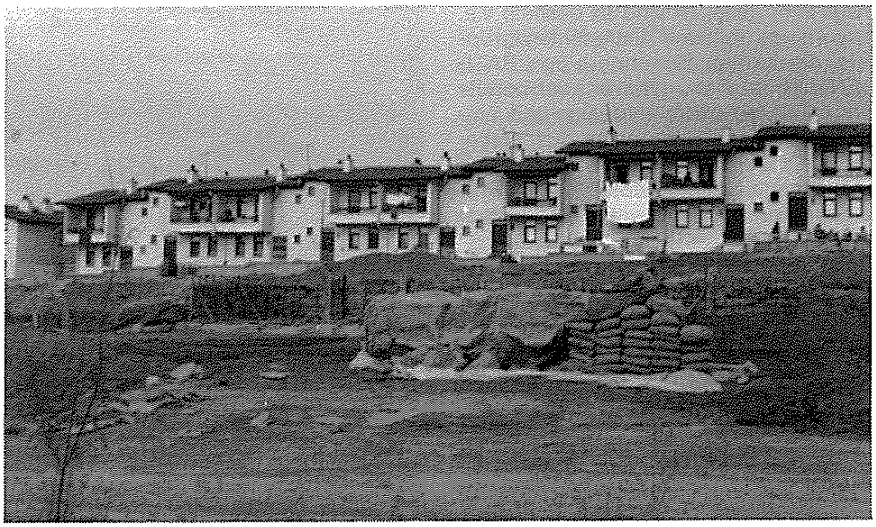
Die Gründe für die stagnierende Fertigstellung des BATIKENT-Projekts sind zuallererst finanzieller Natur. Insbesondere während der ersten Zeit des Projekts litt BATIKENT v.a. angesichts der allgemeinen angespannten ökonomischen Lage, einer dreistelligen Inflationsrate und einer Krise im Bausektor unter enormem Finanzmangel, so daß nur unter Heranziehung internationaler Kredite die ersten Häuser errichtet werden konnten (Karayalcin 1986b:19). Seit der Verabschiedung des „Mass-Housing-Law" 1984 und damit der Bereitstellung staatlicher Kredite ist die finanzielle Basis erheblich sicherer geworden.[8]

Das Defizit im Infrastrukturbereich hängt darüberhinaus — nach Meinung von KENT-KOOP — mit dem Mißtrauen der zuständigen Behörden gegenüber dem für die Türkei doch relativ fortschrittlichen Projekt zusammen. Schließlich haftet BATIKENT noch immer ein wenig vom sozialdemokratischen Flair seiner Gründungszeit — vor dem Militärputsch 1980 — an.

Angestrebte und erreichte Zielgruppe

Auch in bezug auf die Zielgruppe klaffen Anspruch und Wirklichkeit des BATIKENT-Projekts weit auseinander. Das Ziel, eine Alternative zu Squattersiedlungen zu sein und potentielle Geçekondu-Bewohner zu erreichen (KENT-KOOP 1979:15), muß als gescheitert angesehen werden.

Der Erwerb einer Wohneinheit in BATIKENT ist für die Unterschicht unerschwinglich.[9] Viele Haushalte können bereits die Einstiegssumme, die beim Eintritt in eine Kooperative fällig wird (durchschnittlich 1,5 Mio. TL), nicht aufbringen. Ebenso ist die finanzielle Belastung während der 2 bis 3jährigen Konstruktionsperiode bis 15 Jahre nach dem Einzug bei einem geringen Haushaltseinkommen kaum tragbar. Das Erlangen von Wohneigentum in BATIKENT setzt vielmehr ein gewisses Maß an ökonomischer Stabilität voraus, was angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, z.T. gesunkener



Leben auf der Großbaustelle BATIKENT

BATIKENT: Wohnblocks soweit das Auge reicht

Löhne und ständig steigender Lebenshaltungskosten gerade für die finanzschwachen Bevölkerungsschichten nicht gewährleistet ist.[10]

Insbesondere für Binnenmigranten aus ländlichen Gebieten der Türkei, die den größten Teil der Geçekondu-Bevölkerung stellen (Sen ·1975:189), scheinen darüberhinaus die Modalitäten, an die eine Mitgliedschaft bei KENT-KOOP, der Zugang zu Krediten usw. geknüpft sind, viel zu kompliziert, langwierig und nur schwer vom Heimatort aus realisierbar.

Nicht zuletzt ist fraglich, ob BATIKENT den Wohnbedürfnissen von Zuwanderern eher als die meist ländlich geprägten Geçekondu-Siedlungen entspricht. Eigene Eindrücke bestätigen die Ergebnisse verschiedener Studien, die — unabhängig von finanziellen Barrieren — eine relativ geringe Motivation von Landflüchtigen zum Wohnen in Neubauprojekten konstatieren (z.B. Jaensch et al. 1975).

Insgesamt gesehen sind es deshalb v.a. Angehörige mittlerer Einkommensgruppen, die zu den Bewohnern von BATIKENT zählen. Dazu gehören auch bereits lange Zeit in Ankara ansässige und 'emporgekommene' Umsiedler aus Geçekondus, die sich durch den Umzug in eine angesehene Neubausiedlung einen Prestigegewinn erhoffen.

Genossenschaftliches Engagement der Kooperativenmitglieder

Wie die Feldstudie ergab, werden sowohl die Einzelkooperativen als auch KENT-KOOP von den meisten derzeitigen Bewohnern schlicht als eine Art Dienstleistungsbetrieb gesehen. Die Vorteile einer genossenschaftlichen Organisierung sehen sie dabei primär im leichteren Zugang zu finanziellen Quellen. Im Gegensatz dazu betonen die in der Kooperativen-Selbstverwaltung aktiven Bewohner (ca. 7 %) den genossenschaftlichen Projektcharakter von BATIKENT.

Da weder der Konstruktionsprozeß noch die Nutzung von BATIKENT 'kooperativ' erfolgen, beschränkt sich auch das genossenschaftliche Engagement eines Großteils der Bevölkerung auf die Teilnahme an den obligatorischen Generalversammlungen ihrer Kooperative. Die von KENT-KOOP zusätzlich angebotenen Öffentlichkeitsveranstaltungen werden dagegen weniger häufig besucht. Dazu trägt auch der Umstand bei, daß KENT-KOOP — inzwischen ein riesiger Apparat mit knapp 200 Mitarbeitern — weit entfernt vom Projektort im Zentrum Ankaras liegt.

Der von KENT-KOOP formulierte Anspruch, mit BATIKENT eine von der Bevölkerung selbstorganisierte Siedlung zu schaffen (KENT-KOOP 1979:15), erscheint so in der Praxis kaum verwirklicht. Zudem beschränkt sich die Partizipation der einzelnen Mitglieder inhaltlich i.d.R. auf die Auswahl der Haustypen und architektonische Verbesserungsvorschläge für die von ihrer Kooperative errichteten Wohneinheiten (KENT-KOOP 1985:93). Zu berücksichtigen sind hier v.a. die politischen Rahmenbedingungen des Projekts, die eine weitergehende Partizipation der Bewohner zumindest z. Zt. erschweren.

Schlußbemerkung

Sicher ist der Beitrag, den KENT-KOOP mit dem BATIKENT-Projekt zur Verringerung des Wohnungsdefizits leistet, nicht zu unterschätzen. 1984 betrug der Anteil von KENT-KOOP an den Bauzulassungen in Ankara bereits über 20 % (Karayalcin 1986a:9).

Aber BATIKENT erreicht nicht die am vordringlichsten von der Wohnungsnot betroffenen Bevölkerungsgruppen, sondern stellt Wohnraum lediglich für die Mittelschicht bereit.
Das kapitalintensive Mammut-Projekt erlaubt dabei insbesondere aufgrund der hohen, unflexiblen Baustandards sowie des Verzichts auf Selbsthilfe keine Öffnung auch für die Unterschicht.

So bleibt als der vielleicht entscheidenste Erfolg von KENT-KOOP, die Stärkung des Kooperativenwesens im türkischen Wohnungssektor zu vermerken. Während ein Großteil der Bevölkerung Wohnungsbaugenossenschaften gegenüber eher mißtrauisch war, da suspekte Kooperativen oft genug Mitglieder um ihre Einlagen

Reihenhäuser in BATIKENT: Noch sind sie unbewohnt

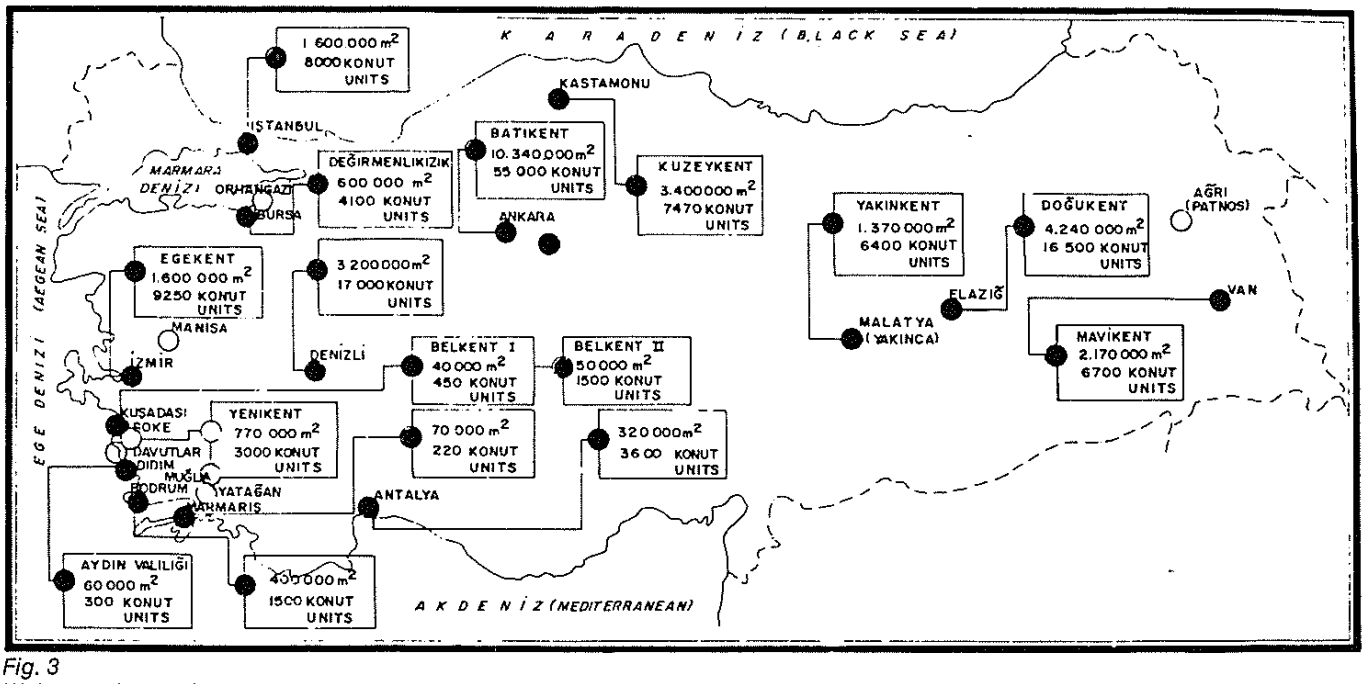


Fig. 3
Wohnungsbauprojekte nach dem KENT-KOOP-Modell
• Realisierungsphase o Planungsphase *Quelle: KENT-Kur 1986:15*

betrogen hatten und so für negative Schlagzeilen sorgten, erfreut sich BATIKENT mit wachsender Bekanntheit immer größerer Popularität. Über 15.000 Haushalte, organisiert in 60 Kooperativen, haben momentan die Mitgliedschaft bei KENT-KOOP beantragt.

Auch über Ankara hinaus geht durch den genossenschaftlichen Modellcharakter des BATIKENT-Projekts eine große Initiativwirkung in der gesamten Türkei aus. Inzwischen entstehen bereits in 14 verschiedenen türkischen Städten ähnliche Wohnungsbauvorhaben (vgl. Fig. 3).

Ob ihnen in Zukunft politisches Wohlwollen von staatlichen und kommunalen Stellen zuteil wird und damit das Funktionieren eines „urban cooperative models" möglich ist, bleibt abzuwarten.

Fotos: Petra Zucker

Anmerkungen:

1) Die Studie hatte die Akzeptanz und Auswirkungen des BATIKENT-Projekts auf die Lebenssituation türkischer Frauen zum Thema (vgl. Zucker 1988) und wurde von der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) finanziert.
Die im folgenden genannten Ergebnisse basieren neben Gesprächen mit Planern und Architekten v.a. auf einer Stichproben-Umfrage bei 40 Haushalten sowie teilnehmender Beobachtung, d.h. aktiver Teilnahme am Lebensalltag in BATIKENT, was das Wohnen bei einer türkischen Familie im Projekt miteinschloß.

2) Geçekondus (wörtlich übersetzt: über Nacht errichtet) sind die türkische Variante der Squatter-Siedlungen. Sie sind weltweit gesehen von vergleichsweise solider Bauqualität (Höhfeld 1984:447). Fehlende oder unzureichende Infrastruktur sind die Hauptprobleme in Geçekondu-Gebieten.

3) Über 80 % des Wohnungsbaus wird von privater Hand errichtet (Sayin 1983:20) und kommt fast ausschließlich der Ober- und Mittelschicht zugute. Der Anteil der von öffentlicher Hand erstellten Wohneinheiten beträgt demgegenüber lediglich 3,6 % (Ebd.) und richtet sich vorwiegend an Staatsbedienstete, kommunale Angestellte und Militärs.

4) Andere Quellen sprechen von 7 Gründungskooperativen (z.B. Sayin 1983:40).

5) Auch nicht-organisierte Wohnungssuchende können — soweit sie kein Hauseigentum besitzen — problemlos die Mitgliedschaft in einer Kooperative erwerben. Pro (durchschnittlich 5köpfigem) Haushalt ist dies jeweils einer volljährigen Person möglich.

6) Diese sowie die folgenden Angaben beziehen sich auf den Zeitraum von August 1986 bis Januar 1987.

7) Ebenso wie Eigentumswohnungen sind vergleichsweise große Wohnungen in urbanen Gebieten der Türkei durchaus die Regel.

8) So wird das Projekt seit 1985 zu 58 % mit Mitteln aus dem „Mass-Housing-Fund", zu 5 % von den Sozialversicherungsanstalten und zu 13 % durch Einlagen der Mitglieder finanziert. Die restlichen 24 % werden als Kredite aus dem Siedlungsfonds des Europarats gewährt (KENT-KOOP 1985:94).

9) 1986 betrug der Gesamt-Kaufpreis einer Wohneinheit ca. 8 Mio. TL (Türkische Lira). Bis zu 90 % des Kaufpreises konnte als Kredit zu derzeit 11 % Zinsen mit einer Laufzeit von 15 Jahren aufgenommen werden.
Über das durchschnittliche Einkommen einer Unterschichtsfamilie waren keine verläßlichen Angaben zu erhalten. Nach eigenen Schätzungen betrug es 1986 etwa 80.000 TL.
100 TL entsprachen Ende 1986 0,25 DM.

10) In BATIKENT selbst kann eine ökonomische Sicherheit nicht erlangt werden, da einkommensschaffende Maßnahmen nicht vorgesehen sind.

Literatur:

ANPB (Ankara Metropoliten Alan Nazim Plan Bürosu; Hrsg.) (1978): Urban development strategy — A summary: Ankara. 1970 — 1990. Ankara

Bahadir, Sefik Alp (1975): Das Genossenschaftswesen in der Türkei. In: vierteljahresberichte 61:249-268

DPT (Devlet Planlama Teskilati; Hrsg.) (1985): V. bes yillik kalkinma plani döneminde sektörel gelismeler 1985 — 1989. Ankara

Erdogan, Senol (1986): An evaluation of seminar on residence construction cooperatives in the world. In: Turkish Cooperative Association (Hrsg.): Cooperation in Turkey 4:10-17

Göksu, Faruk (1985): Batikent project in Turkey. Unveröffentl. Typoskript

Höhfeld, Volker (1984): Geçekondus: Dörfer am Rande türkischer Städte? In: Geogr. Rundschau 36.9:444-450

Izmirli, Resul (1977): Das ländliche Genossenschaftswesen in der Türkei und seine Bedeutung für die türkische Landwirtschaft. Diss., Gießen

Jaensch, Waldemar et al. (1975): Bauen auf fremdem Grund: Illegales Siedeln in Istanbul. In: Bauwelt 18:546-550

Karayalcin, Murat (1986a): Community participation in urban housing in Turkey. Kent-Koop yayinlari;74. Ankara

ders. (1986b): Batikent: A new settlement project in Ankara/Turkey. Unveröffentl. Typoskript

KENT-KOOP (Hrsg.) (1979): Ana sözlesmesi. Ankara

ders. (1985): Konut '84: 1990'lara dogru Kent-Koop. Kent-Koop yayinlari;53. Ankara

ders. (1986a): Kent kooperatifciligi. Ankara

ders. (1986b): In 7 years... . Ankara

ders. (1987): KENT-KOOP. Ankara

KENT-KUR (Hrsg.) (1986): Kentkur. Ankara

Sayin, Erol (1983): Batikent New Settlement Project. Kent-Koop yayinlari;27. Ankara

Sen, Erkan (1975): Die Entwicklung der Wohngebiete der Stadt Ankara seit 1923 unter besonderer Berücksichtigung des Geçekondu-Phänomens. Diss., Saarbrücken

UNCHS (United Nations Centre for Human Settlements; Hrsg.) (1986): Turkey. In: UNCHS HABITAT NEWS 8.1:4-5

Zucker, Petra (1988): Wohnen ist ein Frauenrecht! Zur Lebenssituation türkischer Frauen in einem Wohnungsbauprojekt. Saarbrücken, Fort Lauderdale (in Druck)

C. Caron, M. Hennion

Housing Co-operative Societies: A way to solve the Urban Housing Crisis in India?

Though the first cooperative housing society was created in 1913, cooperative forms of housing production in urban areas did not become quantitatively significant until the seventies and more particularly in Bombay. Only during recent years have cooperative societies become more and more regarded as one of the main real estate factors and are considered an important element of urban policies.

Nowhere are cooperative housing societies integrated in urban policies better than in Bombay. In addition to their role to produce houses for middle und low-middle income groups in the suburbs and in New Bombay (where one third of residential plots are reserved for them), the Maharashtra State Government ist planning to use them for the two following measures:

— Slum upgrading programme, with an operation started in 1983, co-financed by the World Bank, in which slum dwellers have to create a housing society at each slum level before being provided with the lacking urban services;

— Rehabilitation of old dilapidated buildings in the city core: In 1985 the Government of Maharashtra decided to transfer property rights to the tenants in housing cooperative societies. They are expected to untertake the needed repairs without the delays which were occuring when this was in the hands of public agencies.

Thus the societies have to face a twofold challenge: (a) to participate actively in solving the housing shortage of the middle and low-income groups and (b) to extend the movement towards lower income groups (beyond solvancy limits) with state-support.
This challenge is fundamental for recent housing policy making. So it is justified to outline actual functioning patterns of present housing societies. The main questions concern the nature of the momentum of the housing cooperative sector noticed for some years in Bombay, the behaviour of societies' members and the government's and builders' responses to their expectations[1].
(...)

Die Übernahme dieses Artikels wurde uns freundlicherweise von der All India Housing Development Association gestattet. Zum besseren Verständnis wurde die englische Original-Version zum Teil überarbeitet. Er ist ebenfalls im aihda-Journal Vol. 87/1 veröffentlicht.

Housing Co-operative Societies

There are more than ten thousand housing cooperative societies in Greater Bombay. Each society usually gathers from 20 to 50 families. Small societies are prefered because they are felt to be more manageable. They are either (a) initiated by individuals or (b) by firms in order to provide their employees with an accommodation in which they will financially participate or, last, (c) used in the course of public support to disaster-stricken populations. The first case is, in urban areas, the most common.

The individual or group starting a society is at the very mainspring of the construction process. First he must gather ten other initiators in order to be elected Chief Promotor and to register the society. The second step which is also the duty of the Chief Promotor is to look for and to purchase a piece of land, which is a catalitic element all the more so in the land shortage context of large Indian cities and particularly of Bombay. He then has to find the required remaining members, first among his relatives and those of the ten original members, and if it is necessary, then through advertisements in local newspapers. That way of recruiting which brings forth an arbitrary choice among the candidates may lead to regionally, linguistically or religiously homogeneous societies as well as to others where maximum heterogeneity may create some potential conflicts.

Once membership quorum is achieved, a first general meeting is held. The internal power structure changes: The Chief Promoter's role is cancelled and replaced by a more democratic pattern including a president, a secretary who holds all decision and control powers and a treasurer, all of them elected. Usually the former Chief Promotor is elected Secretary. During this meeting members create the society's capital by buying ten shares each.

It is only after those preliminary stages that construction activity itself may begin. First plans have to be drawn by an architect. Then only, after release of a „non-objection certificate" from the municipal body, the Secretary gets in touch with builders either on an individual basis, often guided by the architect, or by advertising in local newspapers.

Like the whole cooperative sector in India, the housing cooperative societies are state-supported. This is due to the fact that this sector appeared during the IInd Plan as a way to assess India's own development way. This was translated in some tax cuts and various exemptions as well as the creation of apex financing bodies at each large state level. Those apex are working on public funds mostly coming from LIC and GIC[2]. As those funds are to a large extent inferior to actual societies' financial needs, a majority of urban societies' members are forced to look for other costlier sources of long-term loans, apart from some cases of priviledged socio-professional categories (civil servants, banks' or large firms' employees) who benefit from „building advances" at very low rates. There are very few borrowing sources for prospective borrowers. On one hand there are the saving schemes proposed by HDFC (Housing Development Finance Corporation) but agreement is selective. On the other hand banks have no particular scheme for house building so they only propose loans at unaffordable rates for real estate purpose.

Problems of Cooperative Housing Construction

The growth dynamics of housing societies are now quite noticeable but geographically restricted and only recent as it really started in the seventies.

Housing societies can mostly be found in four States: Tamil Nadu, Gujarat, Kerala and Maharashtra. This may be explained by an economical factor, those States are among the wealthies in India as well as by an historical factor: They were the states most influenced by the British Empire. And the cooperative concept was transfered to India around 1870 from Western Europe by British administrators who supported the cooperative movement.

Bombay is the only place where housing societies are of some significance in total building activities (from 20 to 30 % of the total production during the seventies, see Table no. 1), but only since 1970. Between 1913, when the first society was created in Bombay, and 1970, societies' activities had been sluggish. The main reason for the sharp increase of the number of societies during the early seventies shows clearly the ambiguity of the movement. And as it is on that movement that policy makers would like to rely to solve the housing problem of low and low-middle income groups, some detailed explanations are

TABLE NO. 1

Buildings production in Greater Bombay

	BHADB	Private sector	Cooperative societies nb	Cooperative societies %	Employers for employees	Total
1973-74	1 165	8059	5046	33.6	736	15006
1974-75	2 331	9763	5503	28.9	801	18998
1975-76	8 820	8611	5170	22.2	718	23319
1976-77	1 660	10557	5029	29.4	462	17708
1977-78	1 796	9128	4083	26.3	547	15554
1978-79	2 112	9182	2936	20.4	61	14391

Source: MHADA, „Non-conventional and alternative approaches to shelter the urban poor: Experience in Bombay", theme paper presented to the seminar on non-convential and alternatives approaches to shelter the urban poor; local and international experience, Bombay, January 7, 1981, 51p.

necessary. The fact which launched societies' dynamism was wholy external to them. It was the enforcement of an Act taxing private property transfers in Bombay, in order to stop speculation. As housings societies' land transactions were exempted from this, numerous builders rushed into this sector. When the Act was amended after some time to integrate societies, public support was not suppressed and it can be said that it is increasing through various exemptions. Thus the actual dynamism of housing cooperative societies is still strongly related to exemptions which are State-provided.

In Maharashtra, this dynamism is clearly shown by the growth of existing housing societies: From 1495 in 1961, the figures went up to 7425 in 1971 and then to 15640 in 1981.

Although most of this growth can be attributed to genuine cooperative will, some part of it is initiated by small builders without enough capital to carry on their business in the classical way. By creating a housing society deprived of any democratic meaning, they make sure that they will obtain members' funds to start construction. The only advanced money needed is for the purchase of plots and this money is usually borrowed from commercial banks on a short term basis. Members are recruited through the common brokers network and are attracted by low-priced offers. The main problem of this process is the lack of experience and of technical knowledge which usually coincides lack of capital in the Indian context.

The problems of „genuine housing societies" come from some kind of „immaturity" of the building sector, which also explains the very existance of „builders' cooperative societies". This immaturity is due on one hand to a demand which can't physically be satisfied in short time and, on the other hand to the lack of obstacle to enter the activity. As a matter of fact capital requirements to enter the field are very low. Thus many entrepreneurs coming from and sometimes caring on very different businesses, and with no particular technical knowledge, can start construction activities. This often leads to a lack of professionalism, mostly among small-scale builders who can't handle more than one or two construction sites simultaneously. And it is among those that housing societies must recruit the builder to take care of their construction work.

Housing societies choose their builder either according to the architect's advice or through personal contact or, last, by advertising in newspapers. If one considers that there are only a few societies (if any) which have not been in trouble with their builders because of malpractice, it clearly appears that by lack of information about the builders' previous achievements none of those ways allow for a proper selection. (...). Thus some builders underevaluate their estimated costs being confident either to cheat people by reducing construction's quality or by presenting a cost-revaluation after some time.

The revaluation of builder's original cost estimation is a common problem of most housing societies. Usually, reasons given by builders are related to the inflationary context of the building materials' market (see Table no. 2). Some prices for a building component are realistic, more often builders invent them. And this kind of assesment is unquestioned because society's members have no possibility to check it or because the secretary's collaboration has been bought previously.

The story of almost all housing societies is the story of revaluation and corruption, sometimes uncovered, which leads to builder's dismissal, secretary's discharge and an interruption in the construction work, at least during the time necessary for a new managing committee to be elected. One of the main common consequences is the doubling of both the overall construction costs and the length of works. This may put many members into financial and other troubles which sometimes leads to an important turn-over among the poorest members.

Some other problems are related to construction materials like low quality and even some malpractice in their delivery by builders. There are also building quality problems with housing societies. This is testified by numerous leakages, partial collapses or poor finishings.

The main question induced by this whole range of difficulties, is: What is allowing such a situation? To get some answers, one must distinguish between institutio-

TABLE NO. 2

Index Number of Wholesale Prices of Selected Building Materials

(Base: 1970-71 = 100)

Building Materials	Index Number of Wholesale Prices (annual average)								
	1971-1972	1972-1973	1973-1974	1974-1975	1975-1976	1976-1977	1977-1978	1978-1979	1979-1980
Cement	105.4	109.5	112.3	147.9	170.5	173.6	173.8	196.6	229.4
Bricks	109.3	128.1	187.7	263.2	291.2	344.4	299.6	314.2	351.5
Tiles, Ceramic	107.6	110.3	140.6	205.9	242.8	243.0	231.7	227.4	233.5
Logs, Timbers and Bamboo	105.8	113.9	133.1	168.0	178.2	155.3	220.3	303.7	382.9
Paints and Varnishes	103.6	108.7	131.0	192.1	194.6	204.9	204.9	204.6	239.9
Fire Clay	100.0	114.6	129.2	129.2	146.7	159.2	160.1	167.5	187.2
Lime Stone	100.0	113.9	183.4	184.4	187.2	187.2	187.2	204.8	212.1

Source: Revised Index number of wholesale prices in India, April 1980 — Ministry of Industry; quoted in GUPTA D.B., *Urban Housing in India*, Washington, World Bank Staff Working paper no. 730, 229 p, 1985.

nal factors and those which are endogenous to housing societies.

Among institutional factors the more noticeable is the juridical irresponsibility of builders towards their products. In case of major problems there is no way to bring successfull proceeding against them. This is worsened by the habit of small unscrupulous builders, to create a particular firm for each contract which disappears after completion of the work.

Internal factors of trouble are clear enough: some Secretaries are technically unable to follow and so to control works supervision. Ordinary members are generally lacking any interest for the construction stages. That latter point leads to a total absence of control of secretary's activities. Thus collusion risks between secretaries and builders rise.

Concluding Remarks

For some years, the Indian government has been emphasizing the role that cooperative societies have to play in solving the housing crisis, particularly in urban areas. This rising emphasis is simultaneous to a clear will to abandon social mass housing schemes. This twofold evolution is quite congruent with the progressive adoptation of economic principals by the Indian government. Nevertheless it is very clear that, in the present institutional framework, housing societies can't be considered a serious alternative to private housing. Some measures have to be devised.

The Indian government is compelled to act more efficiently as guarantor for the cooperative housing sector in order to be politically able to set up even minimum public housing schemes. It must give societies some kind of insurance against builders (e.g. an efficient institution of dispute arbitration etc.) or ways to pursue builders, when they break some terms of contract or when some major construction problems occur a few years after works' completion. An other proposition concerns the way to choose the builder: something has to be done to help societies when they have to choose a builder; for example the constitution of a panel of professionals which should be able to deliver proper information about builders' previous achievements.

Some solutions have to come from the societies' side for instance by systematically providing some technical knowhow to the secretaries so that they could eventually counteract the builders' malpractice which is in fact repeatedly the same. This task may be undertaken by housing societies' federations at the States level as well as at the central level. Another proposal would be to support the birth of cooperative societies by providing genuine services and advice of building professionals, lawyers and architects to grass-root housing societies.

As to the idea (...) extending housing societies to lower income groups, two main questions are induced by the analysis of urban low-middle class housing societies:

— What can be expected from the future low income societies' members if one refers to the clear lack of commitment noticed among their low-middle class counterparts? These aspects have to be emphasized in order to suggest the most probable answer. First the urban poor share with their immediate superior earning groups long work and commutation times and no or very little leisure time. Secondly, as those societies will be included in a public scheme, individual choise as well as ability for societies to select their members will be, if not forbidden, at least drastically reduced. This leads to the question whether they will work satisfactorily. Thirdly, since most societies are probably regarded as administrative tools by slum dwellers, those societies may provoke some distrust among the poor rather than create a wish for participation.

— What will be the use of powerfull positions (particularly that of secretary) in groups where the power structure is more clearly established, more polarized than in the middle class where too many misuses have been noticed? Other experiences (for example from the rural development side) showed that democratic grass-root institutions which were efficient before being included in public policy, increasingly followed a bureaucratic and clientelistic pattern once integrated to an administrative planning programme.

Those two questions concerning the will to adopt a concept which was only evaluated on its physical results (number of units built without public subsidies) are even more justified if one considers that housing societies will be a fundamental aspect of public policy in the housing field, which is bound to aggravate counterproductive behaviour and strategies. This attitude, which is quite often one of „guile" when confronted with administration, comes from an increasing financial stake either in absolute terms or in terms relative to target group earnings', but also by introducing a new game of an essentially different order: The political one.

Anmerkungen:

1) The paper is based on a research conducted with Economy and Humanism on middle income group need for housing in Bombay.

2) LIC = Life Insurance Corp., GIC = General Insurance Corp. (Anm. d. Red.)

REGENWALD

Das peruanische Amazonasgebiet ist dreimal so groß wie die Bundesrepublik. Noch ist es intakt. Aber wie lange noch?

Bulldozer sind bereits am Werk, Straßen werden in den Urwald geschlagen, Spekulation setzt ein, die Bodenschätze werden rücksichtslos ausgebeutet - nicht zuletzt weil die Regierung Perus unter dem Druck steht, die Auslandsschulden zu begleichen.

Damit werden die Lebensgrundlagen der Indianer-Völker Aguaruna und Huambisa zerstört. Seit einigen Jahren setzen sich die Indianer bereits zur Wehr: sie organisieren sich und fordern die ihnen zustehenden Rechte auf ihr Land.

Unterstützen auch Sie die Aguaruna und Huambisa in ihrem Überlebenskampf.

Informationen bei:

ASW,
Aktionsgemeinschaft
Solidarische Welt e. V.
Hedemannstraße 14
1000 Berlin 61
Tel. 030/251 02 65
Spendenkonto 555
Bank f. Gemeinwirtschaft,
BLZ 100 101 11

TRIALOG

German magazine
for planning and shelter
in the Third World

*

is published quarterly

*

deals with problems of
urbanization and human settlements
in the Third World

*

is a forum of discussion
for architects, civil engineers,
economists, urban and
regional planners
and social scientists

*

stimulates the exchange
of experiences
and the development of theory

*

for further information:

TRIALOG
Ploenniesstr. 18,
D-6100 Darmstadt

Elinor Wibmer

Genossenschaften und Gemeinschaftshilfe in Uruguay: ein Weg zur Wohnungsversorgung und Selbstbestimmung

Einleitung

Nach drei Pilotprojekten der Genossenschaftszentrale Uruguays *(Centro Cooperativista Uruguayo)* im Landesinnern, wurde 1968 das Genossenschaftsrecht im Wohnbaugesetz verankert und der Bau von Genossenschaftswohnungen in Gemeinschaftshilfe vorangetrieben. Nachdem die Anfangsschwierigkeiten im Umgang mit einem bis dahin in Uruguay unbekannten Verfahren überwunden waren und das anfängliche Mißtrauen der Genossen abgebaut war, floß 1975 bereits die Hälte der bei der staatlichen Hypothekenbank beantragten Darlehen in den Bau von Wohnungen in genossenschaftlicher Selbsthilfe oder in entsprechende Ansparfonds.

Das auf Gemeinschaftshilfe bauende Genossenschaftswesen erweist sich als hervorragend geeignet, um das Problem der Wohnungsversorgung anzugehen. Es baut auf der Erfahrung tausender von Menschen auf, die in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts mit dem Wohnungsbau in Selbsthilfe den entscheidenden Impuls zum Wachstum uruguayischer Städte gaben.

15 Jahre nach Inkrafttreten des Wohnungsbaugesetzes ist die weitreichende Bedeutung des Genossenschaftsmodells deutlich zu erkennen: Es

— erlaubt optimale Wohnlösungen zu niedrigen Kosten,
— hat positive Auswirkungen auf Reparaturen und Instandhaltung,
— bindet die Gebäudekomplexe harmonisch in den städtebaulichen Kontext ein,
— entspricht am besten den Bedürfnissen der Bewohner und
— führt zu einer hohen Wertschätzung und intensiven Nutzung der Gemeinschaftsflächen.

Die starke Organisation der genossenschaftlichen Baugruppen trägt auch nach der Bauzeit reiche Früchte. In der Regel entscheiden sich die Genossenschaften für Gemeinschaftsbesitz der Wohnungen, was sich unmittelbar auf die Nutzungsformen und Verwaltungsstrukturen auswirkt. Eine ganze Reihe sozialer Probleme werden in Gemeinschaftshilfe gemeistert. So entstehen z.B. Polikliniken, Kindergärten, Bibliotheken, Konsumgenossenschaften; sie tragen dazu bei, die Lebensqualität nicht nur der Genossenschaftsmitglieder ständig zu verbessern, sondern auch der nicht genossenschaftlich organisierten Nachbarn, zu denen sich die Genossenschaften bewußt öffnen.

Die Verwurzelung der Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder im Arbeitermilieu ist ein wichtiger Faktor im Prozeß der Organisation, Disziplinierung und Bewußtseinsbildung; sie verwandelt die Wohnungsbaugenossenschaften in eine bedeutende Bastion im Kampf um die Wiedererlangung der Demokratie in Uruguay. Unter der Militärregierung seit 1975 sank die offizielle Unterstützung der Genossenschaften auf praktisch gleich Null; die für Wohnungspolitik zuständigen staatlichen Stellen behinderten die Genossenschaftsbewegung, wo sie nur konnten.

Uruguay kehrte 1985 zur Demokratie zurück. Die Situation der Wohnungsbaugenossenschaften hat sich seither jedoch kaum verbessert; sie warten immer noch auf einen angemessenen Platz in der Wohnungsbaupolitik Uruguays. Der Erfolg einiger Projekte, die in Nachbarländern unter Bezug auf uruguayische Erfahrungen initiiert bzw. bereits realisiert wurden, läßt die Schlußfolgerung zu, daß das Genossenschaftsmodell, angepaßt an die jeweiligen lokalen Bedingungen, eine wirkliche Alternative zur Lösung von Wohnungsproblemen in Lateinamerika ist.

Solidarität, Organisation, Selbstbestimmung

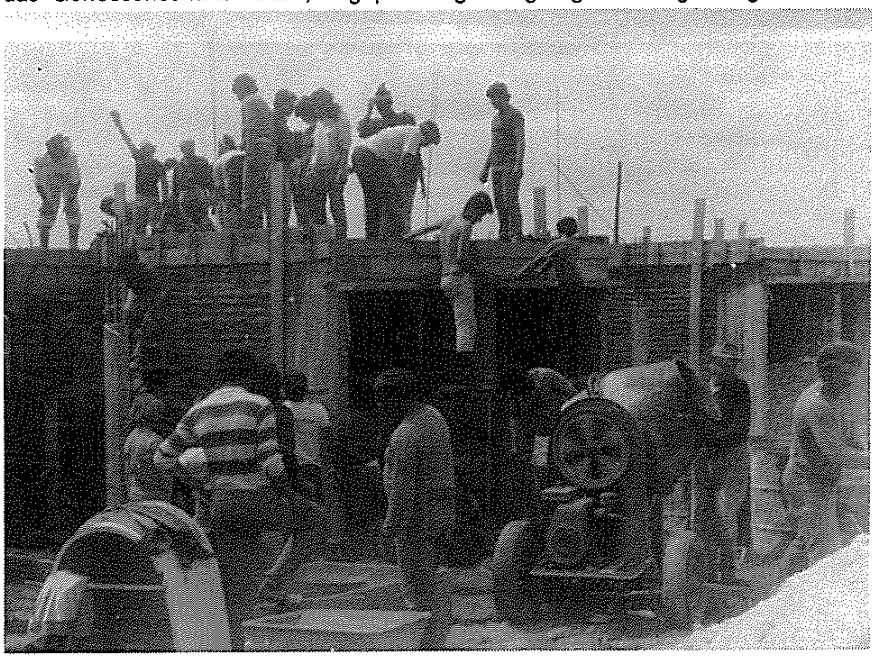
Wie funktioniert eine Genossenschaft auf der Grundlage der Gemeinschaftshilfe?

Eine Wohnungsbaugenossenschaft ist vor allen Dingen ein Unternehmen mit dem ersten Ziel, Wohnungen für seine Mitglieder zu bauen. Wir sagen bewußt *erstes* Ziel, denn, wie wir später sehen werden, die Sache endet damit noch lange nicht, so gut wie nie.

Die Mittel, die das Unternehmen benötigt, um seine Zielsetzung zu erreichen, fließen grundsätzlich aus zwei Quellen:

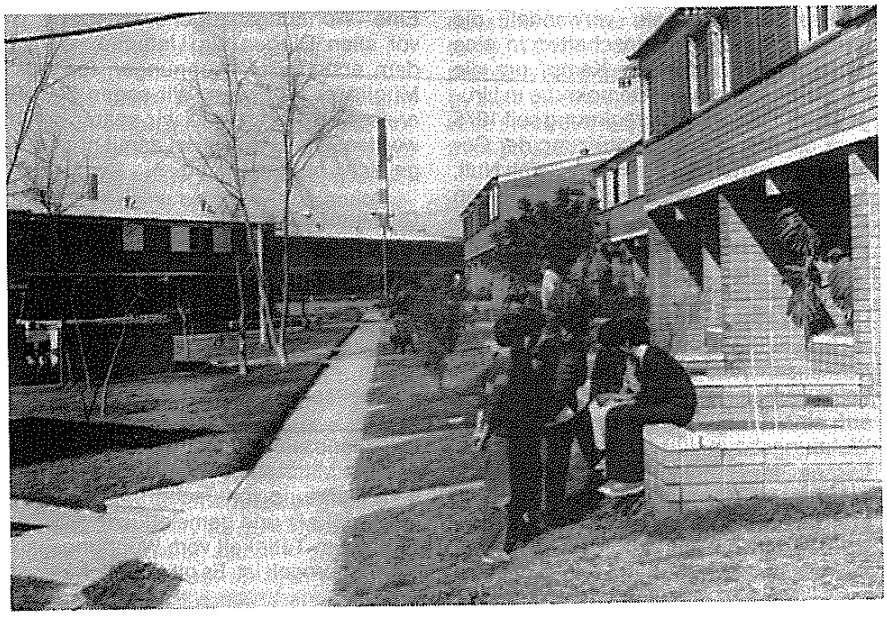
1. Darlehen, die auf der Grundlage des Wohnungsbaugesetzes gewährt werden,
2. Arbeitseinsatz der Gruppenmitglieder.

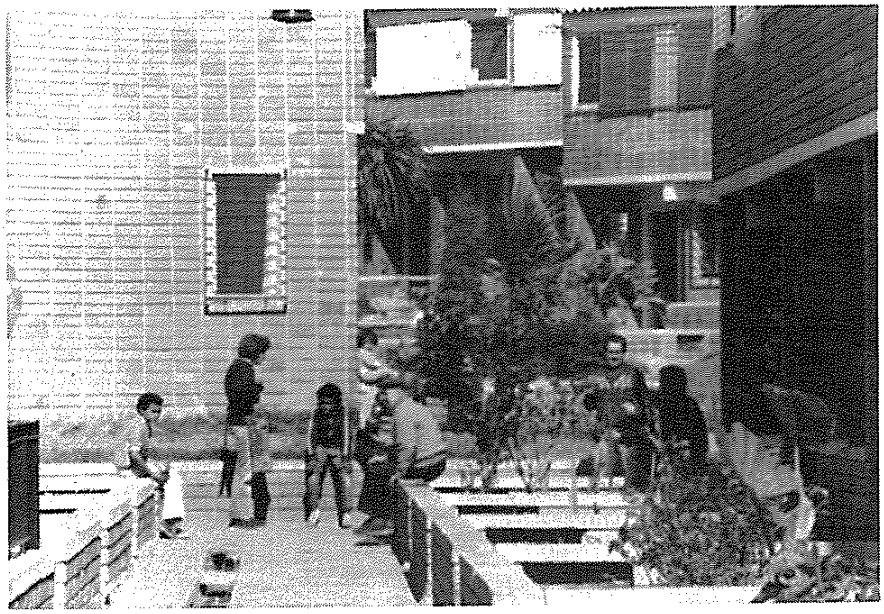
Die Genossenschaftsmitglieder verwalten ihre Mittel selbst. Sie erhalten technische Beratung von Fachgruppen, die interdisziplinär und gemeinnützig arbeiten und deren Tätigkeit vom Wohnungsbaugesetz geregelt ist. Es gibt folglich keinen



Arbeiten in Gemeinschaftshilfe: Alle erwachsenen Mitglieder der Genossenschaft sind beteiligt, sowohl die Männer als auch die Frauen

Elinor Wibmer ist Architektin und Mitarbeiterin am Centro Cooperativista Uruguayo in Montevideo.





Die Gemeinschaftsflächen der genossenschaftlichen Siedlung sind Treffpunkte der Erwachsenen und Spielbereiche der Kinder

Mittelsmann, der Gewinn machen könnte; dies ist die erste Grundvoraussetzung für das Funktionieren des Genossenschaftsmodells.

Die weitere Grundvoraussetzung ist die Bereitschaft der Bewohner, sich selbst für die Lösung des Wohnproblems einzusetzen. Da es sich um untere Einkommensschichten handelt, kann ihr Beitrag nur in körperlicher Arbeit oder in der Übernahme von Verwaltungsaufgaben (einer spezialisierten Form der Selbsthilfe) bestehen. Grundsätzlich werden die Bauarbeiten durch die Nutzer selbst in Gemeinschaftshilfe ausgeführt; für Spezialaufgaben und wo es aus organisatorischen Gründen erforderlich ist, werden selbstverständlich bezahlte Fachkräfte unter Vertrag genommen. Die Gemeinschaftsarbeiten werden nach einem von der Vollversammlung verabschiedeten Reglement organisiert: Während der Bauzeit bedeutet das in der Regel 20 — 25 Arbeitsstunden pro Familie in der Woche.

Die Gemeinschaftshilfe erfordert Bautypen und Bauweisen, die an die im Prinzip ungeschulten Arbeitskräfte angepaßt sind und die Verwendung von einfachen und billigen Werkzeugen und Hilfsmitteln ermöglichen. Inzwischen kann man bis zu vierstöckige Häuser errichten; allerdings werden vornehmlich ein- bis zweistöckige Häuser gebaut.

In der Regel kommt eine Bauweise zum Tragen, die traditionelles Bauen mit Fertigteilen, z.B. Betonplatten für Decken und Dächer, verbindet und den Ausbau vereinfacht. Die Vorfertigung einiger Bauteile bringt große Vorteile mit sich:

— Die Bautätigkeit kann vereinfacht werden und auch von ungelernten Arbeitskräften und Frauen ausgeübt werden.
— Die Arbeiten müssen nicht mit dem Einsatz von bezahlten Arbeitskräften koordiniert sein.
— Es ist eine bessere Qualitätskontrolle möglich, weil sich die mit der Vorfertigung verbundenen Tätigkeiten an einem Ort der Baustelle konzentrieren.

Wichtige Voraussetzungen für das Erreichen der ökonomischen Ziele sind das Funktionieren der Selbstverwaltung und regelmäßige technische Beratung. Die Selbstverwaltung basiert auf unabhängigen und demokratischen Entscheidungen. Trotz der technischen Beratung soll die endgültige Entscheidung über mögliche Lösungsalternativen in der Hand der Genossenschaft liegen. Die Gruppe schafft sich damit einen längerfristigen organisatorischen Rahmen, der sie befähigt, Probleme anzugehen, die auch außerhalb der eigentlichen Bauphase liegen.

Die Wohnungsbaugenossenschaften basieren auf der Gemeinschaftshilfe, d.h. der solidarischen Anstrengung von Familien, ein gemeinsames Problem zu lösen. Diese Form, der Wohnungsnot zu begegnen, beinhaltet:

— Einsatz von Ressourcen, die dem armen Teil der Bevölkerung zur Verfügung stehen (d.h. ihre Fähigkeit zu organisieren, zu verwalten und die eigene Arbeitskraft am Bau sowie bei Instandhaltung und Sanierung);
— Staatliche Hilfe bei der Lösung der Bodenfrage, der Infrastruktur- und Finanzierungsprobleme;
— Technische Beratung in multidisziplinären Einheiten und in Absprache mit den Nutzern.

Warum Genossenschaften der Gemeinschaftshilfe

Nach 15-jährigem Bestehen der Wohnungsbaugenossenschaften der Gemeinschaftshilfe in Uruguay zeigt sich ihre führende Rolle bei der Lösung von Wohnungsversorgungsproblemen. Sie beruht auf folgenden Vorteilen in unterschiedlichen Bereichen:

Sozialer Bereich

— Die Arbeit der Wohnungsbaugenossenschaften ist untrennbar verbunden mit Selbstverwaltung und Bewohnerbeteiligung; die Anwendung grundlegender Genossenschaftsprinzipien bei der Organisation, während der Arbeit und im Zusammenleben führt zur Weitergabe und Vertiefung von Werten wie Solidarität, Demokratie, gegenseitigem Respekt, die im Gegensatz zu den heute in unserer Gesellschaft vorherrschenden Werten, wie Individualismus und Konkurrenz, stehen.

— Die erlangte Fähigkeit zur Zusammenarbeit und Selbsthilfe erleichert den späteren Umgang mit anderen familiären oder gemeinschaftlichen Nöten. Durch ihre Arbeit und ihre Einflußnahme auf kommunale und staatliche Stellen fördern die Genossenschaften die Lösung unterschiedlicher Probleme der sozialen und technischen Infrastruktur und leisten einen Solidaritätsbeitrag für Familien in ökonomischer und sozialer Not.

— Die Funktionsweise der Genossenschaft als soziales und wirtschaftliches Unternehmen erfordert von den Beteiligten ständige Weiterbildung und Aufnahme neuer Erfahrungen. In der Genossenschaft bildet der Alltag die wahre Schule, was sich nicht nur auf die Mitgliedsfamilien, sondern auch auf die umliegenden Wohnviertel positiv auswirkt.

Materieller Bereich

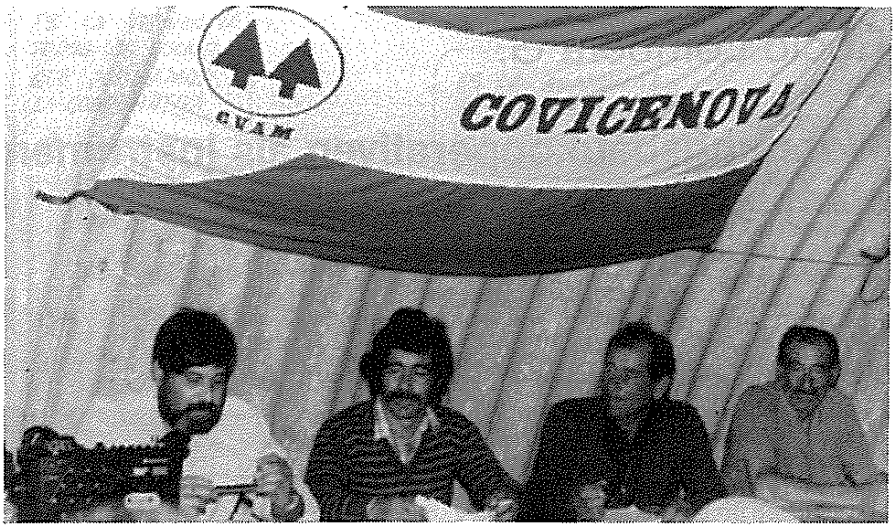
— Die Projekte werden erfolgreich und effizient abgewickelt, weil sie unter der Kontrolle derjenigen stehen, die daran das größte Interesse haben: die Nutzer nämlich.

— Die Investitionen sind bei Genossenschaften auf der Grundlage der Gemeinschaftshilfe geringer als bei Projekten anderer Träger:

*Die gemeinschaftlichen Selbsthilfeleistungen senken die Gesamtkosten um 10 — 15 %.

*Mittelsmänner sind ausgeschaltet und damit ihr Gewinn: die Bauunternehmer und die mitverdienenden Subunternehmer (ca. 15 % der Baukosten), die privaten Entwicklungsgesellschaften (ca. 25 % der Gesamtkosten), die Immobilienhändler, deren Provision (ca. 3 % des Preises der Wohnung) der Käufer zusätzlich tragen muß.

*Die Instandhaltungskosten werden herabgesetzt, da die am Bau beteiligten Bewohner dort die notwendigen Kenntnisse erlangen. Dies gilt auch für spätere Bauphasen, sowohl im Bereich des Wohnungsausbaus als auch im Wohnumfeld.



Die Sitzung der Arbeitskommission wird durch die gewählten Vertreter der Genossenschaft geleitet

Entwurfsphase und Projektentwicklung

— Die Wohnungen sind optimal an die Bedürfnisse der Nutzer angepaßt. Die Kontrolle der Projekte durch die Bewohner selbst macht dies möglich; ihre Mitsprache reicht von Auswahl des Grundstücks über Bestimmung des Wohnungstyps bis hin zu den Infrastruktureinrichtungen.

— Gemeinschaftsflächen und Wohnumfeld erfahren die notwendige Wertschätzung. Die Bewohner eignen sich nach und nach die öffentlichen Flächen an (Rasen, Straßen, Plätze) und erweitern so ihren privaten Wohnbereich. Damit schaffen sie markante Wohnviertel, die das Stadtbild bereichern.

Aus dem Spanischen übertragen von Joanna Kotowski-Ziss.

Veranstaltung im Gemeinschaftszentrum: Ein Fest für die Kinder

Arturo Castro J.
Rocío Lombera G.

Wohnungsbaukooperativen als Instrument zur Unterstützung städtischer Bewohnerinitiativen

Einleitung

Die Entwicklung des *Movimiento urbano popular* in Mexiko ist sowohl quantitativ als auch qualitativ das Ergebnis einer Vielzahl von Initiativen und konkreten Forderungen organisierter Gruppen.

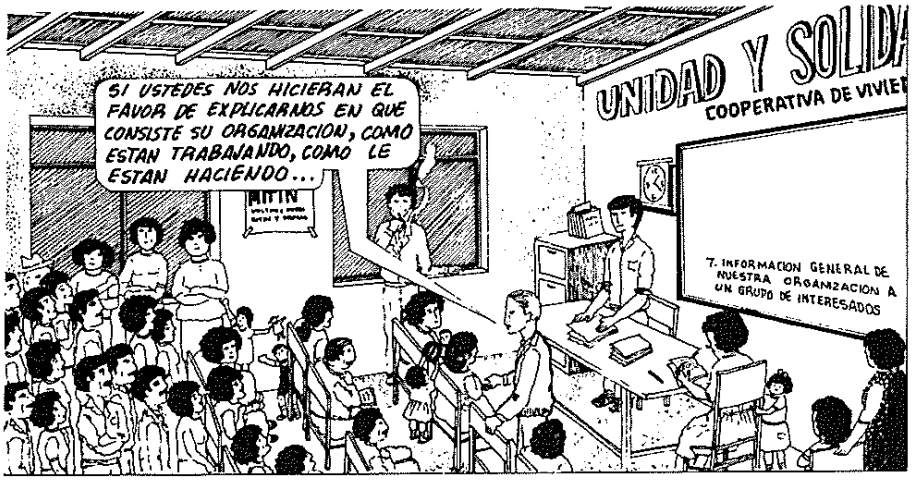
Die wichtige Mobilisierungsfunktion vieler verschiedener Gruppen, die eine langjährige Geschichte im Kampf um die Verwirklichung ihrer Ziele aufweisen können, und die gegenwärtige ökonomische Krise mit den daraus resultierenden sozialen, politischen und ideologischen Spannungen haben das Wachstum städtischer Bewohnerinitiativen erheblich gefördert.

Andererseits haben die Erfahrungen und Erkenntnisse vieler engagierter Genossen, die im Rahmen der Solidaritäts- und Basisarbeit in organisatorischer und intellektueller Hinsicht gewonnen werden konnten, zu einem qualitativen Fortschritt beigetragen, der zu einer größeren Klarheit bei der Entwicklung von Zielen und Strategien insbesondere bei Führungsaufgaben führte.

Was geschieht aber an der Basis und auf der mittleren Führungsebene? Über welche Instrumente und Methoden verfügt man, um bestimmte Zielvorstellungen und Strategien in die Praxis umzusetzen, sie zu operationalisieren und die Kongruenz zwischen Praxis und Zielen zu gewährleisten? Über diese Fragen muß nachgedacht werden, damit der qualitative Fortschritt in der sozialen Entwicklung mit breiter Beteiligung der Basisorganisationen vorangetrieben und konsolidiert werden kann.

Historisch gesehen haben Arbeiter, Siedler und Basisgruppen in Mexiko, wie in jedem anderen Land, ihre eigenen Arbeits-, Organisations- und Kampfformen entwickelt, um für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu sorgen.

Eines dieser Instrumente, das von Arbeitern geschaffen und seit dem letzten Jahrhundert in die Praxis umgesetzt wird, ist die Kooperative. Sie wird heute als Instrument zum Aufbau von Basisorganisationen und Bewohnerinitiativen im Bereich der Produktion, des Konsums, des Kreditwesens und auch im Wohnungsbau eingesetzt und systematisch weiterentwickelt.



Es erscheint uns in der heutigen Situation sehr wichtig, daß sich die Basisorganisationen der Kooperative als einer möglichen Organisationsform wieder besinnen und den Versuch unternehmen, dieses Instrument, trotz der zwischenzeitlich aufgetretenen Zweifel an seiner Zweckmäßigkeit, für ihre Arbeit einzusetzen. Die Kooperative wurde (neben anderen Organisationsformen) von Arbeitern und Siedlern entwickelt und besitzt deshalb

Arturo Castro J. ist Soziologe und gegenwärtig Leiter des Centro Operacional de Vivienda y Poblamiento (COPEVI, A.C.);
Rocío Lombera G. ist Architektin und Koordinatorin des Programa de Sistematización in COPEVI.

eine besondere Qualität und Verbundenheit mit der Arbeiterklasse.

Noch vor kurzem wurde von offizieller Seite der Terminus „Kooperative" dazu benutzt, um staatliche Selbstbauprogramme zu propagieren, die unserer Meinung nach nichts anderes sind als eine Überausbeutung unterer Einkommensgruppen. Aus diesem Grunde und aufgrund der kapitalistischen Tradition, Ziele und Kampfformen des Volkes für seine Zwekke zu nutzen, besteht bei vielen Basisorganisationen ein großes Mißtrauen und eine ablehnende Haltung gegenüber kooperativen Organisationsformen im Bereich der Bildung, der Produktion und sogar der Freizeitgestaltung. Dies, obwohl sie jahrzehntelang vom Volk entwickelt und praktiziert wurden, bevor sie von offiziellen Stellen angeeignet und für ihre Zwecke manipuliert wurden.

Die nachfolgend dargestellte Praxis kooperativer Organisationsformen ist das Produkt einer schon weitgehend systematisierten Erfahrung verschiedener Bewohnergruppen, die dieses Instrument zum Aufbau ihrer Organisationen benutzt haben.

Charakterisierung und organisatorische Grundlagen der Wohnungsbaukooperativen

Die Wohnungsbaukooperative ist ein Instrument, das einer Gruppe von Betroffenen die Möglichkeit bietet, sich unter einer gemeinsamen Zielsetzung (in diesem Fall die Beschaffung einer Wohnstätte) zusammenzuschließen. Dabei wird eine feste und dauerhafte Organisationsstruktur geschaffen, die nicht nur den Zugang zu Wohnraum sichern soll, sondern in deren Rahmen auch Mechanismen entwickelt werden können, die eine demokratische Beteiligung und kollektive Kontrolle des Entwicklungsprozesses ermöglichen.

In diesem Zusammenhang kann von einer echten demokratischen Beteiligung gesprochen werden. Die Kooperative fördert die soziale Organisation ihrer Mitglieder, die eine unerläßliche Voraussetzung für die Handhabung von Informationen und für die Realisierung von Umschulung, Ausbildung und Weiterbildung ist. Maßnahmen, die ihrerseits notwendige Voraussetzungen dafür sind, daß sich alle Bewohner an den Entscheidungsprozessen einschließlich ihrer Kontrolle beteiligen können; mit mehr Wissen um das, was in ihrer privaten Umgebung geschieht und mit der Perspektive, demokratische Strukturen in den sozialen Beziehungen aufzubauen.

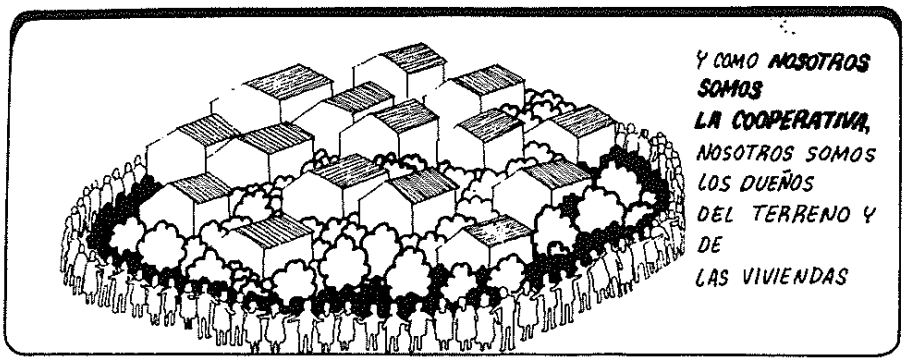
Wenn wir von Gestaltung und Kontrolle von Prozessen sprechen, so müssen wir an den Irrtum erinnern, der entsteht, wenn offizielle Stellen und andere Organisationen die Arbeit in Kooperativen mit Selbstbaumaßnahmen gleichstellen. Es ist deshalb notwendig, in diesem Zusammenhang drei Bereiche zu unterscheiden, auf denen eine lokale Partizipation bei der Produktion von Wohnraum stattfinden kann:

— *Der Selbstbau:* die direkte Beteiligung der Kooperativenmitglieder beim Bau von Wohnungen oder der Infrastruktur. Diese Leistungen sind unbezahlt und sie finden außerhalb der normalen Arbeitszeit statt.

— *Die Selbstproduktion:* Beteiligung der Kooperativenmitglieder an den verschiedenen Etappen eines Wohnungsbauprogrammes, die von der Planung und den notwendigen Verhandlungen, über den Entwurf bis zur Auftragsvergabe und Nutzung der erstellten Wohnungen reichen.

— *Die Selbstverwaltung:* Kontrolle des gesamten Entwicklungsprozesses in seinen unterschiedlichen Dimensionen (sozial, ökonomisch, administrativ, rechtlich, technisch etc.) durch die Mitglieder. Die Kooperative definiert alle notwendigen Vorgaben, die zur Verwirklichung der unmittelbaren und mittelbaren Ziele im ökonomischen und sozialen Bereich notwendig sind, und entscheidet über sie.

Gegenwärtig wird in den Wohnungsbaukooperativen vor allem die Selbstverwaltung gefördert.
Dementsprechend beinhaltet die Arbeit einer Kooperative nicht unbedingt den Selbstbau von Wohnungen. Jedes Mitglied sollte jedoch im Sinne der Selbstbestimmung an der Gestaltung und Organisation der Programme beteiligt sein. Im Rahmen dieser Partizipation erhalten die Betroffenen die notwendigen Informationen, um entscheiden zu können, inwieweit der Selbstbau wünschenswert und möglich ist und welche Formen der Selbsthilfe bei der Baumaterialproduktion und beim Bau der Wohnungen in Frage kommen.



Auf der anderen Seite versteht sich die Wohnungsbaukooperative explizit als ein organisatorisches Instrument, das rechtlich anerkannt und demokratisch geregelt ist und zwar sowohl in Bezug auf Arbeit und Informationsvermittlung, als auch auf die Entscheidungsverfahren, in die alle Mitglieder einbezogen sind. Die Kooperative stellt eine Form der sozialen Organisation dar, die auf der Grundlage einer kollektiv organisierten Partizipation und einer gemeinschaftlichen und effektiven Arbeit der Bewohner die Verwirklichung gemeinsamer kurz-, mittel- und langfristiger Ziele ermöglicht.

Als legal anerkanntes Instrument, ausgestattet mit wirtschaftlicher Kompetenz und einer partizipativen Organisationsstruktur, verfügt die Wohnungsbaukooperative über alle notwendigen Elemente, um selbständig oder mit technischer Hilfe Verhandlungen durchzuführen, sowie Abkommen und Verträge sowohl innerhalb der Kooperative als auch mit anderen staatlichen oder privaten Trägern abzuschließen.

Ziele und Erfolge der Wohnungsbaukooperativen sind sowohl im wirtschaftlichen wir auch im sozialen und organisatorischen Bereich sichtbar:

— *Produktion von Wohnungen:* Kauf und Urbanisierung von Bauland, Konstruktion, Instandhaltung und Erweiterung von Wohnraum.

— *Beteiligung und Kontrolle im Planungs- und Produktionsprozeß von Wohnungen und Gestaltung des Wohnumfeldes:* offene und aktive Partizipation, demokratische Entscheidungsverfahren, Solidarität, gegenseitige Hilfe, gemeinschaftliche Sparprogramme, kollektive und organisierte Selbsthilfe.

In der Verwirklichung ihrer Zielvorstellungen und in der sozialen Praxis sieht die Wohnungsbaukooperative die Grundlagen für den Aufbau einer dauerhaften demokratischen Organisationsform.

Erfolge und Perspektiven

Die Wohnungsbaukooperative wird heute in Mexiko von vielen Bewohnerinitiativen als eine rechtliche Möglichkeit der Organisation genutzt. Einige dieser Kooperativen haben sich im nationalen Koordinationskommitee, der *Coordinadora Nacional del Movimiento Urbano Popular (CONAMUP),* zusammengeschlossen, das seit 1980 viele Siedlerorganisationen aus den verschiedenen Städten des Landes in sich vereinigt.

Die Kooperativen machen sich politische Freiräume und wirtschaftliche Hilfen zunutze, die der aus dem Mangel an geeignetem Wohnraum für untere Einkommensgruppen entstandene soziale Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt hat.

Zwei Initiativen staatlicher Stellen machen dies deutlich:

1. 1981 wird der nationale Wohnungsbaufond, *Fondo Nacional de Habitaciones Pupulares (FONHAPO),* gegründet. FONHAPO berücksichtigt die Vergabe sogenannter „weicher" Kredite an rechtlich konstituierte Wohnungsbaukooperativen und gibt ihnen damit die Möglichkeit, den Kauf von Bauland, die Ausarbeitung von Studien und Projekten sowie Infrastruktur- und Bauvorhaben zu finanzieren. Grundsätzlich werden Kredite nur an die Kooperative als Ganzes, nicht aber an die einzelnen Mitglieder vergeben.
2. 1985 wird das neue Wohnungsbaugesetz, *Ley Federal de Vivienda,* verabschiedet, das ausdrücklich die Förderungswürdigkeit von Kooperativen anerkennt.

Trotz einiger Versuche bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, dieses Instrument in ihrem Sinne zu manipulieren, und obwohl auch einige Regierungsstellen durch ihr bürokratisches Vorgehen versuchen, Basisorganisationen, die sich gegen staatliche Kontrollen wehren, in ihrer Arbeit zu behindern, können viele Kooperativen wichtige Erfolge verzeichnen, nicht nur bei der Verwirklichung materieller Ziele (Bauland, Wohnungen, Infrastruktur), sondern auch bei der Aneignung neuer Arbeitsmethoden und Vorgehensweisen, die Partizipation, Solidarität und Selbstverwaltung beinhalten.

Mit dem Instrument der Kooperative wird eine alternative Organisationsform angeboten, mit deren Hilfe die traditionell spontanen und oft verzettelten Organisationsformen der unteren Einkommensgruppen überwunden werden können, wodurch sie weniger anfällig für Manipulationen von außen wären.

Die Kooperative begünstigt und fördert eine organische und dauerhafte Struktur und bietet Mechanismen für eine umfassende Informationsvermittlung, für Diskussionen und demokratische Entscheidungen. Sie ermöglicht (zumindest was die formalen Voraussetzungen anbetrifft) die Solidarität und Einheit aller notwendigen Kräfte, um gemeinsam gegen die aktuelle Stadtplanung anzugehen, die jene sozialen Gruppen bevorzugt, die die wirtschaftliche und politische Macht im Lande besitzen.

Die Kooperative eröffnet die Möglichkeit, basisnahe Erfahrungen im Bereich der Führung, der Organisation und Produktion aufzubauen, die für die Befriedigung der Grundbedürfnisse notwendig sind. Sie stellt auf Grund ihres rechtlichen Rahmens für die Basisorganisationen eine neue Möglichkeit dar, für ihre Rechte zu kämpfen.

Die bestehenden, im *Movimiento urbano popular* organisierten Bewohnerinitiativen, benötigen politische Aktionen, die besser begründet und geplant sind als bisher. Es müssen Alternativen entwickelt werden, die einen offensiveren und breiteren Kampf gegen die Widersprüche in der staatlichen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik ermöglichen und die Formulierung einer städtischen Politik vorantreiben, die die Interessen der Betroffenen besser wiederspiegelt.

In diesem Sinne trägt die Kooperative (als eine von den Betroffenen geschaffene Organisationsform) dazu bei, neue Planungsinstrumente und -strategien zu entwickeln, die durch die Sozialisierung von Wissen Bedürfnisse bewußt werden lassen und Möglichkeiten für ihre Verwirklichung aufzeigen.

In der heutigen Situation Mexikos stoßen Bewohnerinitiativen noch an politische Grenzen, wenn sie das Instrumentarium der Kooperative in vollem Umfang ausschöpfen möchten, um damit ihre Rechte zu fordern. Wenn jedoch in jeder Gruppe und in jeder Organisation die Möglichkeiten der Kooperative, die sich aus der alltäglichen Praxis ergeben, gründlich analysiert werden, so wird es unserer Auffassung nach auch möglich sein, die von den Bewohnern in den Armenviertel bisher erreichten Ergebnisse weiter auszubauen und zu verbessern.

Aus dem Spanischen übertragen von Elisabeth Loehnert B. und Joachim Baldermann

Abbildungen aus: Cuadernos de dinámica habitacional, 1 /83 und 1 /84, Centro operacional de vivienda y poblamiento, a.c. COPEVI, Mexico

Partizipation

Heinrich Lanz

Die Förderung von Selbsthilfe-Förderorganisationen in Entwicklungsländern

— Die Zusammenarbeit von *Helvetas* mit Sarvodaya und CAP

In den Entwicklungsländern existieren eine ganze Reihe von Selbsthilfeorganisationen, die teils in lokalem Rahmen, teils aber auch landesweit tätig sind. Diese Organisationen werden als lokale Partner für die Hilfs- und Aufbauwerke aus den Industrieländern zunehmend wichtiger. Im vorliegenden Artikel soll gezeigt werden, wie durch diese Zusammenarbeit das klassische Schema der Entwicklungshilfe — hier Geldgeber und Lehrer, dort Geldempfänger und Lernender — mehr und mehr ersetzt wird durch eine symmetrische Beziehung zwischen den beiden Partnern, die sich beide mit Entwicklungsproblemen in ihrer Gesamtheit befassen. Zwar wird dabei von verschiedenen Standpunkten und von einem sehr unterschiedlichen kulturellen und geistigen Hintergrund ausgegangen, aber als gemeinsame Basis ergibt sich stets der Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Überentwicklung (in den Industrieländern) und Unterentwicklung (in den Entwicklungsländern.)

Zwei Beispiele für Selbsthilfeorganisationen in Entwicklungsländern

a) Sarvodaya Shramadana Movement, Sri Lanka

Die Anfänge der Sarvodaya Shramadana Bewegung in Sri Lanka gehen zurück in das Jahr 1958, als erstmals eine Gruppe von Lehrern und Schülern des bekannten buddhistischen Nalanda College in Colombo ein Arbeitslager in einem der ärmsten Dörfer des Landes durchführten. Mit ihrem Arbeitseinsatz halfen die Freiwilligen der Dorfbevölkerung, Brunnen zu bauen, Felder zu roden und anzupflanzen und weitere Infrastrukturarbeiten in Angriff zu nehmen. Durch die Begegnung miteinander und durch die gemeinsame Arbeit entstand ein Vertrauensverhältnis zwischen Stadt- und Landbewohnern, und gleichzeitig wurde bei den freiwilligen Helfern das Verständnis für die Probleme eines armen Dorfes auf dem Lande geweckt. Dieses erste „Shramadana-Lager", war so erfolgreich, daß weitere Dörfer den Wunsch äußerten, solche Lager durchzuführen. Damit entstand aus einer spontanen Aktion mit der Zeit eine Bewegung, welche heute auf der ganzen Insel in etwa 2.300 Dörfern tätig ist.

Das Gedankengut der Sarvodaya Shramadana Bewegung ist buddhistischen Ursprungs und wurde in starkem Ausmaß beeinflußt durch die Lehren Gandhis und durch die Landschenkungsbewegung Vinoba Bhaves in Indien.

Sarvodaya versteht sich zwar als eine buddhistische Bewegung, betont jedoch sehr stark ihre Offenheit gegenüber allen Religionen. Sehr strikt wird jede Diskriminierung abgelehnt, sei dies nun auf Grund der Rasse, der Kaste, der Religion, der Hautfarbe, der Nationalität oder des politischen Standpunktes.
Der zweite Teil des Namens, „Shramadana", gibt einen Hinweis auf mögliche

Dörfliche Gemeinschaftsarbeit in Sri Lanka *(Foto: Florian Steinberg)*

konkrete Aktionen, die zu einer Verbesserung der Situation eines Dorfes führen können. Shramadana bezeichnet ein Arbeitslager, wo sich eine Gruppe von Menschen, deren Anzahl in die Tausende gehen kann, zu gemeinsamer Arbeit zusammenfindet. Shramadana ist auch ein Werkzeug und ein Ansatzpunkt für die Erweckung oder Wiedererweckung („Re-Awakening") der Dorfgemeinschaft, das heißt für die Wiederherstellung des Selbstvertrauens der Dorfbevölkerung. Damit verbunden ist auch das Bewußtwerden der eigenen Lage und der sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligungen sowie die Bereitschaft, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Bei einem Shramadana-Lager zählt deshalb nicht nur die geleistete Arbeit, der gegrabene Brunnen oder die ausgebaute Straße, sondern ebensosehr auch die erreichte Festigung der sozialen Beziehungen, des Dorflebens und der Dorfgemeinschaft. Während des Shramadanas finden dreimal täglich Familienzusammenkünfte („Family gatherings") statt, in denen gesungen, erzählt und diskutiert wird. Diese Zusammenkünfte, die teilweise auch den Anstrich einer religiösen Feier haben, bieten Unterhaltung und Belehrung und sind auch Diskussionsforum für diejenigen Themen, welche im Augenblick für die Arbeit und für das Dorf die wichtigsten sind.

Im Rahmen des Dorfentwicklungsprogrammes der Sarvodaya liegen die Schwerpunkte vorerst einmal bei der Erziehung, der richtigen Ernährung und der Gesundheit der Kinder und Mütter. Im Anschluß an die Shramadana-Lager werden deshalb meistens Mütter- und Kindergruppen gebildet, und das Dorf entsendet ein oder zwei Mädchen in eine Sarvodaya-Ausbildung über Ernährung, Gesundheit und Vorschul-Erziehung. In weiterer Shramadana-Arbeit werden neue Infrastrukturarbeiten in Angriff genommen. Dazu gehören oft eine Vorschule und ein Kinderhort, Trinkwasserbrunnen, Küchengarten und weitere für das Dorf wichtige Bauwerke. Die Sarvodaya-Bewegung unterstützt die Anstrengungen des Dorfes mit Fachpersonal, Material und Werkzeugen. Die jungen Leute des Dorfes und die Bauern bilden ebenfalls ihre eigenen Interessengruppen. Damit gilt das Dorf als „erweckt" und zählt nun als „Sarvodaya-Dorf".

Die Sarvodaya Shramadana-Bewegung wird — wie dies bei sozialen Bewegungen häufig beobachtet werden kann — mit dem Namen und der Person eines einzelnen Führers stark identifiziert. A.T. Ariyaratne, Gründer der Bewegung und wichtigste Führungspersönlichkeit, „verkörpert den Typ eines charismatischen Führers, der sich durch Idealismus, Mut, teilweise Inkonsequenz und Neigung zu emotionalen Entscheidungen auszeichnet" (*Bodenstedt* u.a. 1974, S. 23). Eines der hauptsächlichsten Strukturprobleme der Bewegung ist denn auch ihre starke Ausrichtung auf die Ansichten und Entscheide dieser faszinierenden Persönlichkeit an ihrer Spitze.

b) Die Consumers' Association of Penang, Malaysia

Malaysia als ein bereits etwas besser gestelltes Entwicklungsland verfügt über zahlreiche Rohstoffe und weist eine zum Teil recht hoch entwickelte Industrie auf. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle genauer auf die wirtschaftliche und soziale Situation Malaysias einzugehen, jedoch kann zusammenfassend festgestellt werden, daß dieses Land in sehr starkem Ausmaß unter den Widersprüchen und negativen Auswirkungen einer forcierten Industrialisierung zu leiden hat. Auf diesem Hintergrund entstand 1970 die „Consumers' Association of Penang" (CAP) als eine unabhängige und nicht gewinnorientierte Konsumenten- und Umweltschutzbewegung.

Nach Ansicht der CAP ist Entwicklung nur dann sinnvoll, wenn sie dazu führt, daß eine Mehrheit der Bevölkerung besser und glücklicher lebt. Die Basis jeder Entwicklung stellen die Ressourcen und die Umwelt eines Landes dar. Wird die Umwelt zerstört und das Kapital der Rohstoffe verschleudert, so ist damit die Entwicklung eines Landes und das Überleben der Menschen in Frage gestellt. CAP versteht sich deshalb mehr als Entwicklungs- denn als Konsumentenorganisation. Die Entgegennahme und Behandlung von Konsumentenbeschwerden ist für CAP eines der zentralen Anliegen, denn je niedriger die Kaufkraft der Konsumenten ist, desto wichtiger wird es für sie, daß sie für ihr Geld einen möglichst hohen Gegenwert erhalten. Die Beschwerden betreffen die verschiedensten Gebiete wie: überhöhte Preise der Grundnahrungsmittel, mißbräuchliche Geschäftspraktiken, schlechte Qualität, ungenügende Dienstleistungen der öffentlichen Stellen usw. Genauso wichtig wie die materielle Erledigung der Beschwerden ist jedoch, daß den Beschwerdeführern *Selbstvertrauen* gegeben wird. CAP zeigt, daß es jedem einzelnen möglich ist, gegen Mißstände selber anzugehen, statt sie stillschweigend zu akzeptieren. Damit kommt ein Lernprozeß in Gang, der vor allem für die unteren Schichten der Bevölkerung außerordentlich wichtig ist.

Neben dem eher passiven Reagieren auf bestehende Mißstände führt CAP von sich aus Produktetests und Marktuntersuchungen durch. Dazu gehören die wöchentlichen Erhebungen über die Preise wichtiger Grundnahrungsmittel wie Reis, Zucker und Fleisch, aber auch über die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel, über Spital- und Ärztekosten, über die Lesegewohnheiten der jungen Malaysier, über die Qualität und die Zusammensetzung von Medikamenten sowie über eine ganze Reihe von weiteren Gebieten, die für das tägliche Leben wichtig sind. CAP erfüllt damit die Funktion einer „Überwachungsbehörde" des Marktes und kann im Falle von Mißständen sofort mit Eingaben an die zuständigen Behörden und mit Veröffentlichungen in den Massenmedien reagieren.

Aus der Behandlung von Konsumentenbeschwerden und aus den Marktuntersuchungen ergeben sich oft Anstöße für die Durchführung und Veröffentlichung von Forschungen über soziale Fragen und die Befriedigung der Grundbedürfnisse in

Malaysia. Aus einer Fülle von verschiedenen längerfristigen Forschungsvorhaben seien hier nur einige Beispiele zur Illustration aufgeführt:

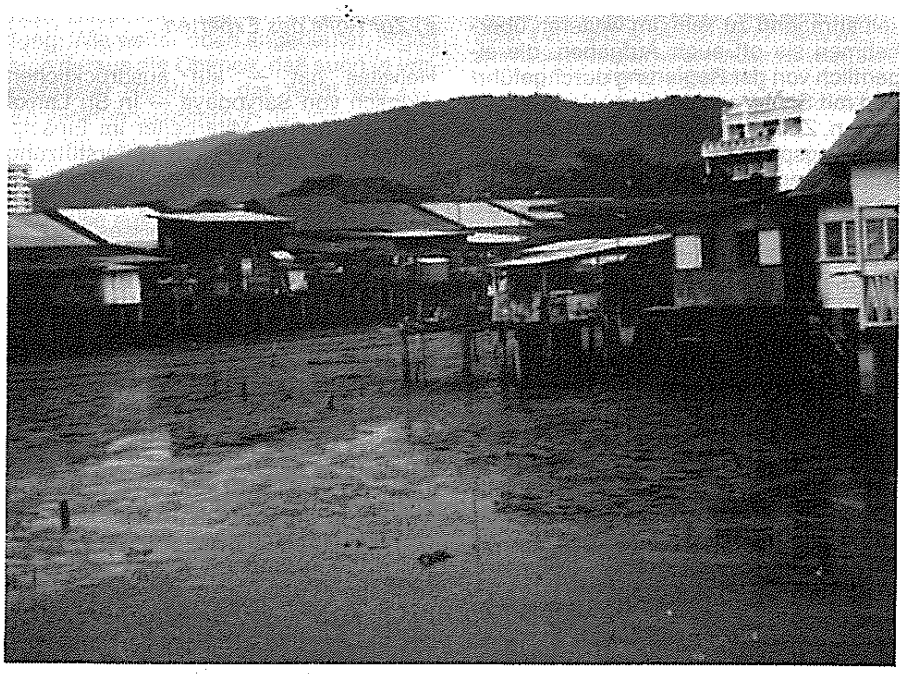
— *Nahrungsmittel und Ernährung:* Fehl- und Unterernährung bei Kindern, Inflation der Nahrungsmittelpreise, Knappheiten, nachteilige Auswirkungen der Werbung für minderwertige Nahrungsmittel auf die Ernährungssituation der Bevölkerung (am Beispiel Coca-Cola gezeigt) usw.

— *Verkauf von gefährlichen Produkten:* Länder wie Malaysia dienen teilweise als „Müllhalden" für den Verkauf von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Pestiziden, Konsumgütern usw., welche in den Industrieländern wegen ihrer schlechten Qualität oder auf Grund gesetzlicher Regelungen nicht mehr verkauft werden können (Beispiel: Insektizide auf DDT-Basis).

— *Soziale Probleme:* Der Einfluß von Film und Fernsehen auf die Kriminalität, die Zerstörung der traditionellen Sozialstrukturen durch die Konsumkultur, die Drogenabhängigkeit, die Auswirkungen des „Sex and Sun"-Tourismus usw.

Als eine der wenigen kritischen Stimmen aus Entwicklungsländern weist CAP stets auch auf *die Probleme der Umweltverschmutzung,* der *Zerstörung der ländlichen und städtischen Umwelt* sowie des *Raubbaues an den Bodenschätzen* hin. In Malaysia sind diese Probleme heute wegen der raschen Industrialisierung so stark, daß sie für die Lebensqualität und oft sogar für das Überleben großer Teile der Bevölkerung zentral geworden sind. Die Verschmutzung der Meere und Flüsse und das Überfischen der Bestände durch moderne und leistungsfähige Fischereischiffe führen zum Beispiel dazu, daß für die Ernährung der Bevölkerung immer weniger Fische zur Verfügung stehen. Die rasche Abholzung der tropischen Regenwälder andererseits bewirkt vermehrte Überschwemmungen und eine starke Erosion des fruchtbaren Bodens. Obwohl sich also im nationalen Durchschnitt das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung jedes Jahr erhöht, wird die Ernährungssituation für die unteren Schichten tagtäglich prekärer.

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung Malaysias lebt in ländlichen Gegenden und befaßt sich mit der Produktion von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Exportprodukten wie Gummi und Palmöl. Trotz ihrer wichtigen Rolle für die Wirtschaft Malaysias profitiert die ländliche Bevölkerung wenig oder nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung der industrialisierten und städtischen Zentren oder spürt sogar vor allem dessen *negative* Auswirkungen. Mit Diskussionen, Informationsveranstaltungen, Ausstellungen und einer allgemeinen Beratung versucht CAP, die betroffene Bevölkerung zu unterstützen und ihr Selbstvertrauen zu stärken, so daß sie selber aktiv zu handeln beginnt.



Slums in Penang *(Fotos: J. Oestereich)*

Die Geschichte des Fischerdorfes Kuala Juru kann als gutes Beispiel gelten: Das Dorf wurde in seiner Existenz durch die Abwässer einer Industrieansiedlung bedroht. CAP unterstützte die Bildung einer Fischereigenossenschaft, welcher heute praktisch die ganze Dorfbevölkerung angehört. Mit vereinten Kräften gelang es auch, die Ursache der Verschmutzung zu beseitigen. Kuala Juru ist heute ein recht wohlhabendes Dorf, und die Genossenschaft unterstützt mit ihren Einkünften u.a. auch einen Kindergarten und die Alten und Kranken des Dorfes. Aus Dankbarkeit erhält auch CAP jeweils einen Anteil aus den Erlösen des Fisch- und Muschelverkaufs.

Helvetas: Der schweizerische Partner dieser beiden Selbsthilfebewegungen

Sowohl die Sarvodaya Shramadana-Bewegung wie auch die Consumers' Association of Penang sind — wenn auch nicht im gleichen Ausmaß — auf eine finanzielle Unterstützung von außen angewiesen. Auf den ersten Blick mag dies etwas paradox erscheinen, betonen doch beide Bewegungen ihren Selbsthilfecharakter, ihre Eigenständigkeit, ihre kulturelle Eigenart und ihren Willen zu einer selbstbestimmten Entwicklung. Eine weitgehende Abhängigkeit von ausländischen Finanzquellen, wie dies vor allem bei Sarvodaya der Fall ist, bringt hier eine ganze Reihe von Problemen mit sich. Es ist aber sicher nicht das vordringlichste Anliegen dieser Bewegungen, finanziell

selbsttragend zu sein; im weiteren übernehmen sie oft auch Aufgaben, die eigentlich von der Regierung durchgeführt und mit Steuergeldern finanziert werden sollten. Zudem verschärfen sich die Entwicklungsprobleme in beiden Ländern zunehmend, und die Organisationen stehen unter einem gewissen Zeitdruck. Sie sind daher gezwungen, immer mehr und immer größere Vorhaben anzupacken, wie dies hier von der CAP beschrieben wird: „Ich bin sehr skeptisch, ob politische Richtungswechsel früh genug und in genügendem Ausmaße kommen werden. Sogar wenn solche Änderungen kommen, kann es sein, daß wir damit zu spät kommen, um die Verschlechterung des Lebensstandards und der Lebensqualität und eine ökologische Katastrophe zu verhindern. Unsere Arbeit wird dadurch noch dringender und unsere Verantwortung noch größer" (*Khor Kok Peng* 1980, S. 12).

Technische und finanzielle Unterstützung der beiden Bewegungen wird von Helvetas geleistet, dem Schweizer Aufbauwerk für Entwicklungsländer. Helvetas wurde 1955 gegründet und ist als parteipolitisch und konfessionell neutraler Verein mit zur Zeit etwa 24.000 Mitgliedern konstituiert. Als „technisches Aufbauwerk" unterstützt Helvetas Projekte in Entwicklungsländern vor allem durch Entsendung von Fachleuten und auch durch finanzielle Hilfe. Die Projekte haben meist ländliche Entwicklung zum Ziel und umfassen zum Beispiel den Bau von Trinkwasserversorgungen und Brunnen, Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion, Viehzucht, Forstwirtschaft und Berufsausbildung.
Als Kriterien für die Projektarbeit von Helvetas gelten die Prinzipien: *Arbeit an der Basis, Selbsthilfe, Eigenständigkeit und Partnerschaft.*

Die Entwicklung der Entwicklungshilfe zur Entwicklungszusammenarbeit

Aus dem Vorangehenden zeigt sich, daß alle drei Organisationen, Sarvodaya, CAP und auch Helvetas, in gleichem Maße die Selbsthilfe der benachteiligten Bevölkerung, die eigenständige Entwicklung eines Landes und die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse in den Vordergrund stellen. Auf seiten von Helvetas ist dies Ausdruck und Resultat eines Denkprozesses, der in den westlichen Industrieländern vor etwa zehn Jahren begonnen hat.
Im folgenden möchte ich kurz skizzieren, welche Impulse für die Entwicklungsdiskussion sich aus dem Dialog mit Sarvodaya und CAP ergeben können. Drei Bereiche scheinen mir dabei im Vordergrund zu stehen, die ich mit den drei Fragestellungen charakterisieren möchte:

— Welche Rolle spielt der Experte?
— Welche Technologie wollen wir?
— Was heißt „Entwicklung" eigentlich?

a) Zur Rolle des Experten

Helvetas hat — auf ausdrücklichen Wunsch von Sarvodaya — in Sri Lanka zwei technische Mitarbeiter im Einsatz, während es sich bei der Unterstützung von CAP in Malaysia um eine reine Finanzhilfe handelt. Trotz der Ähnlichkeit des Entwicklungsverständnisses, wie dies aus der Darstellung der drei Organisationen hervorgeht, spielt sich die Zusammenarbeit mit Sarvodaya nicht ohne Schwierigkeiten ab.
Dabei fällt sicher ins Gewicht, daß Sarvodaya sich an einem etwas utopisch formulierten Programm und an allgemeinen moralischen Werten orientiert, die wohl kaum jemand ernsthaft ablehnen wird. Diese Allgemeinheit erlaubt aber auch einen breiten Interpretationsspielraum und läßt sehr unterschiedliche Verhaltensweisen der einzelnen Mitglieder zu. Neben sehr stark engagierten Mitarbeitern gibt es innerhalb der Bewegung natürlich auch Mitglieder, welche in der Sarvodaya mehr ein Mittel zur Erreichung persönlicher Ziele sehen.
Dazu kommt, daß bei der täglichen Arbeit mit Sarvodaya ein Widerspruch zwischen *Partizipation* und *Effizienz* sichtbar wird. Der Philosophie der Bewegung entspricht der Wunsch nach möglichst weitgehender Partizipation der Bevölkerung, das heißt: „Erweckung" des Dorfes, Bewußtwerden der eigenen Situation und Herausbildung eines gemeinsamen Handlungswillens. Dieser Prozeß kann kürzere oder längere Zeit in Anspruch nehmen, je nach dem, wie weit es der Bewegung gelingt, fähige und engagierte Leute für die Motivationsarbeit auf Dorfebene einzusetzen.

Die Selbsthilfe stößt oft dann an Grenzen, wenn es darum geht, ein Vorhaben tatsächlich zu realisieren, wenn also das technische Wissen und die Erfahrung zum Zuge kommen sollten. Hier kann der technische Fachmann, der Experte einen sinnvollen Beitrag leisten. Er wird so einerseits als Störfaktor wirken, indem er eine der Bewegung fremde Denkweise einbringt. Andererseits ermöglicht er die praktische Realisierung des Vorhabens, vermittelt technisches Wissen und vermag Anregungen und Impulse zu geben. Dies heißt nun nicht, daß der ausländische Experte stets als Lehrer, als Vermittler von Wissen und Kenntnissen, dasteht. Er wird selbst zu einem Teil der Bewegung und kann eine Fülle von Erlebnissen und Erfahrungen sammeln, die für ihn persönlich außerordentlich wichtig sind. Er wird sich oft auch in der Rolle des *Lernenden* befinden.
Es läßt sich daraus schließen, daß in der Zusammenarbeit mit einer Selbsthilfebewegung die Rolle des Fachexperten als „Lehrer" relativiert wird.

b) Welche Technologie wollen wir?

Die Anforderungen an die zu verwendende Technologie werden von Sarvodaya in einer sehr umfassenden Art und Weise formuliert:

— Technologie soll ökonomisch gewaltlos sein, das heißt, mit einem Minimum an nicht erneuerbaren Ressourcen auskommen.
— Technologie soll sozial, kulturell und geistig gewaltlos sein, so daß lokale kulturelle Traditionen und demokratische Gesellschaftsformen nicht zerstört werden.
— Technologie soll auch psychologisch gewaltlos sein, indem sie Arbeitsplätze schafft, welche ein Maximum an Kreativität und Entfaltung erlauben.
— Technologie soll so gestaltet sein, daß sie so bald als möglich der Kontrolle der Bevölkerung unterstellt werden kann.
— Die hergestellten Produkte sollen den Bedürfnissen einer Mehrzahl von Menschen entsprechen.
— Die Produktion soll sich auf die im Dorf vorhandenen Rohstoffe und Fähigkeiten abstützen.

Die hier vorgelegte Definition einer gewaltlosen und angepaßten Technologie ist keineswegs spezifisch auf die Entwicklungsländer zugeschnitten. Auch wenn sie sicher stark von Technologiekritikern aus den Industrieländern beeinflußt worden ist, könnten sich doch neue und bedeutsame Erkenntnisse ergeben, wenn man versucht, diese Maßstäbe auch an die hochentwickelte Technologie der Industrieländer anzulegen. Es ist jedenfalls sehr bemerkenswert, daß es eine Stimme aus einem Entwicklungsland ist, welche diese Ansprüche an eine gewaltlose und dem Menschen angepaßte Technologie formuliert.

c) Was heißt eigentlich „Entwicklung"?

CAP in Malaysia versteht Entwicklung als Rückkehr zu einem „ökologischen Realismus" (*Gorz*, 1980). Auf einen kurzen Nenner gebracht bedeutet dieser Begriff, daß es darum geht, nicht immer noch mehr, sondern immer weniger zu verbrauchen. Dahinter steht die Einsicht, daß es in einer Welt mit beschränkten Rohstoffvorräten, mit limitiertem Raum und begrenztem natürlichem Regenerationsvermögen kein unbegrenztes Wachstum der Produktion und des Verbrauchs geben kann. Letztlich sind die Entwicklungsprobleme Malaysias nur Ausdruck einer Philosophie, welche die Grenzen des Wachstums noch nicht erkannt hat. Anhand von unzähligen Beispielen und Dokumentationen kann CAP diese Aussage belegen: Raubbau an den Rohstoffen Zinn und Öl, Zerstörung des tropischen Regenwaldes durch rasche Abholzung, Verschmutzung der Gewässer durch Industrieansiedlungen usw. Wie dies aus der Beschreibung ihrer Tätigkeit hervorgeht, versteht sich CAP in dieser Situation vor allem als Selbsthilfebewegung, als Organisation zum Schutz und zur Unterstützung der betroffenen Bevölkerung. Gleichzeitig sind aber einige

Aspekte ihrer Arbeit auch auf internationaler Ebene wichtig.
CAP vermittelt Einsichten in die Zusammenhänge zwischen Konsumverhalten, Lebensstil, sozialen Auflösungserscheinungen und Umweltzerstörung. Die daraus entstehenden Probleme sind keineswegs auf Malaysia beschränkt, sondern betreffen heute in mehr oder weniger großem Ausmaß alle Industrieländer ebenso wie die Entwicklungsländer. Die Informationstätigkeit und die Arbeitsweise dieser Bewegung in Malaysia kann deshalb in einem gewissen Sinne als Modell betrachtet werden.
Sarvodaya wie auch CAP verstehen Entwicklung nicht nur als Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung und als Erhöhung des Bruttosozialproduktes eines Landes, sondern in einem viel umfassenderen Sinne. A.T. Ariyaratne unterscheidet sechs Komponenten der Entwicklung: Die moralische, die kulturelle, die geistige, die soziale, die politische und die ökonomische. Ohne auf die einzelnen Aspekte näher einzugehen, kann zusammenfassend gesagt werden, daß ein so formuliertes Entwicklungsverständnis auf die *volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit* abzielt. Durch die Zusammenarbeit mit einer Organisation, welche „Entwicklung" in einer derart umfassenden Weise versteht, werden wir stets wieder von neuem darauf hingewiesen, in welchem Ausmaß und in welcher Einseitigkeit sich die Industrieländer auf die Verbesserung der ökonomischen Situation konzentrieren und wie sehr dabei die „Entwicklung des Menschen" zu kurz kommt. Als Schlußfolgerung ergibt sich daraus auch, daß kein Land für sich in Anspruch nehmen kann, in diesem Sinne „entwickelt" zu sein.
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Kontakt mit Selbsthilfeorganisationen wie Sarvodaya oder CAP unmittelbar zur Fragestellung führt, was wir eigentlich unter „Entwicklung" verstehen wollen. Der Dialog mit diesen Bewegungen bringt damit wesentliche Beiträge zur Entwicklungsdiskussion in den Industrieländern.

Die Zusammenarbeit mit Selbsthilfeorganisationen in Entwicklungsländern, eine symmetrische Beziehung

Die Zusammenarbeit mit Sarvodaya und CAP zeigt, daß Entwicklungszusammenarbeit keine Einbahnstraße ist. Traditionellerweise bestand und besteht Entwicklungshilfe teilweise immer noch aus einem Transfer von technischem Wissen und finanziellen Mitteln aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer, also aus einem recht einseitigen Netz von Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen den „Besitzenden" und den „Habenichtsen". Das Entstehen von Selbsthilfeorganisationen in den Entwicklungsländern — neben den beiden genannten gibt es eine ganze Reihe weiterer Gruppierungen — zeigt ein wachsendes Selbstvertrauen und den zunehmenden Wunsch nach Eigenständigkeit und eigenem Bestimmen der Entwicklungsrichtung. Wie weiter oben angedeutet, ergibt sich daraus die Chance, daß auch *in umgekehrter Richtung*, das heißt von den Entwicklungsländern in die Industrieländer, ein *Transfer* stattfinden kann. Dies kann sich auf einer praxisbezogenen Ebene abspielen, wie zum Beispiel durch Hinweise auf die Rolle des Experten, Informationsaustausch über die Probleme der Industrialisierung und des Umweltschutzes, Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten und Arbeitsmethoden für Konsumentenorganisationen in den Industrieländern usw. Auf einer anderen Ebene kommen Impulse aus den Entwicklungsländern in Form von Diskussionsbeiträgen zur Technologie- und Entwicklungsdiskussion und durch das Aufzeigen von Zusammenhängen und Abhängigkeiten zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Auf einer dritten Ebene schließlich eröffnen sich Möglichkeiten für die Übertragung von kulturellen und geistigen Werten, Lebensphilosophien und Hinweisen auf andere Formen des menschlichen Zusammenlebens. „Im Gebiet der menschlichen Beziehungen, der Organisation von Dorfgemeinschaften, der Einfachheit des Lebens und der Vermeidung der Zwänge einer hochindustrialisierten Kultur kann eine große Menge von Erfahrung aus der armen in die reiche Welt fließen." *A.T. Ariyaratne* (1979, S. 15).
Mehr und mehr wird dadurch die Entwicklungszusammenarbeit zu seiner symmetrischen Beziehung zwischen Partnern, die sich beide Gedanken machen sowohl über die Überentwicklung oder Fehlentwicklung in den Industrieländern wie auch über die Unterentwicklung in den Entwicklungsländern.

Der hier leicht gekürzte Aufsatz erschien in Psychosozial 4/80, 1980, S. 28—43. Für die Genehmigung zum Abdruck danken wir dem Autor, Helvetas, Bern, und dem Rowohlt-Verlag, Reinbek.

Literaturverzeichnis:

Ariyaratne, A.T.: A Struggle to Awaken, Moratuwa (Sri Lanka), 1978

Ariyaratne, A.T.: The religious and traditional Values in Development in the 80s, with specific Reference to the Sarvodaya Movement (Sri Lanka). In: IFDA-Dossier 3, Januar 1979

Bodenstedt, A.A., Britisch, W.D., Freudendorff, H.U. und Tschiersch, J.E.: Einkommensverteilungs- und Beschäftigungseffekte ländlicher Selbsthilfeorganisationen. Heidelberg 1974.

Consumers' Association of Penang: Act now before it is too late. Penang 1979

Ernst, W.: „Sarvodaya" — ein alternatives Entwicklungskonzept? Zur Kritik einiger Illusionen der Solidaritätsbewegung, in: „Peripherie" Nr. 5/6, 1981, S. 33—49

Gorz, A.: Ökologie und Freiheit, Beiträge zur Wachstumskrise 2. Reinbek bei Hamburg 1980 (rororo aktuell 4429)

Hippel, G. und Fischer, W.E.: Motivation und angepaßte Technologie". In: Entwicklung und Zusammenarbeit 6 (1980), S. 18—19

Kantowsky, D.: Sarvodaya — eine autochthone Form „innerweltlicher Askese" in Südasien, in: Hochschule der Künste Berlin, ed., geplante Verelendung contra kulturelle Selbstentfaltung, Berlin 1983, S. 65—82

Khor Kok Peng: Value for People: The potential Role of a Consumer Movement in the Third World. In: IFDA-Dossier 18, Juli/August 1980

Sarvodaya Shramadana Movement: Ten basic human Needs and their Satisfaction. Moratuwa 1978.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Am Fachbereich **Raumplanung der Universität Dortmund** sind zum 1.8.1988 bzw. 1.1.1989 zwei oder drei Stellen für **wissenschaftliche Mitarbeiter/innen** (BAT III/IIa) für die Dauer von 4 Jahren zu besetzen.

Ihre Aufgaben: Mitarbeit im englischsprachigen Studiengang SPRING, einem postgraduierten Studiengang, der seit 1984 in Zusammenarbeit mit dem 'Department of Planning' der 'University of Science and Technology' in Kumasi/Ghana und ab 1989 auch mit dem 'Department of Human Settlements' des 'Asian Institute of Technology', Bangkok, Thailand, angeboten wird.

Die Stelleninhaber/innen sollen an Organisationsaufgaben mitwirken und eines der folgenden Themen in der Lehre vertreten.

Landwirtschaftliche Entwicklungsplanung
Organisation der planenden Verwaltung
Programm- und Projektmanagement.

Von den Bewerbern/Bewerberinnen wird erwartet, daß sie über praktische Erfahrungen in einem Land Afrikas oder Asiens verfügen und daß sie mit neuen theoretischen und methodischen Entwicklungen im jeweiligen Themenfeld vertraut sind und es praxisnah in der Lehre vermitteln können. Vorausgesetzt sind ferner ein abgeschlossenes Hochschulstudium in einer planungsrelevanten Disziplin, sehr gute englische Sprachkenntnisse, sowie die Bereitschaft zur Teamarbeit und zur Mitarbeit an den Partnerinstitutionen in Kumasi und Bangkok.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind an die Leiter des Studienganges, **Prof. Dr. techn. Klaus R. Kunzmann und Dr. Ing. Bernd Jenssen, Pav. 5, Universität Dortmund, Postfach 500 500, 4600 Dortmund 50** zu richten.

Aktuelle Beiträge

Hilmar von Lojewski

Kentkoop-Seminar 'Housing and Urban Management through Cooperatives', 13.—16.2.1987 in Ankara/Türkei

Die Kooperativenvereinigung *kentkoop* (vgl. Artikel von Petra Zucker in diesem Heft) hat in Zusammenarbeit mit der *International Cooperatives Association (ICA)* das Seminar *'Housing and Urban Management through Cooperatives'* veranstaltet.

kentkoop definiert sich durch ökonomische (Ressourcenmobilisierung/Kreditaquirierung und -vergabe), organisatorische (Mitgliederwerbung/Betreuung), planerische (Projektplanung) und ausführende (Bauausführung) sowie soziale und politische Funktionen (Projektdemokratisierung / Partizipation / Interessenvertretung). Sie hat, ausgehend vom dem großangelegten Wohnungsbauprojekt *Batikent* ihr Tätigkeitsfeld auf die Planung, (Teil-)Finanzierung und Durchführung von Wohnungsbauprojekten in Klein- und Mittelstädten der Türkei ausgeweitet.

Hierbei kooperiert *kentkoop* eng mit lokaler Administration, deren Interessen sie in Form geplanter Siedlungsausweitung entspricht. Das *kentkoop-Modell* erfährt damit weitere Ausbreitung und bewirkt einen steigenden Anteil an der Erstellung von Wohnungen im formellen Wohnungsmarkt, vorzugsweise für mittlere Einkommensschichten.

Die Ausweitung der Tätigkeit auf Wohnungsbauprojekte in der Provinz nimmt aufgrund anhaltender politisch motivierter Schwierigkeiten in der Durchführung des Batikent-Projekts mit der Ankaraner Stadtverwaltung einen hohen Stellenwert ein.

kentkoop drückte ihr Interesse, ihre Tätigkeiten national weit zu streuen auch in der Seminardurchführung aus: Durchweg Bürgermeister der Projektgemeinden, die oft auch Präsident der Einzelkooperativen sind, hatten in den Vortrags- und Diskussionsrunden Moderatorfunktion. Neben diesen nahmen an dem Seminar teil:

— eine Reihe türkischer Wissenschaftler aus den Bereichen Sozial-, Politik-, Wirtschaftswissenschaft, Stadt- und Regionalplanung,
— Mitarbeiter internationaler Organisationen und nationaler Ministerien (Habitat International Coalition HIC / Town and Country Planning Assoc. / Ministry of Environment (GB), International Cooperative Housing Committee (S), World Bank Urban Development Division / International New Towns Assoc. (USA), OECD Urban Affairs Division (F),
— Beobachter aus Asien (Indien, Pakistan, Iran), Afrika (Sudan, Uganda, Tanzania) und Europa (Polen, Ungarn, CSSR, Norwegen, Italien, BRD).

Die gegenwärtigen Probleme und Entwicklungstendenzen der *kentkoop* in Planung, Finanzierung und Durchführung der Wohnungsbauprojekte bestimmten die Vortrags- und Diskussionsinhalte. Zwei wesentliche Bereiche sollen kurz umrissen werden:

Privatisierung / 'Kooperativisierung' öffentlicher Leistungen — Die Verlagerung öffentlicher Aufgabenbereiche auf (halb-) private Träger und die Teil-Substituierung öffentlicher Leistungen wurde durchaus kontrovers diskutiert.

Einig war man sich darin, daß der öffentliche Sektor mit erheblichen Effizienz- und Effektivitätsproblemen bei der Durchführung und Bereitstellung seiner Leistungen zu kämpfen hat. Unterschiedliche Ansätze wurden jedoch bei der Beschreibung von Lösungen deutlich.

Der Weltbank-Vertreter favorisierte eine Stärkung und Ausweitung der Privatisierung in den folgenden staatlichen Aufgabenbereichen:

- Vermeidung inadäquater zentraler Planungsansätze.
- Transformierung städtischen Bodens in veräußerbares Gut.
- Begrenzung von Wohnungsinvestitionen/-subventionen.
- Schaffung von Anreizen für den Privatsektor.
- Kostenreduzierung durch private Dienste.

Dem nach Meinung türkischer Wissenschaftler und Mitglieder der Planer- und Architektenvereinigung „normativen Ansatz" wurde von diesen die komplementäre Nutzung privater, kooperativer und öffentlicher Leistungen entgegengesetzt, die in einem „mixed approach" eine effektivere und effizientere Erbringung kollektiver Dienstleistungen unter Heranziehung aller drei Bereiche sicherzustellen vermag.

Wichtigstes Kriterium ist dabei nach Meinung der Kommunalpolitiker, die vorhandenen Ressourcen für die Öffentlichkeit ohne große Reibungsverluste direkt nutzbar zu machen. Hierbei wird insbesondere den vielfältig einsetzbaren Funktionen von Kooperativen Bedeutung beigemessen, die orientiert an privatwirtschaftlichen Effizienzkriterien als nonprofit Unternehmen Leistungen des öffentlichen Sektors ersetzen können.

Eine Strategie staatlicherseits, die allein auf Privatisierung angelegt ist, hat Nachteile für die ursprüngliche Zielgruppe der Nutznießer von Investitionen im öffentlichen Bereich zur Folge, da mit den Entscheidungen zu marktmäßigen Investitionen andere als zielgruppenorientierte Kriterien ausschlaggebend werden.

kentkoop ist aufgrund des Dissenses zwischen Ankaraner Stadtverwaltung (ANA-Partei) und Kooperativenvereinigung (CH-Partei) substituierend tätig geworden und hat ursprünglich vertraglich vereinbarte öffentliche Leistungen (Ausbau technischer Infrastruktur / Bau und Betreibung von Grundversorgungseinrichtungen / Unterhaltung von Infrastrukturen etc.) selber erbracht. Der erhebliche Mittelaufwand mußte dabei durch höhere Einlage der Mitglieder aufgefangen werden.

Im Fall *kentkoop* wird die Kooperative noch aus der Not(wendigkeit) heraus substituierend (nicht nur supplementär) tätig. Der Schritt zu einer 'konzertierten' öffentlich-kooperativ-privaten Aktion zur Erbringung effektiverer und effizienterer Leistungen im öffentlichen Bereich ist noch nicht erkennbar.

Kooperativen im Bereich squatter-upgrading — *kentkoop* hat jüngst ihr Tätigkeitsfeld durch die Integration einer Kooperative zur squatter-Sanierung, die auf Initiative von Bewohnern zustande kam, ausgeweitet. *kentkoop* stellte für erste Sanierungsmaßnahmen (Treppenbau / Spielplatz / Straßenanschluß) technische Beratung und Material zur Verfügung. Die squatter-Kooperative definierte Bedarf und stellte Arbeitskräfte ab.

In Beiträgen zu diesem Thema wurde insbesondere die Abhängigkeit kooperativer Ansätze von der Position staatlichen Handelns betont, selbst wenn dieses für sich gar keine Strategie zur Situationsverbesserung beinhaltet. Es empfiehlt sich, für eine nachhaltige Sanierung von Quartieren, die Klärung der Bodenfrage und die Absicherung gegen marktwirtschaftliche Verdrängungseffekte prioritär zu behandeln und Bodeneigentumsformen anzustreben, die außerhalb marktmäßiger Verwertbarkeit liegen.

Im Kontext formellen Kooperativenwesens nimmt der Kooperativenansatz zum squatter-upgrading eine marginale Stellung ein. Obwohl *kentkoop* an einer Mul-

tiplizierung des Ansatzes gelegen ist, kann kaum von einer Ausweitung der upgrading-Tätigkeiten über den physischen Bereich hinaus ausgegangen werden.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die mittlerweile im Mittelstandsbereich bewährte Kooperativenform zumindest punktuell auch auf niedrige Einkommensschichten ausweitbar wird. Für beide Bereiche bleibt jedoch ein überproportional hoher Eigenleistungsanteil ausschlaggebend für den Erwerb/die Verbesserung der Wohnung bzw. Wohnsituation: Die Kooperativenarbeit kann hier nur ergänzend zu den individuellen Eigenanstrengungen wirksam werden.

kentkoop konnte sich national wie international mit der Seminarausrichtung weiter profilieren und die Relevanz des Kooperativensektors für die weitere Entwicklung des Wohnungswesens in der Türkei unterstreichen. Der Ansatz, in Zusammenarbeit mit Kommunen in kooperativer Form großflächige Siedlungen zu planen, finanzieren und durchzuführen ist — wenn auch in städtebaulicher Hinsicht mitunter bedenklich — ein begehbarer Weg zwischen Bauen auf dem freien Markt und informellem Bauen.

kentkoop wird jedoch trotz erster Schritte in Richtung einer Kooperativentätigkeit für niedrige Einkommensschichten ihre Basis in der Mittelstandsorientierung mit der Zielsetzung des Erwerbs von Wohnungseigentum behalten und daher 'nur' einen Beitrag zum Abbau des enormen Wohnungsdefizits der Türkei im 'formellen' Bereich leisten können.

Jürgen Oestereich

Auf dem Weg zu einem Recht auf selbstbestimmtes Habitat
Bericht über das HABITAT FORUM BERLIN '87, vom 1. bis 11. Juni im Reichstagsgebäude zu Berlin (West)

Voneinander lernen war dem Forum als Motto gegeben worden. „Gelernt für die Praxis hätte ich wohl mehr auf einem indischen Habitat-Forum. Aber es war großartig, von Leuten aus aller Welt zu hören, daß und wie sie gegen die Wohnungsnot kämpfen. Das wird uns in unserem Slum neuen Schwung geben," kommentierte Ashok Pasharne aus Poona, einer der sieben Führer von Basisgruppen aus Asien, Afrika und Lateinamerika, denen die Reise nach Berlin ermöglicht worden war. Die größte Gruppe der Forumsteilnehmer waren Repräsentanten von Nicht-Regierungsorganisationen, welche in ihrem Heimatland Slumbewohner- und Siedlergemeinschaften unterstützten (Habitat-NRO). Eine kleinere Gruppe von Forumsgästen waren Mitarbeiter staatlicher Stellen.

Die meisten der Teilnehmer aus der Dritten Welt waren auf Tickets von DSE, CDG, vor allem von Misereor und den holländischen Hilfsorganisationen CEBEMO und NOVIB nach Berlin gekommen. „Damit unsere Rechnungsprüfer zufrieden sind, haben wir unsere Partner vorher oder anschließend an das Forum zu Projektgesprächen gebeten"; kommentierte Misereor. „Leider waren einige andere Hilfsorganisationen, mit denen wir gerechnet hatten, nicht so flexibel," bedauerten die Veranstalter. Einige NRO waren auf eigene (bzw. entsprechende Projekt-) Kosten angereist, gab doch das Forum auch Gelegenheit, mit der einen oder anderen Hilfsorganisation Kontakt aufzunehmen.
Hinter der imposanten Neurenaissance-Fassade des Reichstagsgebäudes und in dem edlen Knollmöbel-Environment im Innern wirkten die Dias und Videos, die die Teilnehmer von ihren Aktionen mitgebracht hatten, recht deplaziert. Die strengen Wächter an dem für das Forum reservierten Nebeneingang verbreiteten eine depressive Stimmung. „Wir haben Erfahrung darin, uns in den ärmlichsten Ecken einzurichten," befand Sompone Patbui aus einem der Bangkok-Slums, „aber man kann verstehen, daß sich die Berliner in Wohnungsnot nicht hierher trauen. Vielleicht können wir sie wenigstens auf unserer Sightseeing-Tour in Kreuzberg sprechen."
War es die Simultanübersetzungsanlage gewesen, die zur Wahl dieses Tagungsortes geführt hatte? Man muß erleben, wie die Latinos darauf beharren in Spanisch zu diskutieren, auch wenn sie des Englischen mächtig sind, und die Frankophonen dann ihrerseits auf dem Recht auf ihre Sprache bestehen, um zu begreifen, daß man über Armut heutzutage nicht mehr ohne ein reiches technisches Instrumentarium reden kann. „Verzichtet man auf die Simultanübersetzung, hat man bald nur noch ein paar Experten unter sich. Andererseits bräuchte man, um die Basis wirksam einzubeziehen, ein Heer von Übersetzern, nämlich einen für jeden lokalen Dialekt", beschrieb David Hall, Präsident der HIC, das Dilemma.

Die Organisatoren des Forums, ein Team unter Leitung von Rainer Ernst und Ludwig Thürmer, Berlin, unterstützt von DSE, GRET, HIC u.a., meldeten insgesamt 300 Teilnehmer. Davon kamen etwa 70 aus Lateinamerika, 50 aus Asien, knapp 40 aus Afrika, einige wenige aus USA und Canada und ca. 120 aus Europa, dazu John Turner als Experte, Autorität und einer der Verantwortlichen des inhaltlichen Konzeptes des Forums.

Dieses Konzept beruhte auf einer von der Habitat International Coalition (HIC), dem Dachverband der Habitat-NROs, finanzierten Studie über Selbsthilfe im Siedlungswesen. Aus den nach John Turner 300 Fällen hat er, assistiert von Andrew Maskrew, Yves Cabannes, Han Verschuren und anderen, eine Serie von 26 Wandzeitungen und mittlerweile auch ein Buch destilliert (Bertha Turner, General Editor; Building Community: A Third World Case Book; Building Communities Books / Habitat Forum Berlin; London / Berlin, 1988). „Genau genommen werden nur auf 11 Wandzeitungen Siedlergemeinschaften beschrieben, und bei einigen hätte ich mir einige harte Fakten gewünscht. Nach meinem Geschmack, der vielleicht durch das Lesen von Projektanträgen verdorben ist, fehlte es auch hier und da an der Analyse," urteilte der Vertreter einer Hilfsorganisation. Doch auch den aussagekräftigeren Darstellungen gegenüber scheint Vorsicht angebracht. So stellte Miriam Azalech, Sozialarbeiterin aus Addis Abeba, zum Text über den Fall Kebele 41 fest: „Natürlich hat 'Red Barna' (die norwegische Förderorganisation) das Projekt in ihrem Sinne beschrieben. Schließlich haben sie viel Geld investiert und müssen Ärger mit der Regierung vermeiden." „Was nützt die schönste Wandzeitung", überlegte Shashikant Mohandas, kompetenter Beobachter von Slumsanierungen in Poona (vgl. TRIALOG 15: 9-11) „wenn nicht einmal ein erfolgreiches Projekt als greifbare Realität die Nachbarn dazu bringt, es zu imitieren?" Vielleicht haben Wort und Darstellung mehr Macht in Lateinamerika. „Wir müssen Geld auftreiben, um die Poster ins Spanische zu übersetzen. Dann werden wir unser Büro damit ausstaffieren", nahm sich Gabriela Zappina von einer NRO aus Córdoba, Argentinien, vor. Wie man hört, liegt auch Interesse an Wandzeitungen in Urdu, Wolof und anderen lokalen Dialekten vor.

Die Quintessenz der Studie versprach John Turner in seinem Einleitungsreferat „Wie die NROs den Siedlergemeinschaften helfen können" zu geben, wobei er auf sein bekanntes Diktum zurückgriff, daß, wenn man die Armen nur sich selbst helfen läßt, diese dann „aus weniger mehr machen". Für Agnostiker mag es erlaubt sein, den Tatbestand banaler auszudrücken: Wenn sich statt vieler einzelner wenige große Organisationen daran versuchen, ein Problem wie das der Wohnungsversorgung zu lösen, entstehen Reibungsverluste, die dann „aus mehr weniger machen". Wie herum auch immer, Siedlergruppen (für die sich hoffentlich nicht das ungenaue und völlig überflüssige Codewort „community-based organizations" — CBO — einbürgert) dürften gelegentlich für die Hilfe von NROs dankbar sein, sei es als „mediators" (Vermittler von Geldzuwendungen) sei es als „enablers" (Vermittler von technischen Fähigkeiten). Zu Anfang bezeichnete John Turner die NRO als eine Art Beschützer der Siedlergruppen, am

Ende als deren Partner in einem „Dritten System", welches es sich entwickeln sieht, und zwar außerhalb der Staatsapparate und dem Weltwirtschaftssystem.

Der Zuhörer blieb etwas verwirrt zurück. Kann es ein „Drittes System" frei von politischen Macht- und ökonomischen Knappheitsgesetzen geben? Sind die NROs gleichrangig mit den lokalen Behörden oder mit den Siedlern, oder stehen sie als Vermittler irgendwo dazwischen? In den Wandzeitungen konnte der Beobachter keinen Schlüssel auf diese Fragen, ja nicht einmal eine Hinführung zu dieser Problematik finden. „Das Sympathische an John ist", sagte mir jemand, der ihn gut kennt, „daß er eigentlich keine analytischen Ambitionen hat. Ihm wären deine Irritationen so fremd wie seinerzeit die seiner Kritiker in der Selbsthilfe-Debatte mit Rod Burgess. Aber hat er rein faktisch nicht recht? Helfen die Armen etwa nicht sich selbst und bewirken damit in der Summe mehr als alle großen Apparate? Sitzen die NROs nicht tatsächlich zwischen allen Stühlen? Gibt es nicht immer größere Bereiche, die von staatlichen und ökonomischen Strukturen nicht erreicht werden?"

Außer von John Turner wurde das Plenum von Pater Joseph Wrésinsky und Erzbischof Dom Helder Camara auf die Diskussion in den sieben vorbereiteten Workshops eingestimmt: *Angemesse Technologie, Kommunikation und urbane Strategien, Katastrophenhilfe, Rolle der NRO, Sanierung der historischen Stadtzentren, Partizipation und Selbsthilfe, Wohnungsbau in ländlichen Gebieten sowie Frauen und Habitat.* An ihren Berichten gemessen scheinen sich die Diskussionsrunden nicht immer an den vorgegebenen Konzepten orientiert zu haben — gelegentlich auch nicht an dem aktuellen Anlaß oder gar am gegenwärtigen Diskussionsniveau (etwa, daß die Bautätigkeit alleine das Problem der Wohnungsversorgung nicht lösen kann — auch nicht auf dem Lande). „Nehmen Sie unseren Bericht nicht so ernst", warnte mich einer der Schriftführer, „unsere Teilnehmer hatten einander viel mitzuteilen; und je mehr wir diskutierten, desto weniger konnten wir in der Resolution unterbringen." In der kleinen Gruppe mit dem Thema *Katastrophenhilfe* dagegen kannten sich die Teilnehmer bereits. Und da sie alle Spanisch sprachen, konnten sie zügig ihren Bericht erarbeiten, der dann auch sehr abgerundet ausfiel. Am Ende lag dem Forum ein sehr heterogenes Ensemble von Workshop-Äußerungen vor. So dauerte dann die Erörterung, ob und wie dies alles zusammenzufassen sei, so lange, daß keine Zeit mehr übrig blieb, um eine Synthese zu destillieren.

Von den Workshop-Ergebnissen erscheint dem Beobachter vor allem der selbstkritische Ansatz des Workshops *Angemessene Technologie* erwähnenswert. Allerdings wurde als Perspektive nur ein „Weiter wie bisher, aber vorsichtiger!" angeboten. Gegen Ende des Habitat Forums fand in seinem Rahmen dann noch eine besondere Konferenz über *Angemessene Technologie* unter Leitung von Kosta Mathéy statt. Zu dieser Konferenz waren einige der bekannten Spezialisten auf diesem Gebiet angereist. Sie kamen zu einem um einige Grade optimistischeren Ausblick als der Workshop.
Der Workshop *Partizipation* insistierte in seinem Bericht u.a. auf einer Art kollektivem Recht der Siedlergruppe auf selbstbestimmtes Habitat. Ein solches Konzept ist nicht nur umfassender, sondern letztlich auch kulturell angemessener als das eines individuellen Rechtes auf Wohnung. Obschon das Konzept des selbstbestimmten Habitat bei den Teilnehmern unstrittig war und auch vorher schon umrissen wurde (vgl. Limuru-Deklaration der NRO, Nairobi 1988), bestand in Berlin nicht das Bedürfnis, es in aller Klarheit zu formulieren und entsprechend herauszustellen.

Unter Zeitdruck war das Plenum nicht imstande, die Berichte der Workshops im Detail und kritisch zu diskutieren, ebenso wenig wie die Handvoll der aus mehr oder weniger aktuellem Anlaß eingebrachten Resolutionen. Eine davon betraf z.B. die wachsende Zahl der verwahrlosten Kinder und Jugendlichen — ein Thema, das einen eigenen Workshop verdient hätte. In einer anderen wurden die Regierungen aufgefordert, die Vertreibung der Siedler und die Konfiszierung von Wohnland nicht mehr zuzulassen; im besonderen wurde HIC beauftragt, die Habitat-Situation in Chile, der Dominikanischen Republik, in Thailand, Namibia und Südafrika und in den von Israel besetzten arabischen Gebieten zu untersuchen.

Die diversen Berichte und Resolutionen bildeten die Basis einer zweitägigen Diskussion mit etwa zwei Dutzend „eminent persons", d.h. Ministern und Spitzenbeamten aus Argentinien, Mexico, Peru, Senegal, Tansania und der karibischen Inselwelt sowie von einigen internationalen Organisationen. Diese Diskussion wurde eingeleitet von Enrique Ortiz, damals noch Leiter der mexikanischen Wohnungsbau-Bank FONHAPO. Er stellte den heute erreichten Konsens in der Wohnungspolitik, z.B. hinsichtlich der Beteiligung der Siedlergruppen, heraus und rief zu verstärkter Kooperation zwischen Behörden, NROs und Siedlern auf. Von einigen Ausnahmen abgesehen, teilten die „eminent persons" diese Auffassungen, baten jedoch um Verständnis für die wegen politischer Hindernisse zögerliche Realisierung der Forderungen.

Offensichtlich liegen die Schwierigkeiten nicht im technischen und organisatorischen Bereich. Die herkömmlichen Bauweisen und die tradierten sozialen Entscheidungsstrukturen haben sich, notfalls in stark modifizierter Form, als überaschend tragfähig erwiesen. Die Schwierigkeiten liegen anscheinend in der Legitimierung der Konzepte und ihrer Durchsetzung im politischen Interessengeflecht. Welche Entscheidungskompetenzen erlaubt ein gegebenes politisches System den Siedlergruppen? Mit welchen ethischen Gründen oder solchen der gesellschaftlichen Problemlösungseffizienz läßt sich die Forderung nach lokaler Selbstbestimmung rechtfertigen? Gesetzt, derartige Rechte würden auf hoher Ebene ratifiziert, müßten sie dann nicht, wie z.B. die UN-Menschenrechtskonvention über die freie Meinungsäußerung, immer wieder von neuem eingeklagt werden?
„Die von Vertreibung bedrohten Siedler brauchen eine Art „amnesty international", HIC sollte eine solche Aufgabe erfüllen", forderte Han van Putten, Generalsekretär von HIC und gleichzeitig von IULA, dem internationalen Dachverband der Gemeinden und Städte. Eine während des HABITAT FORUM stattfindende Generalversammlung von HIC stellte denn auch mit einem Aktionsplan gegen Vertreibungen, für die Anerkennung von Wohnrechten und der Überprüfung der Siedlerrechte in Chile usw. die Weichen in diese Richtung. HIC war es auch, die das Forum an eine im Entstehen begriffene Tradition erinnerte, der sich überraschend wenige Teilnehmer bewußt waren: Das Vancouver Forum mit seinen immer noch gültigen Forderungen, die Gründung des UN Center for Human Settlements, den Aktionen im Zusammenhang mit dem *Internationalen Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot*, dem „Global NGO-Forum" April 1987 in Nairobi, dessen Empfehlungen „Limuru-Declaration" hinsichtlich der Respektierung von selbstbestimmten Siedlergruppen und der diese fördernden NRO vom UN-Ausschuß für Siedlungswesen angenommen wurden, usw.

Zwar schien dem Beobachter das inhaltliche Konzept des HABITAT FORUM BERLIN '87 vage zu bleiben, die Einstimmung durch Wandzeitungen, Exponate und Präsentationen wenig zündenden Stoff zu bieten und ein Ziel, z.B. in Form eines zu verabschiedenden Manifestes zu fehlen, doch hatte bereits allein das Zusammenbringen von über 250 Sachkundigen und Betroffenen einen stimulierenden Effekt — bei den einzelnen Teilnehmern und bei der Teilnehmerschaft insgesamt als Gruppe. Sollte, wie im Abschlußbericht des Forums angedeutet, nunmehr in Berlin ein ständiges HABITAT FORUM Büro eingerichtet werden, bietet sich die Möglichkeit, die mit der erfolgreichen Organisation des Forums bewiesene Kompetenz in den Dienst dieser sich bildenden Gemeinde von Siedlergruppen, NROs und sympathisierenden „professionals" zu stellen: in den Dienst der sich formierenden Habitat-Bewegung. Wie bei allen Bewegungen ginge es dann allerdings weniger darum, voneinander zu lernen, als miteinander zu Neuem aufzubrechen. Dieses Neue könnte der Einsatz für ein einklagbares Recht auf ein gruppenweise selbstbestimmtes Habitat sein.

Gislind Budnick

„Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot" — Was nun?

Es wird an dieser Stelle keine abschließende Bilanz über Inhalt und Wirkungen der Aktivitäten zum *Internationalen Jahr* gezogen — vielleicht ist es ohnehin zu früh, nach Wirkungen zu schauen, hatten doch die meisten Veranstaltungen in erster Linie informativen Charakter.

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen im Ausschuß des Bundestags

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestags beantragte zusammen mit der SPD-Fraktion eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Thema *Hilfe für Menschen in Wohnungsnot*, die am 14.10.87 stattfand. Das für Habitat-Fragen zuständige Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) hatte hierzu einen Bericht vorbereitet, um über das *Internationale Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot* und die Tätigkeit des Zentrums der Vereinten Nationen für Menschliche Siedlungen (UN-Habitat) zu informieren.

Bericht der Bundesregierung

In diesem Bericht heißt es, die ständig wachsenden Elendsquartiere seien *„nicht nur mögliche Quelle politischer Unruhe und Herde von Krankheit und Arbeitslosigkeit, Kindersterblichkeit und Kriminalität, sondern zugleich ein bedeutender Entwicklungsfaktor"*. Die Tätigkeit von UN-Habitat wird grundsätzlich positiv beurteilt. Vom Internationalen Jahr erwarte man, daß es das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Probleme des Wohnungs- und Städtebaus in der Dritten Welt öffnet. Im übrigen verweist der Bericht inhaltlich stark auf das Sektorkonzept „Wohnungsversorgung" des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), in dem der „Hilfe zur Selbsthilfe" über die rein technische Beteiligung hinaus in der Schaffung entspechender Rahmenbedingungen bis zur Entwicklung eigener Lösungsansätze hohe Priorität gegeben wird. Der Bericht regt abschließend an zu prüfen, welche weiteren Beiträge die Bundesrepublik Deutschland übernehmen kann und sollte.

Themen und Sachverständige

In der öffentlichen Anhörung wurden folgende Themenkomplexe angesprochen:
- Wohnungsversorgung in der Dritten Welt (z.B. Wohnungen in Eigentum und zur Miete, Wohnfläche pro Familie, Infrastruktureinrichtungen)
- Zugang ärmerer Bevölkerungsschichten zu Grund und Boden (bodenrechtliche Probleme von Spontansiedlungen, raumordnungspolitische Aspekte, Hypothekendarlehen)
- Errichtung von Wohnungen (Wohnbauprojekte zu niedrigen Kosten, Erfahrungen mit Selbsthilfegruppen, Förderungswürdigkeit traditioneller Wohn- und Hausformen, angepaßte Bauweisen)
- Möglichkeiten der Hilfe und Kooperation (Übertragbarkeit von Erfahrungen mit dem sozialen Wohnungsbau bei uns, Ausbildung und Fortbildung, Technologietransfer, Patenschaften und Partnerschaften).

Als Sachverständige waren vertreten:
- die Herren Dr. Baldeaux und Steinert von DESWOS
- Herr Schütz von Misereor
- die Herren Dr. May und Schäfer von der GTZ
- Prof. Dr. Kunzmann, Institut für Raumplanung der Universität Dortmund
- Kosta Mathey und die Berichterstatterin von TRIALOG
- Prof. Ernst, Fachbereich Architektur der Hochschule der Künste Berlin und
- Herr Dr. van Eyk, Ministerium für Wohnungsbau, Raumordnung und Umwelt der Niederlande.

Stellungnahmen

Der Vorsitzende des Bauausschusses, Dr. Möller, gab eine kurze, aber dramatische Beschreibung der Wohnungsnot in der Dritten Welt. Nur 2—4% der Mittel der bundesdeutschen Entwicklungshilfe werde hierfür bereitgestellt. Er stufte das Wohnungsproblem als vordergründig bautechnisch ein und verwies auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Hintergründe.

Die Sachverständigen stimmten grundsätzlich überein, daß nur eine weitgehende *Hilfe zur Selbsthilfe* und *integrierte Ansätze* Beiträge zur Lösung der Wohnungsproblematik in Aussicht stellen können. Unter das erste fallen Beteiligung bei Planung, Ausführung und Verwaltung, Gruppenselbsthilfe, bis hin zur eigenständigen Erforschung von angemessenen Lösungen; unter das zweite die gleichzeitige Förderung im Baugewerbe, Veränderung der Rahmenbedingungen für Boden und Baufinanzierung, Stärkung der Fähigkeiten von Bewohnerorganisationen und lokalen Behörden bis zur Einbindung in eine formale Stadtentwicklungsplanung. Lösungsansätze seien in erster Linie im organisatorischen, politischen und finanziellen Bereich zu suchen und durch Beratung zu verwirklichen. Darüberhinaus werden eine Verstärkung des Erfahrungsaustauschs auf regionaler Ebene und die Förderung einheimischer Forschungsaktivitäten empfohlen.

Während der Grundton aus der Praxis eher eine positive Leistungsbilanz war, hatten die Vertreter aus der Wissenschaft einige konzeptionelle Bedenken: Statt die Hoffnung nur auf Mittelstädte zu setzen, sei die Hierarchie der Siedlungsstruktur angemessen zu entwickeln; Selbsthilfe sei auf ihren Gehalt, ihre Implikationen und Opfer zu prüfen, und überhaupt berge ein bei uns noch unterentwickeltes Verständnis der Realitäten in der Dritten Welt die Gefahr zu voreiligen Schlüssen und Maßnahmen. Nach den Ausführungen des niederländischen Gastes kommt in den Niederlanden sowohl auf Regierungsebene als auch im Bewußtsein der breiten Bevölkerung der Wohnungsproblematik in der Dritten Welt bereits ein höherer Stellenwert zu.

Tenor der Fragerunde

Den Fragen der Abgeordneten nach zu urteilen, waren alle Fraktionen — bis auf die Abgeordnete der Grünen, die in der Veranstaltung ein Ablenkungsmanöver von der hiesigen Wohnungsnot sah — von der entwicklungspolitischen Bedeutung der Wohnungsproblematik in der Dritten Welt überzeugt; die Fragen gingen um das wie und wo — nicht darum, ob überhaupt entwicklungspolitische Maßnahmen sinnvoll seien. Insbesondere wurde nach Verbesserungsvorschlägen, begleitender Bodenordnung und Infrastrukturmaßnahmen, Beratung und Evaluierung gefragt, den Problemen der Selbsthilfe und der einheimischen Forschung.

Ergebnisse

Die Ergebnisse der Anhörung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

* Die entwicklungspolitische Bedeutung der Wohnungsnot wird uneingeschränkt anerkannt und eine Steigerung des Mitteleinsatzes schon angesichts der Ausmaße des Problems als erforderlich angesehen.

* Eine bessere Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen und eine stärkere Unterstützung von UN-Habitat werden begrüßt.

* Lösungsmöglichkeiten sind nicht in Bau und Finanzierung von Wohnungsbauprojekten, sondern in der Schaffung von Voraussetzungen zur Wohnraumversorgung zu suchen.

* Wohnungsversorgungsprojekte sind somit vor allem prozeß- und nicht so sehr produktorientiert und sollen Hilfe zur Selbsthilfe auf allen Ebenen leisten.

* Allerdings ist der Charakter solcher Selbsthilfe im jeweiligen Kontext der Projekte differenziert zu betrachten — z.B. kann als körperlicher Einsatz falsch verstandene Selbsthilfe die weiblichen Haushaltsvorstände im Projektgebiet überfordern.

* Integrierte Ansätze von technischer, organisatorischer und institutioneller Beratung verlangen längerfristigen Personaleinsatz und flexiblere Finanzierungs- und Abwicklungsverfahren.

* Erfahrungsaustausch und Projektevaluierungen sollen die Angemessenheit und Effizienz der Projekte erhöhen.

* Die Grundlagenforschung sollte durch einen Bereich „Stadtforschung" ergänzt werden; die Förderung einheimischer Forschungsprojekte vor Ort sollte die Entwicklung eigener Lösungen ermuntern.

* Eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit könnte die Wohnungsproblematik in der Dritten Welt in der Bevölkerung bewußter machen und die Spendenbereitschaft erhöhen; das Interesse der Medien zur Berichterstattung über das Thema sollte angeregt werden.

Gemeinsame Sitzung

In einer gemeinsamen Sitzung am 13.1.88 behandelten die beiden Bundestagsausschüsse für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und für wirtschaftliche Zusammenarbeit erneut das Thema Wohnungsnot in der Dritten Welt. Grundlage dieser Aussprache waren die Ergebnisse der vorangegangenen Anhörung von Sachverständigen. Es wurde beschlossen, eine ausschußübergreifende interfraktionelle Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich vor allem mit folgenden Themen beschäftigen soll:

— Vereinfachung der Verfahren für Projektbeantragung und -abrechnung
— Flexibilisierung des Haushaltsrechts, um den Projekterfordernissen besser gerecht zu werden
— Förderung der einheimischen Forschung
— Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik.

Reise nach Indien

Ehe die Arbeitsgruppe ihre Beratungen aufnimmt und konkrete Anträge erarbeitet, wird eine Delegation an der 11. UN-Habitat-Kommissionssitzung teilnehmen, die vom 6.—12. April in Delhi stattfindet. Dabei wollen die Parlamentarier auch die Gelegenheit nutzen, die Wohnungsnot in Indien aus eigener Anschauung kennenzulernen.

Resümee

Abschließend sei mir eine erste Bewertung erlaubt. Die Erwartungen, mit dem *Internationalen Jahr* könne das Interesse der Öffentlichkeit für die Wohnungsnot und die Probleme der Stadtentwicklung in der Dritten Welt geweckt werden, haben sich nicht erfüllt. Unterm Strich hat sich zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in der Dritten Welt wenig getan; dennoch ist etwas in Bewegung geraten. Vertreter aller Parteien widmen sich nun der Problematik, übrigens in großer Einmütigkeit und ohne Parteienhader. Nicht bei allen Themen, die sich die interfraktionelle Arbeitsgruppe vorgenommen hat, sind unmittelbare Wirkungen zu erwarten. Doch ein Anfang ist gemacht, und in der Bearbeitung wird sich der Themenkatalog bestimmt noch modifizieren.

Ob das *Internationale Jahr* doch letztlich ein Papiertiger war, nur ein Konferenzreigen, auf dem sich die Vertreter der Vertreterorganisationen von Vertretern der Betroffenen tummelten, oder ob die Beschäftigung mit der Wohnungsnot in der Dritten Welt tatsächlich zu angemessenen und wirkungsvollen entwicklungspolitischen Beiträgen führt, darüber läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur spekulieren. Immerhin wird verbreitet und verstärkt diskutiert, und solange diskutiert wird, darf noch auf Konsequenzen gehofft werden.

TRIALOG-Interview

Frau Hannelore Rönsch, Bundestagsabgeordnete der CDU aus Wiesbaden, ist Mitglied im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Joanna Kotowski-Ziss führte das Interview am 14. März 1988 in Wiesbaden.

TRIALOG: Wie kommt es eigentlich, daß sich die politischen Parteien plötzlich für die Probleme der Wohnungsnot und der Verstädterung in der Dritten Welt interessieren?

Frau Rönsch: Entwicklungshilfe setzt zunächst einmal bei der Grundlage des Lebens überhaupt an, bei der Ernährungssicherung, bei der Versorgung mit Lebensmitteln. Der Wohnungsnot hat man sich meines Erachtens lange Zeit nicht ausreichend gewidmet, weil es hier bei uns in der Bevölkerung keine Akzeptanz für diese Probleme gab. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Die Entwicklungspolitik hat relativ spät erkannt, wie wichtig es ist, daß sich die Bevölkerung in der Dritten Welt an etwas beteiligen kann, was für sie von dauerhafterem Nutzen ist und nicht nur die Subsistenz sichert. Die Aussicht auf ein Haus, auf eine kleine bescheidene Unterkunft, gibt einer Familie ungeheuren Auftrieb; wenn dann die Familie aktiv wird, selbst am Bau mithilft, Eigentum bildet, vielleicht auch etwas zurückzahlen muß, wird sie sich oft erst ihrer Fähigkeiten voll bewußt.

TRIALOG: Ein Ziel des *Internationalen Jahres der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot* war es, die deutsche Bevölkerung über die Problematik zu informieren und Bewußtseinsprozesse in Gang zu setzen. Ist das gelungen, und was hat das *Internationale Jahr* bewirkt?

Frau Rönsch: Den Anspruch, daß sich etwas im Bewußtsein der Bevölkerung ändert, konnte das *Internationale Jahr* nicht einlösen. Die Berichterstattung bei uns in der Bundesrepublik erreichte nur die ohnehin Interessierten. Auch die Medien haben nicht mitgezogen, wie ich es mir gewünscht hätte. Ein hungerndes Kind ist halt immer noch wesentlich medienwirksamer als eine obdachlose Familie. Mit dem Thema Wohnungsnot wird die Bevölkerung allenfalls einmal im Zusammenhang mit einer Flut- oder irgend einer anderen Naturkatastrophe konfrontiert. Es ist bei uns kein Bewußtsein darüber vorhanden, was eine Wohnung in der Dritten Welt bedeutet. Man weiß nicht, daß oft 20 qm in einem etwas festeren Gebäude für eine Familie in einem Dritte-Welt-Land dasselbe ist wie ein Reiheneigenheim für eine deutsche Familie. Die Vorstellungen, wie man helfen kann, sind manchmal abenteuerlich. „Fertigteile darunter liefern!" Oder: „Da könnten sich deutsche Architekten verwirklichen!" Es ist einfach nicht bekannt, mit welch geringen Mitteln man bereits viel tun kann, man Familien motivieren kann, für sich selbst etwas zu tun. All das ist in unserer Bevölkerung schwer überzubringen; und ich bin ganz sicher, da hat auch das *Internationale Jahr* nichts bewirkt.

TRIALOG: Auf der gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 13. Januar 1988 wurde beschlossen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzurichten. Sie soll sich u.a. mit der Forschungsförderung befassen. Woher sollen die Forschungsmittel kommen?

Frau Rönsch: Die Forschungsmittel müssen in jedem Fall beim BMZ angesiedelt werden, dessen Haushaltsvolumen wir ja in den vergangenen Jahren erweitert haben.

TRIALOG: BMZ-Mittel dürfen doch haushaltsrechtlich nur in Entwicklungsländern eingesetzt werden. Wie sieht es denn mit einer Förderung der deutschen Forschung auf diesem Gebiet durch die traditionellen Forschungsförderungseinrichtungen, wie DFG und Stiftung Volkswagenwerk, aus?

Frau Rönsch: Die Forschungsmittel müssen dennoch beim BMZ angesiedelt werden, weil es da die breitesten Er-

fahrungen darüber gibt, was man zu erforschen hat. Im BMFT, z.B., würde das hochtechnologisch betrieben, ohne nach den Ursachen zu fragen und danach, wem die Forschung zugute kommen und wo sie nützen soll. Das Wissen des BMZ muß unbedingt eingebracht werden.

TRIALOG: In einem Positions-Papier zur Habitat-Forschung forderte TRIALOG bereits 1986 die praktische Relevanz von Forschungsprojekten zu Themen des Planens und Bauens in der Dritten Welt, ihre Orientierung auf Zielgruppen in Wohnungsnot, auf konkrete Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und ihre Einbindung in längerfristige Kooperationen. Welche Art von Forschungsprojekten sollten Ihrer Meinung nach in Zukunft verstärkt gefördert werden?

Frau Rönsch: Wir wollen wissen, wie man Entwicklungspolitik noch besser einsetzt, wie man Projekte noch besser fördert und welche Projekte überhaupt sinnvoll sind. Daher müssen wir in erster Linie unsere Projekte, ihre Ursachen und Auswirkungen erforschen. Z.B. mit welchen Technologien man in Entwicklungsländer gehen kann; wie Entwicklungshilfe auf die wirkt, die in ihren Genuß kommen sollen; Langzeitwirkungen und Umweltrelevanz. Ein besonderes Anliegen wäre mir, darüber nachzudenken, wie man die Leute in ihrer eigenen Region halten kann, gerade etwa in Schwarzafrika. Die Landflucht hat hier erschreckende Ausmaße angenommen, und der Zuzug in die Städte bringt neue Not und immer größere Not mit sich. Ich bin zwar erst seit einem Jahr im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber so, wie es sich mir darstellt, ist Armut auf dem Lande eher zu verkraften als in einem Slumgebiet am Stadtrand, da man sich dort wenigstens die Nahrung besorgen kann. Wir müssen bestimmt noch einiges tun, damit die Leute in ihrer Region bleiben und nicht meinen, in den großen Städten liege die große Zukunft.

TRIALOG: Die große Zukunft in den großen Städten — das sind Träume, die man der Landbevölkerung nicht aberziehen kann; das haben ländliche Projekte doch gezeigt. Habe ich Sie richtig verstanden, bedeutet das weiterhin schwerpunktmäßige Förderung ländlicher Projekte?

Frau Rönsch: Projekte auf dem Land und in Mittelstädten! Natürlich kann man den Menschen auf dem Land nicht die Hoffnung auf ein besseres Leben in der Stadt nehmen, vor allem, wenn sie jemanden kennen, der als Gärtner oder Fahrer das große Glück gemacht hat. Ich meine aber dennoch, es muß alles unternommen werden, um sie an ihrem Platz in ihrer Familiensippe und in ihrem Stamm zu halten; man muß ihnen dort die Möglichkeit geben, sich den Lebensunterhalt zu verdienen.

TRIALOG: Die interfraktionelle Arbeitsgruppe soll sich auch mit einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik beschäftigen. Welche Medien wollen Sie dabei einsetzen?

Frau Rönsch: Wenn möglich, alle Medien! Ich hoffe sehr, daß sich die Printmedien und das Fernsehen insgesamt mehr mit Entwicklungspolitik beschäftigen. Wie es um die Akzeptanz in der Bevölkerung steht, habe ich ja bereits gesagt. Als ich neulich Samstag morgens auf dem Weg nach Kassel war, hörte ich eine Sendung, in der es um Entwicklungspolitik ging; von etwa 12 Anrufern hat sich nur einer für Entwicklungspolitik ausgesprochen! Ich hoffe auch, daß jetzt die Reise des Bundespräsidenten nach Schwarzafrika mit dazu beiträgt, etwas mehr Bewußtsein für entwicklungspolitische Probleme in der Bevölkerung zu wecken.

TRIALOG: Wie sollen die Erfahrungen von Entwicklungsprojekten in die Öffentlichkeitsarbeit einfließen?

Frau Rönsch: Vielleicht müßten Entwicklungsprojekte einmal von Anfang an in ihrem Verlauf dargestellt werden. Ich kann mir vorstellen, daß dann das Interesse hier größer ist, als wenn man nur zeigt, wie wieder etwas mit deutscher Hilfe hingestellt wurde, das die Einheimischen in Besitz nehmen. Man darf auch nicht immer nur die positiven Seiten zeigen, sondern muß auch mal zugeben können, daß Entwicklungsprojekte negative Auswirkungen hatten.

TRIALOG: Sie setzen sich ja besonders für die Besserstellung der Frauen in der Dritten Welt ein. Welche Möglichkeiten sehen Sie, in städtischen Projekten Frauen stärker zu beteiligen?

Frau Rönsch: Man sollte z.B. Frauen, die ja häufig in den Städten den Kleinhandel betreiben, besseren Zugang zu Krediten verschaffen, z.B. über Genossenschaften, damit sie etwas längerfristiger planen können; man könnte einen Pool für Kleinkredite bilden, aus dessen Rückflüssen wieder neue Kleinkredite an Frauen gewährt werden. Das Hauptproblem ist allerdings die Ausbildung. In Frauenprojekten sollte z.B. einfaches Rechnen vermittelt werden. Auch in der handwerklichen Ausbildung kann man für Frauen einiges machen. Ich habe selbst gesehen, wie Frauen mit einfachsten Maschinen Ziegelsteine herstellen...

TRIALOG: Wer Brot backen kann, kann auch Ziegel backen...

Frau Rönsch: ...die Presse runterdrücken, kostet zwar ein bißchen Kraft. Aber wenn sie vor einen Pflug gespannt werden können, können sie auch eine Ziegelpresse bedienen. Das ist eine schwere Arbeit, die die Männer ohnehin gern den Frauen überlassen. Aus- und Weiterbildung ist das A und O in Frauenprojekten; das muß mit den kleinen Dingen anfangen, die den täglichen Arbeitsablauf im Haushalt vereinfachen. Die Frauen müssen auch lernen, das, was sie sich angeeignet haben, anderen weiterzugeben und mit anderen Frauen zusammenzuarbeiten. Wir dürfen allerdings nicht in den Fehler verfallen, unser Emanzipationsmodell auf die Entwicklungsländer übertragen zu wollen; das wäre der größte Unsinn. Ohne das OK der Männer laufen die Projekte der Frauenförderung nicht; sie müssen mit den Männern besprochen und geplant werden. Andererseits sind sie zum Scheitern verurteilt oder werden gar von den Männern sabotiert, und dann ist niemandem geholfen.

TRIALOG: Muß mit der Frauenförderung nicht auch parallel die Verbesserung der Situation der Kinder laufen?

Frau Rönsch: In jedem Fall! Wenn eine Frau ein Stück vorankommt, kommt das ja zuallererst ihrer Familie zugute. Es gibt ja kaum Frauen ohne Kinder in der Dritten Welt. Oft ist der Mann nicht da, dann muß sie allein die Kinder großziehen. Die Frau ist für alles verantwortlich, für Haushalt, Erziehung, Lebensmittelversorgung, für Ackerbau und für das Vieh — sie ist für alles zuständig!

TRIALOG: Was erwarten Sie von der Teilnahme an der 11. UN-Habitat-Kommissionssitzung in Delhi Anfang April?

Frau Rönsch: Ich erhoffe mir, daß koordiniert wird, wie man international besser helfen kann, um die Wohnungsnot in der Dritten Welt zu beheben. Ich hoffen, daß es nicht eine Konferenz wird, bei der zu viel theoretisiert wird, sondern daß praktische Erfahrungen ausgetauscht und auch mal Fehler aufgezeigt werden. Die Ergebnisse sollen praxisorientiert sein und sich vernünftig umsetzen lassen.

TRIALOG: Frau Rönsch, wir danken Ihlhnen!

Buchbesprechungen

Stadt- und Regionalplanung

Bernd Jenssen, Belastungen und Kosten der räumlichen Konzentration in Entwicklungsländern. 173 Seiten. ISBN 3-924352-22-4, Dortmund 1987. Erhältlich vom Verlag: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Gutenbergstr. 59, 46 DORTMUND, Tel.: (0231)-1 46 56.

In seiner hier veröffentlichten Dissertation liefert Bernd Jenssen am Beispiel von Seoul den Nachweis dafür, daß die den Metropolen häufig nachgesagten Standortvorteile ab einer bestimmten Größe in Negativa umschlagen können, und eine wirtschaftliche und demographische Dezentralisation nicht nur die Zentren entlastet, sondern auch für die ausgelagerten Produktions- und Verwaltungsbetriebe nicht zu verleugnende Vorteile aufweisen würde. Das zentrale Instrument der Arbeit ist die vom Autor entwickelte „siedlungsstrukturelle Belastungsanalyse", die sich — besser als die auf Südkorea bezogenen, empirischen Ergebnisse (da z.B. in anderen Ländern Metropolen oft auch Hafenstädte mit ihren exportbedingten Standortvorteilen sind, was für Seoul nicht zutrifft) — auch in anderen nationalen Kontexten anwenden läßt.

Kosta Mathéy

Horst Reichert, Die Verstädterung der Eastern Province von Saudi-Arabien — und ihre Konsequenzen für die Regional- und Stadtentwicklung. Schriftenreihe Band 10, Städtebauliches Institut der Universität Stuttgart. 245 Seiten, ISB 3-7828-1444-4, Stuttgart 1980.

Bei diesem Band handelt es sich um eine überarbeitete Fassung der von dem Verfasser 1978 in Stuttgart vorgelegten Dissertation. Vom Allgemeinen ins Spezielle gehend beginnt die Arbeit mit einer landeskundlichen Zusammenfassung zum Untersuchungsland und -gebiet, es folgen generelle Informationen zur Verstädterungsproblematik in der Dritten Welt, und speziell in der Eastern Province von Saudi-Arabien, und zu Prinzipien einer möglichen Entwicklungskonzeption in demselben Gebiet. Ein Anhang stellt in knapper Form 9 traditionelle Oasensiedlungen vor, wobei allerdings auf den vorangehenden Teil der Arbeit nicht direkt Bezug genommen wird.

Kritisch wäre anzumerken, daß keine klare Zielgruppe für die Veröffentlichung auszumachen ist. Einmal pauschalisieren die Darstellungen zu sehr die Problematik in der Dritten, oder zumindest in der arabischen Welt, oder sie gehen zu detailliert auf Fälle außerhalb des Untersuchungsgebietes ein (z.B. New Helwan in Ägypten), wobei sich Zweifel hinsichtlich der Übertragbarkeit auf die Untersuchungsregion aufdrängen. Andererseits werden seitenweise landeskundliche Daten über Saudiarabien aus Standardwerken übernommen, die wiederum für den primär an der Theorie interessierten Leser belanglos sind. Aber auch für die Planer vor Ort ist die Arbeit (nicht allein wegen der deutschen Sprache) nur beschränkt eine Hilfe bei der Lösung der zweifellos dringlichen Aufgaben, da die Ausführungen abstrakt bleiben, und keinerlei konkret ausgearbeitete Vorschläge für die Eastern Province aufzeigen.

Dennoch enthält die Publikation auch heute, nahezu 10 Jahre nach ihrem Entstehen, noch genug interessante und relevante Informationen: einmal muß hervorgehoben werden, daß über Saudi-Arabien, und ganz besonders über die Eastern Province, nur wenig Material in Deutschland erhältlich ist (was u.a. mit der sehr restriktiven Informationspolitik der Saudis zu tun hat, die z.B. die Ausfuhr von offiziellem Kartenmaterial untersagt). Andererseits ist die Erkenntnis lehrreich, daß die geschilderten Hemmnisse für eine effiziente Raumplanung — wie z.B. fehlende oder unzuverlässige statistische Ausgangsdaten, unrealistische Erwartungen, Irrelevanz von Master-Plänen, grundsätzlich anders geartetes Planungsverständnis bei den einheimischen Kollegen vor Ort, Vorliebe für sektorale und kurzfristig zu erstellende Prestigeobjekte, Profitinteresse und Vetternwirtschaft, religiöse Privilegien und Tabus, sich innerhalb einer Dekade nicht wesentlich geändert haben, und sich folglich auch nicht so schnell ändern werden. Eine solche Erkenntnis mag dazu beitragen, künftig den Export eurozentristischer Planungsmodelle in Länder anderer Kulturkreise nicht mehr als Patentlösung zu propagieren. In diesem Sinne wäre eine Aufsplittung und Kürzung der Publikation in zwei relativ kurze Skripte anzuraten: einmal eine planungstheoretische Einführung für deutsche Studenten, zum anderen eine Materialsammlung ausschließlich mit Informationen über die Eastern Province mit den Informationen, die nicht schon woanders veröffentlicht wurden.

Kosta Mathéy

Sivaramakrishnan, K.C., Green, L., Metropolitan Management, The Asian Experience (EDI Series in Economic Development), Oxford University Press, New York 1986, 290 S.

Dieses beeindruckende und anspruchsvolle Buch basiert auf einem von der Asian Development Bank und dem Economic Development Institute der Weltbank organisierten Seminar.

Angesichts des rapiden Wachstums der asiatischen Metropolen, dem wachsenden Bedarf an Wasser, Abwasserversorgung, Transport, Wohnungsbau, Kommunikation und andere lebens- und für die Entwicklung notwendigen Dienstleistungen stehen die Beschaffung wichtiger Ressourcen, die Organisation von Expertise und institutionellen Kapazitäten an erster Stelle beim städtischen Management. Das Buch gibt einen einführenden Überblick über die Aufgaben des metropolitanen Management, das von der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen zur Projektprogrammierung, der interinstitutionellen Koordination und der Lenkung eines Managementprozesses reicht.

Mangel an Finanzen und institutionelle Schwierigkeiten der städtischen Bureaukratie, ihr ad-hoc-Ansatz und das Fehlen langfristiger Perspektiven, mögliche Irritationen durch unkalkulierbare soziale wie politische Entwicklungen kommen bei der Problembeschreibung zusammen.

Die Suche nach Alternativen orientiert sich an einer Integration von planerischen Eingriffen und flexiblerer Administration. Unorganisation der städtischen Verwaltungs- und Managementorgane soll schnelleres Reagieren in Entwicklungsprogrammen ermöglichen. Entwicklungsprogramme ersetzen die klassische Linie der Stadtplanung mit ihren statischen „Master" Plänen.

Der private Sektor, Nichtregierungsorganisationen und Bürgerpartizipation sollen durch die städtischen Manager zu einer Mitwirkung in verschiedenen Entwicklungsprogrammen und -projekten bewegt und dabei unterstützt werden.

Die Autoren zeigen mit diesem Buch im einführenden Teil (90 S.) die wichtigsten Linien und Konflikte der immer noch neuen Thematik, die langsam bei Entwicklungshilfeorganisationen immer mehr Beachtung bekommt als einzelne „Projekt"förderung. In dieser Hinsicht ist dieses Buch sehr nützlich. Leider kommen die politischen Konflikte, welche administrativen und planerisch-rationalen Reformen entgegen stehen entschieden zu kurz. Diese technokratische Haltung taucht auch in den knappen Städtereports auf, welche viel zu kurz und oberflächlich zusammengestellt einen Überblick auf Steuerpolitik, metropolitane Einnahmen /Ausgaben legen und wenig Aufklärung über Erfolge /Mißerfolge oder gegenwärtige Entwicklungsprogramme bieten, oder gar politische Hintergründe aufzeigen.

Als Fallbeispiele werden behandelt: Bangkok, Bombay, Calcutta, Colombo, Jakarta, Karachi, Madras u. Manila, also mit Ausnahme Colombos alles Städte mit Weltbankprojekten. Schade ist, daß bei der Auswahl der Städte nicht größere Unterschiede von Stadtsystemen eine Rolle spielten. Man wünscht mehr zu hören über Singapore, Shanghai, Rangoon, Taipeh oder Teheran, um mit diesem Buch einen umfassenderen Überblick asiatischer (Entwicklungs-)Metropolen zu erhalten.

Florian Steinberg

Wohnungsbau und Stadtentwicklung

W. Prins, M. van der Laan, Housing and Urban Development in Egypt, India and Senegal. Towards a research programme. LIDESCO/R-78/4, V, 90 S. Leiden Institute of Development Studies and Consultancy Services, Leiden 1987. Erhältlich von: DSWO, Middelstegracht 4, NL-2312 TW LEIDEN.

Mit dem Ziel einer längerfristigen Forschungskooperation zwischen niederländischen Wissenschaftlern und Institutionen in Entwicklungsländern wurde in Ägypten, Indien und dem Senegal eine Vor-Forschung durchgeführt und dort Forschungsdefizite im Habitat Bereich identifiziert. Der vorliegende Bericht enthält in knapper Form das theoretische Grundgerüst zur Untersuchung, Ergebnisse für jedes der drei Länder (und einen vierseitigen Anhang zu Thailand zusätzlich), eine vergleichende Evaluierung, und abschließend Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.

Erfreulich ist an der Broschüre der unprätentiöse Schreibstil, der das Wesentliche in kurzer Form vermittelt. Interessant ist auch die für die Länderforschung angewandte Matrix mit Instrumenten der Wohnungsversorgung (Land/Finanzierung/Materialien und Technologie/Arbeitskraft/Planung/Organisation/Forschung) einerseits, und Akteuren (Staat/Privat etc.) andererseits. Dieses analytische Werkzeug hat sich zwar bereits seit über zehn Jahren zur Darstellung von Versorgungsmustern im Habitat Bereich bewährt, neu ist jedoch seine Anwendung für die Bestimmung von Versorgungsengpässen.

Die aus der Untersuchung resultierenden Empfehlungen sind zwar einleuchtend, aber nicht besonders originell: die Förderung von Dritte-Welt Forschungsprojekten im Habitat Bereich müssen deutlich verstärkt werden. Außer den eigentlichen Forschungsgeldern, die die knappen universitären Eigenmittel ergänzen müssen, sollte eine unabhängige Institution geschaffen und finanziert werden, die künftig die Forschungszusammenarbeit zwischen den Niederlanden und den Entwicklungsländern koordiniert, und die dafür infragekommenden Wissenschaftler zusammenführt.

Kosta Mathéy

Raj, M., Employment, Income and Housing, New Delhi 1987 (EssEss Publications, 4837/24 Ansari Rd., New Delhi-110002; 75 Rs.), 129 S.

Der Autor, ein Ökonom der Housing and Urban Development Corporation — einer Art Bank für Wohnungsbauprojekte und einer der wichtigsten indischen Innovatoren auf dem Wohnungssektor — behandelt das Thema der Wohnungsversorgung in Verbindung mit Beschäftigung und einkommensschaffenden Maßnahmen.

Das ist ein unkonventioneller Ansatz, da es bisher nur selten „integrierte" Projekte von Gewerbeförderung und Wohnungsbau (oder vice versa) gibt.

Mulkh Raj hat vier solcher Projekterfahrungen aus Indien ausgewählt und beschreibt diese Projekte, ihre Perspektiven und Schwierigkeiten. Bei den vier Beispielen handelt es sich um

a) ein Projekt für die „Ärmsten der Armen" in einem Dorf in Gujarat,
b) das berühmte Habitat Hyderbad Programm des Urban Community Development,
c) die Neu-Stadtentwicklungsplanung von New Bombay mit Akzent auf Industrie- und Handelspromotion,
d) ein Wohnungs- und Gewerbeförderungsprojekt für Seidenraupenzüchter in Mysore.

Diesen Projekten gemeinsam ist ihre Orientierung auf institutionelle Stärkung, der integrierte Ansatz, die Betroffenenpartizipation, die Formierung eines Projektteams, die Förderung des informellen Sektors, die Umorientierung in der Ausbildung von Projektpersonal und der Ansatz einer zeitlich nicht limitierten Projektbetreuung. Alle diese Aspekte sind uns aus der Diskussion der letzten Jahre bekannt und Mulkh Raj diskutiert ihre Bedeutung in der Projektimplementierung, weist auf die Vorzüge eines NRO (= NichtRegierungsOrganisation)-geleiteten Projektmanagements, auf die wichtigen Elemente des Partizipationsprozesses und die Schwierigkeiten des kontinuierlichen Dialogs zwischen Projektbegünstigten und

Projektteam hin. Zu den ersten Lehren dieses Projektansatzes gehört es auch, daß partizipative Projekte höhere „overhead"-Kosten haben, aber dafür bessere Resultate zeigen.
Wenn auch die Verschiedenartigkeit der beschriebenen Fälle einen Vergleich nicht gerade leicht macht, ist mit diesem knapp gehaltenen Buch ein wichtiger Anfang gemacht in der Evaluierung von integrierten Projekten, deren einkommenschaffende Komponenten noch wichtiger sind als die Wohnungsversorgung selbst.
Florian Steinberg

Riofrio, Gustavo: Habilitación urbana con participatión popular — Tres casos en Lima, Peru; SP 189, 250 Seiten, ISBN 3-88085-325-8, Eschborn 1986.
A.C. Lewin (ed): Mejoramiento urbano integrado — El Caliche, Sto Domingo, SP 179, 436 Seiten, ISBN 3-88085-309-6, Eschborn 1986.
Santana Pedro: Mejoramiento barrial — Moravia, Medellin, Colombia. SP 190, 289 Seiten, ISBN 3-88085-326-6, Eschborn 1986.
Alle drei Bände erhältlich von GTZ, Stabstelle 02, Postfach 5180, 6236 ESCHBORN 1.
Im Rahmen der Strategie-Revision zu Wohn- und Umweltmaßnahmen für untere Einkommensgruppen hat die GTZ eine Evaluierung verschiedener wegweisender Erfahrungen auf diesem Gebiet in Lateinamerika durchgeführt. In diesem Kontext entstanden die drei hier aufgeführten Fallstudien in Zusammenarbeit mit den lokalen Partnerinstitutionen der GTZ.
Gustavo Riofrio beschreibt und vergleicht drei „Barrios Jovenes" in Peru (Villa es Salvador gegr. 1971, Huáscar 1976 und Huaycán, 1984), die u.a. dadurch bemerkenswert sind, daß sie im Gegensatz zu den üblichen spontanen Landbesetzungen die volle Unterstützung der Stadtverwaltung und Regierung genossen, andererseits aber nicht den festen Normen und finanziellen Selektionskriterien konventioneller Low-Income Projekte unterworfen waren. Obwohl in allen drei Fällen der politische Druck der Bewohner die Grundlage für das Entgegenkommen der Behörde war, und so eine gewisse Überstürzung bei Planung und Grundsteinlegung der Siedlungen mit sich brachte, kann der beschriebene Entwicklungsprozess als positives Beispiel für selbstbewußte Partizipation der Bevölkerung in der Stadtentwicklung betrachtet werden. In konventionellen Projekten, wie Sites-and-Services oder Upgrading-Programmen, ist dies nicht in einem solchen Ausmaß möglich. Der Autor bestätigt die hypothetische Wiederholbarkeit der gemachten Erfahrungen, weist aber auch darauf hin, daß in keinem der drei Fälle direkte Spin-off Effekte auf andere Nachbarschaften zu beobachten waren. Im übrigen zweifelt er an, daß eine Wiederholung des Modells als „Patentrezept" gegen die galoppierende Wohnungsnot in Peru und anderen Ländern Lateinamerikas wünschenswert sei. Nach seiner Meinung sind konventionelle Programme für die betroffene Bevölkerung unter dem Strich ökonomischer, und bei geänderten Rahmenbedingungen würden auch identische Maßnahmen ganz andere Ergebnisse mit sich bringen.
Das Stadtviertel LA MORAVIA, das von Pedro Santana untersucht wurde, liegt im Stadtkern von Medellin auf dem Gebiet einer früheren Müllhalde. 1983 wurde das Sanierungsprojekt begonnen, das die Elemente Straßenbau, technische und soziale Infrastruktur, Übereignung des Grund und Bodens an die Bewohner, und Kleinkredite zur Renovierung von Häusern enthält. Etwa 10% der Bewohner werden in Gebiete außerhalb der Siedlung — z.T. in Sites-and-Service Projekten — umgesetzt. Die Kosten werden durch eine extrem hohe städtische Subvention in Höhe von über drei Jahresgehältern pro Familie gedeckt, wobei sich die Bewohner durch eine bestimmte Anzahl an Arbeitsstunden zur Abdeckung des nominellen Bodenwertes beteiligen sollen. Dieser Eigenbeitrag wird abgerechnet in „Arbeitscoupons", die schnell den Charakter einer Parallelwährung innerhalb der Nachbarschaft angenommen haben.
Nach Meinung des Autors kann und sollte auch dieses Projekt nicht als Modell für künftige Sanierungen an anderen Orten gelten. Kritisiert wird unter anderem, daß sich die erwartete Partizipation nur auf die Ausführungsphase beschränkte, und eine Mitsprache bei Planung und Kalkulation fehlte. Interessenskonflikte innerhalb der Bevölkerung konnten nicht beigelegt werden, und resultierten in mehreren bislang nicht aufgeklärten Morden. Der hilfreiche Umstand, daß sich das Gebiet auf öffentlichem Boden befand, und unter der Protektion des Bürgermeisters begann, ist untypisch, und kann für andere Barrios nicht vorausgesetzt werden. Die unvermeidlichen Bodenwertsteigerungen lassen eine ökonomische Verdrängung der jetzt ansässigen Bevölkerung absehen, auch wenn bisher erst wenige Grundstücke den Besitzer gewechselt haben. Diese Gefahr wäre umso größer, wenn eine volle „cost recovery" seitens der Behörden versucht würde, weil die Zielgruppe mangels Einkommen zu den damit verbundenen Abgaben nicht fähig sein wird.
Der von A.C. Lewin zusammengestellte Bericht über Santo Domingo unterscheidet sich in mehrerlei Art von den beiden vorangehenden. Als Leitfaden für anstehende Folgeprojekte konzipiert, werden die einzelnen Schritte der integrierten Sanierung von El Caliche beschrieben, und über die Hälfte des Buches, die sog. „didaktischen Materialien", enthalten Kopien von Fragebögen, Formularen, Musterabrechnungen, Organogrammen und Flußdiagrammen. Eine gesellschaftspolitische Interpretation und kritische Evaluierung des Projektes war sicher nicht beabsichtigt, doch besonders in dem kurzen Abschnitt „Perspektiven" finden sich auch Hinweise auf Schwierigkeiten des Modells: z.B. wird der finanzielle Nutzen der Selbsthilfe als sehr gering eingestuft, obgleich die integrierte Sanierung zuvor als billigste Variante von Wohnungsprojekten vorgestellt wird (S. 203). Es wird ferner festgestellt, daß eine 100% Kostendeckung (cost recovery) des Projektes nicht zu erwarten ist, daß der ursprünglich angesetzte Terminplan unrealistisch war, und daß eine eigenverantwortliche Partizipation der Bevölkerung einen wesentlich längeren Zeitaufwand benötigt als die inzwischen verlängerte Projektanlaufzeit.
Mit der Herausgabe dieser Buch-Reihe hat die GTZ einen Weg beschritten, der sich in erfreulicher Weise von der für offizielle Publikationen üblichen Form von propagandistisch abgefaßten Glanzpapier-Selbstdarstellungen abhebt. Mit dem Caliche-Buch werden zudem zahlreiche Detailinformationen publiziert, die eine spätere Analyse der Erfahrungen durch Dritte leichter macht, während sich die beiden anderen Bücher von der rein technisch-administrativen Ebene abheben, und auch über die gesellschaftlichen Hintergründe der beschriebenen Prozesse reflektieren, wie man es sonst nur in akademischen Arbeiten erwartet (und auch dort nicht immer findet).
Kosta Mathéy

Reinhard Goethert (Ed), Kalingalinga — Community on the move. 31 Seiten. ISBN 3-88085-258-8, GTZ Eschborn 1987.
Mit zahlreichen Fotos versehen stellt diese Broschüre die wichtigsten Projektelemente des bekannten Upgrading-Projektes vor. Obwohl in dem angefügten Epilog auch solche Aspekte genannt werden, wo es die größten Schwierigkeiten in der Durchführung gab, lautet das Fazit: „We need more of these projects!-"
Kosta Mathéy

Van der Linden, J., The Sites and Services Approach Reviewed, (Gower in cooperation with IHS), Hants 1986, 178 S., ISBN 0 566 05308 X
Das Buch will Übersicht und Einschätzung des „sites and services"-Ansatzes geben, dem Autor geht es besonders um praktische und theoretische Fragen, die in diesem Zusammenhang immer wieder die Diskussion beherrschen.
So gibt Van der Linden einen allgemeinen Überblick von den Projekterfahrungen, vergleicht ihre unterschiedlichen Ziele, die Rolle des Staates, die Projektadministration, die diversen Standards, Probleme von Boden und Standort, der „affordability" und Kostendeckung. Es wird versucht darzustellen, warum die Weltbank mit ihrer Befürwortung solcher Projekte so wenig direkt erreicht hat, warum der Schritt von den Projekten der Pilot Phase zur Etablierung modifizierter nationaler Wohnungsbaupolitik meist nicht gemacht wird. Für den Autor ist die Zeit der Pilotprojekte vorbei, und es geht um die Lektionen der ersten Generation von „sites and services"-Projekten. Engpässe beim Projektmanagement, der Standarddefinition und der Bodenpolitik werden vom Autor identifiziert.
In theoretischer Hinsicht beschränkt sich der Autor auf eine kurze Darstellung der wenig divergierenden Positionen J. Turner's und der Weltbank, während die (neo-)marxistische Diskussion nur gestreift wird, da der Autor sie als recht irrelevant erachtet.
Abschließend weist van der Linden auf die starke Ambivalenz der „sites and services"-Konzeption und Praxis, und ihrer zahlreichen Auswirkungen hin. Er rät dem Leser zur Vorsicht, und warnt besonders vor Projekten, die voll in der Hand und Kontrolle von Staat, Bureaukratie und Politikern liegen. Auf der anderen Seite ist gerade die Art, wie bestimmte Politiken umgesetzt werden, für ihn wesentlich.
Florian Steinberg

R. Ziss, G. Aristizabal, M. Jáquez, A.C. Lewin, R. Locward, O. Mendez, G. Riofrio, A. Sachez, P. Santana: Politica y gestión del mejoramiento urbano en América Latina; GTZ Sonderpublikation No 200, 127 Seiten, ISBN 3-88085-346-0, Eschborn 1987.
Grundlage und Anlaß dieser Broschüre war ein Seminar über Stadterneuerung, das unter Mitwirkung der GTZ im Januar 1987 in Quito stattfand, und das von den Vertretern verschiedener Wohnungsbaugesellschaften aus 11 lateinamerikanischen Ländern besucht wurde. Dabei war es die Absicht der Autoren, die verschiedenen Beiträge und Diskussionen während dieser Veranstaltung kritisch zu evaluieren.
Im Ergebnis ist es gelungen, alle wichtigen Aspekte zum Thema in anschaulicher Weise zu ordnen und zu vermitteln. Obwohl die organisatorischen und administrativen Aspekte relativ viel Raum einnehmen, wird auch der politische Anspruch von Bewohnergruppen unterstützt, sich ggf. entgegen den Vorstellungen der Bürokraten Gehör zu verschaffen, und die Belange ihrer Nachbarschaft zu verteidigen.
Eher formal wäre zu kritisieren, daß leider versäumt wurde, den mit der Schreibmaschine geschriebenen Bericht noch einmal typographisch zu überarbeiten, was die Rezeption des Textes für den Leser unnötig erschwert. Auch ist die Literaturliste, die außer einem (überteuerten) Buch von Alan Gilbert nur GTZ- und Weltbank-Titel enthält, nach meinem Geschmack etwas einseitig; gerade von lateinamerikanischen Autoren gibt es zu dem Thema eine sehr umfangreiche, und anregende Literatur, die auch für die Zielgruppe der Seminarteilnehmer und Betroffenen relativ leicht zugänglich sein dürfte. Besonders positiv ist abschließend hervorzuheben, daß es einer ungewöhnlich hohen Anzahl von Autoren gelungen ist, gemeinsam eine Arbeit zusammenzustellen, die sich liest wie aus einem Guß; und daß statt einer üblichen, zusammenhanglosen Folge von Ansprachen, Protokollen, Selbstdarstellungen und Tagesordnungskopien ein inhaltlich kohärenter Report als Form für die Dokumentation der Veranstaltung gewählt wurde.
Kosta Mathéy

Freisitzer, K., Koch, R., Uhl, O., Mitbestimmung im Wohnbau, Ein Handbuch, Wien 1987 (Picus Verlag), 303 S. ISBN 3-85453-104-9.
Reden über Mitbestimmung ist eine Sache, sie zu praktizieren eine andere.
Dieses Buch dokumentiert 140 österreichische Wohnbauprojekte, welche seit 1968 in Kleinsiedlungen, Großwohnanlagen und bei der Altbaumodernisierung realisiert wurden.
Das Buch beabsichtigt nicht nur die österreichische Vorreiterrolle auf dem Sektor des partizipatorischen Bauens aufzuzeigen, sondern auch die Probleme, Herausforderungen und „Spielregeln". Günstige sozialpolitische Rahmenbedingungen und das engagierte Handeln von Bewohnerinitiativen und Architekten hat die beachtliche Vielfalt der Projekte möglich gemacht.
Angelegt als Handbuch kann es Bewohnern, Architekten und Bauträgern dienen durch
- eine übersichtliche, gute Darstellung durch 40 Projektreportagen und 100 Projektkurzbeschreibungen,
- durch einen geschichtlichen Überblick zu partizipatorischem Bauen in Österreich,
- durch eine Liste/Beschreibung von 17 Schritten (und vielen Tips) für den partizipatorischen Prozeß,
- durch Adressen von Wohnbauförderungsstellen, und
- ein Lexikon zur Erklärung der wichtigsten Fachbegriffe.

In seiner übersichtlichen Aufmachung ist das Buch eine einzigartige Quelle an relevanten Beispielen und Anregungen.
Bislang gibt es für die Bundesrepublik keine vergleichbare Studie. Im Kontext des Wohnungsbaus der „3. Welt" fehlt es bislang auch an entsprechenden systematischen Handbüchern, die Leitfaden für neue Partizipationsprojekte sein könnten. Ein Buch wie dieses kann auch für solch eine auf die „3. Welt" bezogene zukünftige Arbeit wichtige Anleitungen geben.
Florian Steinberg

Traditionelle Architektur

Werner Daum, Jemen: 3000 Jahre Kunst und Kultur. 492 Seiten, 542 Abb., ISBN 3-7016-2215-6, Umschau Verlag Breidenstein, Frankfurt.
Das vorliegende Werk entstand anläßlich der 1987 im staatlichen Museum für Völkerkunde in München gezeigten Ausstellung über den Jemen, und erhält außer den über 500 (zur Hälfte farbigen) Abbildungen Beiträge von 41 Autoren über fast alle Aspekte jemenitischer Kultur. Ein besonderes Gewicht wird dabei der Aufdeckung der historischen Grundlagen zugemessen, wobei u.a. sichtbar wird, wie die bekannten dekorativen Turmhäuser langsam aus einer weniger geschmückten Festungsarchitektur entstanden, und daß daneben selbstverständlich auch andere Bautraditionen, insbesondere für das einfache Volk, existieren.
Unter den nicht-archäologischen Beiträgen sind insbesondere die interessanten Kapitel über Ökonomie, Landwirtschaft und die Stellung der Frau hervorzuheben, und auf die politischen Unterschiede der beiden Jemen wird in den letzten Seiten des Buches noch eingegangen. Über diese schon in der Kolonialzeit begründete Zweiteilung hinaus werden in der Publikation weitere stammesmäßige Differenzierungen leider nicht genug erklärt, und bei manchen der prächtigen Fotos (insbesondere solche, die die Architektur darstellen) erscheint die gewählte Verteilung auf die themenbezogenen Kapitel etwas willkürlich. Dennoch ist die Publikation als Gesamtwerk in hohem Maße faszinierend, und gemessen an Umfang und Aufmachung preiswert (was den Druckkostenzuschüssen des BMZ und der Dresdener Bank zu verdanken ist). *Kosta Mathéy*

Fischer, K., Jansen, M., Pieper, J., Architektur des indischen Subkontinents, Darmstadt 1987, 264 S. (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).
Dieser prächtig gestaltete Band vereint die jahrelangen Forschungsarbeiten von Klaus Fischer, Michael Jansen und Jan Pieper zur vorkolonialen Baukultur Indiens. K. Fischer als einer der wichtigsten Lehrer der orientalischen und islamischen Archäologie und Kunstgeschichte hatte über lange Zeit die Arbeiten der beiden Schüler betreut. Hier erscheint ihr gemeinsames Resumee, welches ausschließlich die frühgeschichtlichen und die vorkolonialen Bau- und Stadtbautypen behandelt. (Der Titel des Buches sollte nicht irre führen: es geht allein um „Indien" oder vielmehr um die klassische indische Baukultur.)
Zu den Grundlagen der indischen Baukultur gehört ein spezifischer Umgang mit Raum, Architektur, Stadt und Landschaft, basierend auf der Mythologie dieses Subkontinentes und seiner Religionen. Entsprechend werden auch aus dem indischen Weltbild, aus der Sicht von Universum und weltlichem Gefüge die Ansichten der Bauherren und Baumeister erklärt, werden Symbole und Archetypen vorgestellt, die eine eigene geistige, mythologische und materielle Welt beschreiben. Indien, der Schmelztiegel von Hindu-, buddhistischer, jinistischer und islamischer Kultur hat dazu noch eine außergewöhnliche Vielfalt an kulturellen Ausdrucksformen zu bieten, und alle diese kulturellen „Segmente" der indischen Gesellschaft haben ihre Entsprechung in Raum und Bauten gefunden, in einer völlig anderen Weise als in den säkularisierten Gesellschaften des Westens.
Die Darstellung der handwerklichen, technischen und künstlerischen Mittel der indischen Bauweisen und ein chronologisch-geographischer Überblick von der Frühgeschichte der Industalkultur (Harappa) bis zur Verschmelzung „indischer" und islamischer Bauweisen (im 17.-19. Jhdt.) runden dieses exzellente Buch ab.
Das Buch konzentriert sich überwiegend auf die Tempel und Palastbauten der verschiedenen Königreiche der zahlreichen Herrschaftsperioden des Subkontinentes. Die Geschichte der Wohnhausarchitektur im Zusammenhang dieser Entwicklung, als Teil der Baukultur und differenziert durch Kasten- und Klassenhierarchien dieses von so heftigen Gegensätzen geprägten Subkontinentes steht jedoch noch aus. Florian Steinberg

Powell;r. (ed.), Regionalism in Architecture, Exploring Architecture in Islamic Cultures 2, The Aga Khan Award for Architecture, Singapore 1987, 202 S. (Bezug: Concept Media Pte Ltd, 1 Grange Rd. No. 5-1 /12, Orchard Bldg., Singapore 0923)
Nach einem zweiten Seminar zum Thema Regionalismus in der Architektur (Dez. 1985 in Dhaka, Bangladesh) wurde dieses Buch als Dokumentation der Vorträge und Diskussionen über die regionalistische Architektur in Bangladesh und angrenzenden südasiatischen Ländern (v.a. Indien und Nepal) veröffentlicht. Eine Vielzahl von bangladeshischen, indischen und nepalesischen Architekten erläutern und kommentieren ihr Verständnis von Regionalismus, erklären es im Zusammenhang von städtischer und dörflicher Architektur, ziehen Lehren aus dem traditionell gebauten Ensemble. Ihre wichtigsten Fragen sind:
— Gibt es überhaupt ein eigenes asiatisches Architekturverständnis?
— Gibt es islamische Architektur?
— Wie soll die Rolle des Architekten aussehen?
Diese Fragen sind natürlich nicht nur für islamische Länder interessant, sondern für alle Fälle einer Rückbesinnung auf traditionelle, regionalistische Architektur relevant. Resultat dieses Auseinandersetzung mit der eigenen Tradition kann ein „konservativer" oder ein „interpretierender", modernisierender Regionalismus des architektonischen Ausdrucks sein.
Die Seminare des Aga Khan Award haben seit Jahren eine wichtige Funktion bei der Verbreitung dieser Ideen und Erfahrungen.
Wie immer ein gutes Buch zum Thema, das besonders durch seinen „Werkstattcharakter" sich spannend liest. Dokumentation der Diskussion anstelle von fertigen Meinungen. *Florian Steinberg*

Architektur und Planung

Besim Selim Hakim, Arabic-Islamic Cities, Building and Planning Principles, 192 Seiten, ISBN 0-7103-0094-8, KPI, distributed by Routhledge Kegan Paul, London, 1986. Gebunden 45 Pfund St.
Der Autor präsentiert in diesem Werk die Ergebnisse seiner Forschung über die islamische Stadt, mit der er sich seit 1973 beschäftigt. Die grundlegenden Elemente der Arbeit sind eine Aufarbeitung der Bauregeln, wie sie sich aus dem Koran und anderen heiligen Schriften des Islam ableiten lassen, und eine Untersuchung des eigentlichen Bauprozesses — bzw. der konkret daraus entstehenden Bauform — am Beispiel der Kasbah von Tunis. Im Unterschied zu den meisten anderen Publikationen zu diesem Themenfeld betont der Autor die religiösen Grundlagen der Architektur für Nordafrika, die seiner Ansicht nach einen wesentlich nachhaltigeren Einfluß auf die Stadtstruktur hatten, als beispielsweise die klimatischen Voraussetzungen. Als eine der wichtigsten Grundprinzipien des islamischen Baurechts benennt er dabei die verbindliche Formulierung von Raumfunktionen, im Gegensatz zu den im europäischen Raum anzutreffenden durch Zahlen festgeschriebenen prescriptiven Standards, was gleichzeitig Begründung ist für die reichen Raumbeziehungen traditioneller islamischer Siedlungen. Eine Umsetzung dieses Prinzips in der gegenwärtigen Architektur (-theorie) sieht er am stärksten in der „Pattern Language von Christopher Alexander" verwirklicht. Wahrscheinlich durch seine Tätigkeit als Architekturlehrer an verschiedenen Universitäten bedingt, ist es dem Autor gelungen, seine Erkenntnisse in einer Form aufzuarbeiten, die auch heutzutage für eine kulturell verantwortungsvolle Planung im nordafrikanischen Raum als praktisch einzusetzende Fibel dienen kann, wozu u.a. der gut gegliederte Aufbau, die zahlreichen Skizzen, das ausführliche Fachlexikon, und eine Auflistung der relevanten Textpassagen aus den heiligen Schriften beitragen. *Kosta Mathéy*

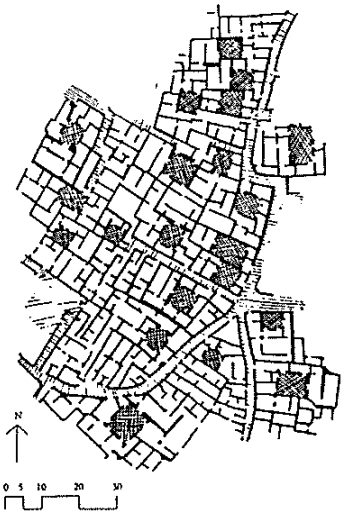


Figure 25 Cluster of courtyard houses, Ur, 2000 BC (after Woolley, 1931)

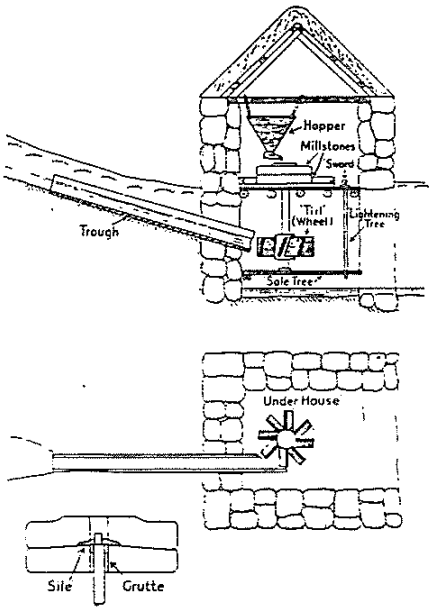
Roberto Segre, Fernando Kusnetzoff (Eds.), Latin America in its Architecture, 216 Seiten, ISBN 0-8419-0532-0, New York NY: Holmes & Meier, 1981.
Die unter der Schirmherrschaft der UNESCO entstandene Aufsatzsammlung erschien zuerst 1975 in Spanisch (Siglo XXI, Mexico). Bei der hier vorliegenden englischen Ausgabe handelt es sich allerdings nicht nur um eine Übersetzung, sondern gleichzeitig um eine Auslese und Aktualisierung. Von den 13 Beiträgen der ursprünglichen Ausgabe wurden nur 6 übernommen, dafür aber drei neue Texte hinzugefügt, wobei hauptsächlich städtebauliche Themen (z.B. von Jorge Hardoy) gestrichen, und aktuelle gesellschaftspolitisch reflektierende Arbeiten neu aufgenommen wurden.
Unter den „neuen Texten" ist neben dem Aufsatz von Darcy Ribeiro mit dem Titel 'Civilization and Creativity' Segre's Beitrag 'The Territorial and Urban Conditioning of Latin American Architecture' hervorzuheben, der sich kritisch mit der Ignoranz moderner Architekturströmungen gegenüber den aktuellen Problemen von Urbanisierung und Wohnungsnot in der Dritten Welt auseinandersetzt. Die übrigen Autoren sind: Graziano Gasparini ('The Present Significance of the Architecture of the Past'), Max Cetto ('External Influences and the Significance of Tradition'), R. Vargas und R. López ('The Current Crisis in Latin American Architecture'), Gui Bonsiepe ('Industrial Design'), Emilio Escobar ('Technology') und noch einmal Roberto Segre ('Communication and Social Participation').
Es steht zu hoffen, daß mit der englischen Ausgabe dieses Standardwerkes die lateinamerikanische Architekturdiskussion endlich auch in Europa zur Kenntnis genommen wird, sozusagen als Kontrapunkt zur Nabelschau des postmodernen Formalismus. (Das Buch hat keine einzige Abbildung — welcher europäische Architekturautor würde sich das heute trauen?) *Kosta Mathéy*

Technologie

Bruce A. Bolt, Erdbeben — Eine Einführung, Übersetzung aus dem Amerikanischen von R. Gutdeutsch. 236 Seiten, ISBN 3-540-12753-4, Springer Verlag Berlin-Heidelberg.
Bauplanung in Entwicklungsländern muß sich, je nach Region, intensiver mit der Gefahr von Erdbeben befassen als das vielleicht in Europa nötig ist, und die einfachsten Vorsichtsmaßnahmen werden in allen „Tropenbau"-Fibeln wiederholt. Weiterführende Lite-

ratur ist, besonders wenn sie deutschsprachig sein soll, so gut wie nicht verfügbar. Gerade auch durch ein besseres Verstehen von Ursachen und Ausbreitungsformen der Beben, von typischen Risikostandorten und Verhaltensregeln kann das mit der Erdbebengefahr verbundene Risiko besser eingeschätzt werden, und entsprechend können Bauherren und Nutzer beraten werden. Eine besondere Qualität des vorliegenden Buches besteht in seiner allgemeinverständlichen Sprache, und dem Verzicht auf mathematische Formeln, die ohne Kenntnis der vor Ort gültigen Ausgangswerte ohnehin nicht weiterhelfen. Die beeindruckenden Fotos von zerstörten Gebäuden, zusammen mit den entsprechenden Fallstudien, geben gutes Unterrichtsmaterial für Architekturstudenten ab. *Kosta Mathéy*

Ken Darrow, Mike Saxenian: Appropriate Technology Sourcebook. A guide to practical books for village and small community technology. 785 Seiten, Volunteers in Asia, P.O. Box. 4543, Standford, Ca. 94305, USA; 1986, US$ 17.95 plus US$ 3,00 Porto. Für Nutzergruppen in E.L.
Diese als Standardwerk bekannte Bibliographie zum Thema der Angepaßten Technologien für Entwicklungsländer erschien zuerst 1976, und wurde seitdem mehrfach neu aufgelegt und durch Ergänzungsbände aktualisiert. Jetzt ist eine stark überarbeitete Neuausgabe in einem Band erschienen, die auch die jüngeren Publikationen auf dem Gebiet einschließt. Alle Titel werden ausführlich beschrieben, zusätzlich wurden auch viele Original-Illustrationen abgedruckt, so daß sich die Lektüre sowohl zum Nachschlagen wie zum Schmökern vorzüglich eignet.
Auf eine gute theoretische Einleitung folgen 35 themenbezogene Kapitel, unter denen allein der Hausbau 35 Seiten beansprucht. Aber auch viele der anderen Abschnitte enthalten für TRIALOG-Leser relevante Hinweise, z.B. im Bereich der Wasserver- und Entsorgung, Öfen, Sonnenenergie, Kleinindustrie etc. *Kosta Mathéy*



Vertical-axis stone watermill

Standards and Specifications for Local Building Materials. Report of the ARSO/CSC/UNCHS Workshop, Nairobi March 1987. 46 Seiten, ISBN 0-946688-79-6, Intermediate Technology Publications, 9 King Street, LONDON WC 2, 1987, 7.95 Pfund St.
Eines der größten Handicaps für die Durchsetzung angepaßter und inländischer Baumaterialien in der Dritten Welt ist das Fehlen von Normen, entsprechend denen ihre Benutzung offiziell genehmigungsfähig wäre. Seit 1985 arbeitete eine internationale Kommission an der Etablierung derartiger Normen. Das vorliegende Heft berichtet über die Ergebnisse der Sitzung dieses Ausschusses im März 1987, wobei die Aufmerksamkeit folgenden Materialien galt: gebrannte und ungebrannte Lehm-Ziegeln und Blöcke, Kalk, Pozzolanas und Fiber-Zement Dachelemente. Die Diskussionen der fünf Sitzungstage werden jeweils auf durchschnittlich 2 Seiten zusammengefaßt, und stellen in dieser Form eine gute Einführung für Politiker dar, die mit dem Thema noch nicht sehr vertraut sind. Für den Fachmann bietet die Publikation jedoch kaum neue, und noch weniger konkrete Informationen, die im übrigen in keinem Verhältnis zu dem stolzen Verkaufspreis der schreibmaschinengeschriebenen und nicht illustrierten Broschüre stehen. *Kosta Mathéy*

AT-SOURCE. Aquarterly for Development. Vierteljahreszeitschrift in englisch und französisch. ISBN 0920-7996. Postadresse: P.O.Box 41, NL-6700 AA Wageningen.
Gemeinsam von AGROMISA, ATOL und TOOL wird diese AT-Zeitschrift, die nun schon 15 Jahre existiert, herausgegeben. Der Inhalt wird von kurzen Beschreibungen praktischer AT-Lösungen bestimmt, und wendet sich in der Hauptsache an Praktiker in Entwicklungsländern. *Kosta Mathéy*

Bibliographien, Nachschlagewerke

Low Cost Housing in Entwicklungsländern. IRB Literaturauslese 241, 130 Einträge, 115 Seiten, ISBN 3-8167-0146-9, 1984. DM 18,-- (wird aufgelöst in zwei Bände: Afrika, Asien)
Wohnungsbau in Afrika. IRB Literaturauslese 265, 191 Einträge, 159 Seiten, ISBN 3-8167-0170-1, 1984. DM 27,-- (wird aufgelöst in 4 Bände: Halbformeller Wohnungsbau, Low cost Housing, Siedlungsplanung, Stadtplanung)
Bambus als Baustoff. IRB Literaturauslese 877, 65 Einträge, 66 Seiten, ISBN 3-8167-0793-9, 1986 (Redaktionsschluß 10.85), DM 18,--.
Regionales Bauen im Ausland. IRB Literaturauslese 1013, 138 Einträge, 113 Seiten, ISBN 3-8167-0930-3, 1986. DM 27,--
Alle Bände sind erhältlich vom Informationszentrum Raum und Bau der Fraunhofer-Gesellschaft, Nobelstraße 12, D-7000 Stuttgart 80.
Die IRB Literaturauslesen listen alle Einträge der Datenbank RAUM UND BAU zu einem bestimmten Schlagwort mit den üblichen bibliographischen Angaben auf. Ein großer Teil der aufgeführten Titel wird zusätzlich durch ein „Abstract" näher beschrieben; schließlich befinden sich (leider ohne abgedruckten Schlüssel) Verweise zu Bibliotheken und Standort der Publikation in derselben, wo das betreffende Werk zu finden ist. Die Benutzung jeder Literaturauslese wird durch Orts-, Autoren- und Sachregister weiter erleichtert.
Da sowohl komplette Bücher, wie auch Zeitschriftenartikel und graue Literatur erfaßt werden, enthalten die Literaturauslesen wesentlich mehr Informationen als ein normaler Bibliothekskatalog, und stellen ein hilfreiches Hilfsmittel in wissenschaftlichen wie planerischen Arbeit dar. Längerfristig sollten sich die Herausgeber allerdings überlegen, ob die Auslesen nicht billiger und aktueller (auch?) auf Diskette nach Bedarf zusammengestellt vertrieben werden könnten (wie es z.T. gewerbliche Verlage für Bibliographien bereits praktizieren, z.B. Express in Berlin), und wie der Begriff „Auslese" auch auf qualitative Aspekte der Literatur ausgeweitet werden könnte. *Kosta Mathéy*

Dieter Nohlen (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 6: Dritte Welt. 753 Seiten, ISBN 3-492-02646-X, Piper Verlag München, 1987, DM 86,--.
Im Vorwort als „Wörterbuch der Dritten Welt" vorgestellt, erscheinen nur 70 Stichwort-Einträge auf rund 700 Seiten zunächst überraschend. Der gezielte Zugang zu Detailinformationen erfolgt bei diesem Werk jedoch besser über das 57-seitige Index (mit Verweisen auch auf die übrigen 5 Bände der Reihe). Das hat den Vorteil, daß auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge im Rahmen von mehrseitigen Aufsätzen sehr viel gründlicher eingegangen werden kann als bei zahllosen isolierten Kurzeinträgen, wobei natürlich gewisse Wiederholungen (z.B. in den Abschnitten „Revolutionen" und „Sozialismus") nicht zu vermeiden sind. Die Auswahl der aufgenommenen Stichworte räumt den Verdacht der Willkürlichkeit nicht ganz aus, so bemerken auch die Herausgeber: „Das Kompendium macht zudem deutlich, wo die Lücken und Forschungsdesiderate in bezug auf Dritte Welt hierzulande liegen". Ein solches Defizit wird nicht zuletzt mit Roland Sturms (Heidelberg) Beitrag deutlich, der sich liest, als wäre er vor zehn Jahren geschrieben worden. Die meisten der anderen Aufsätze sind jedoch ausgesprochen aktuell, und von bekannten Experten zu den jeweiligen Themen verfaßt. Im Großen und Ganzen ist das Buch ein nützliches Werkzeug zu empfehlen für alle, die einen Überblick über die wichtigsten Fragen zur Dritten-Welt Thematik suchen. *Kosta Mathéy*

TAICH Directory: U.S. Nonprofit Organizations in Development Assistance Abroad. 584 Seiten, ISBN 0-932140-02-5, New York 1983. Vertrieb durch UNI-PUB/Kraus, One Water Street, White Plains, New York 10601, USA; US$ 24.50.
In der achten Auflage erschien das Adreßbuch US-amerikanischer gemeinnütziger Organisationen, die in der Entwicklungshilfe arbeiten. Insgesamt sind fast 500 Adressen in das Verzeichnis aufgenommen, von denen allein 80 auf dem Gebiet des Planens und Bauens tätig werden. Für jede Adresse werden statistische und finanzielle Auskünfte erteilt, Namen der Direktoren und Projektleiter genannt, auf Schwerpunkte und Länderaktivitäten hingewiesen, und die von ihnen herausgegebenen Publikationen werden aufgezählt. Es gibt Indices nach Namen, Ländern und Tätigkeitsbereichen. Für Leser von TRIALOG kann das Nachschlagewerk in vielerlei Zusammenhängen nützlich werden, z.B. als Auskunftei über bestimmte bei einem Projekt vor Ort in Erscheinung tretende Organisationen, bei der Identifikation möglicher Finanzgeber für ein Projekt in Entwicklungsländern, oder bei der eigenen Jobsuche (auch die Relation zwischen einheimischen, amerikanischen und internationalen Mitarbeitern wird genannt!). Der Band eignet sich also insbesondere für Entwicklungshilfeorganisationen, Entwicklungshelfer, Consultings und Bibliotheken. *Kosta Mathéy*

Zeitschriften

Maghreb: From Colonialism to a New Identity, (A.A.R.P.) Environmental Design No. 1, 1984, Rome/London (108 pp., Bezug: Lavis Marketing, Old Malthouse, 19 AQ Paradise Street, Oxford OX11 LD).
Eine neue Zeitschrift des ebenfalls neu gegründeten „Islamic Environmental Design Research Centre" bei Rom sucht nicht nur über die englische Sprache eine weitere Verbreitung, sondern sie setzt auch in Niveau und Aufmachung die Tradition der Art and Archeology Research Papers (AARP) fort, welche hier im Nebentitel erscheinen. Der Schwerpunkt dieses Heftes — die von Kolonialismus beeinflußte und deformierte Baukultur als Ausgangspunkt für eine architektonische Identitätssuche — beschäftigt sich überwiegend mit Projekten der Stadtplanung, z.B. in Casablanca, Tunis, Algier, Teheran, oder mit dem Wirken einzelner (kolonialer) französischer, tunesischer oder italienischer Architekten, welche nach Ansicht der Herausgeber zur Identitätsfindung beigetragen haben: Die Arbeiten Marmey's in Tunesien und Marocco werden im Lichte dieser Sichtweise als eine Auseinandersetzung von moderner, rationalistischer Architekturkonzeption mit der arabischen Tradition gesehen. Laprade's berühmte Planung für eine arabisierte Neustadt in/bei Casablanca (Darb El Habous) als Rückbesinnung auf Werte traditioneller, gebauter Umwelt bezeichnet. Nach einer Hommage an Ecochard, den bekanntesten spät-kolonialen französischen Stadtplaner, werden anhand von Tunis das völlige Nebeneinander von arabischer Medina und kolonialer Stadt, das Beispiel der selbst nach westlichem Vorbild initiierten Modernisierung im Zentrum Teherans während des 19. Jahrhunderts, sowie der Bau imperialer Boulevards im kolonialen Algier vorgestellt.
Viel knapper werden — im Verhältnis zur stark historischen Ausrichtung dieser Beiträge — leider die jüngeren Arbeiten arabischer Architekten, z.B. in Marocco und Tunesien, behandelt. Stattdessen erhalten Portghesi's arabisierte Entwürfe der römischen Moschee, eines Königspalastes, Flughafens, Geschäftszentrums etc. wieder breiteren Raum. Ein kritischer Beitrag zum architektonischen Niveau der Aga Khan Architekturpreise, einige Exotica und eine Auseinandersetzung mit der Kuppel als Bauform runden das Heft ab.
Bleibt zu hoffen, daß diese für den Spezialisten (!) produzierte Zeitschrift noch existiert und in Zukunft mehr gegenwartsbezogene Beiträge publiziert. *Florian Steinberg*

Sonstiges

Manana, Entwicklungshelfer berichten aus drei Kontinenten, Hrsg. von Horst Heidtmann u. Christoph Plate, Baden-Baden: Signal-Verlag, 1987, ISBN 3-7971-0266-6

Das Buch bietet mit seinen Erfahrungsberichten einen Streifzug durch die äußere und innere Verfassung deutscher Entwicklungshilfe und damit — wenn man das subjektive Element in der Darstellung von Wirklichkeit anerkennt — auch einen Überblick über Länder- und Projektsituationen, in deren Rahmen die Entwicklungsarbeit zum Nutzen oder Schaden ihres Umfeldes wird.

Als vorgezogene Zusammenfassung und gewissermaßen zum Abstecken der gesellschaftspolitisch relevanten Positionen dient eine Einführung des Politologen Franz Nuscheler.

Unter dem Blickwinkel der kollektiven Verantwortlichkeit zieht er sein Resumee mit einem Bild des katholischen Bischof Kamphaus: „...nicht nur mit karitativer Nothilfe die Wunden derer zu verbinden, die unter die Räuber gefallen sind, sondern die internationale Räuberei aufzudecken und, wenn möglich zu verändern."

Die Berichte im Lesebuch sind zu sieben Themen zusammengezogen:

- Staunen und bestaunt werden — Erfahrungen des Fremdseins
- Farbfernsehen im Busch — Prestigeobjekte oder wirksame Hilfe?
- Entwicklung von unten — können nicht auch wir von der Dritten Welt lernen?
- Hilfe zur Selbsthilfe oder als Hilfe für die Geber?
- Gesetze des Dschungels? Entwicklungshilfe zwischen Tradition und Tabu
- Macht und Einfluß — Entwicklungsländer als Schauplatz ideologischer Auseinandersetzung
- Mensch und Natur — Zerstörung oder Rettung durch Entwicklung

Die Offenheit und Vielfalt in der Berichterstattung verhindert jede Mythenbildung, sei es in Bezug auf das Selbstverständnis positivistischer Staatsideologien, sei es in Bezug auf den erfolgsorientierten Pragmatismus des technisch orientierten Entwicklungsansatzes oder in Bezug auf notwendige Änderungen in den Handlungs- und Zielorientierungen innerhalb der Gesellschaften wie zwischen den Individuen.

Die Zukunft, auf die das Buch mit dem Titel „Manana" (Morgen) weist, ist von Skepsis geprägt. Sie wird so gut oder so schlecht sein, wie es gelingt der „internationalen Räuberei" ein Ende zu bereiten.

Im Anhang des Buches befindet sich neben kurzen Länderinformationen und Autoren und Quellenverzeichnis eine Auflistung von Entwicklungshilfeorganisationen und „Dritte Welt"-Initiativen mit einer kurzen Beschreibung der Tätigkeitsschwerpunkte.

Dank dieser Information können „Neugierige" weitere Kontakte knüpfen und an den aufgeworfenen Fragen weiterarbeiten. *Jan Lindert*

Buchhinweis

UNISINOS (Ed.): Las Cooperativas en America Latina. São Leopoldo 1987, Band 1 (Proyecto de investigación organizado por D.W. Beneke y R. Eschenburg)

Dieses Buch enthält eine ausführliche Analyse über die Entwicklung des Genossenschaftswesens in 11 Ländern Lateinamerikas. Weitere Informationen:

Prof. Dr. Rolf Eschenburg, Institut für Genossenschaftswesen, Abtl. Lateinamerika, Universität Münster, Am Stadtgraben 9, 4400 Münster.

Veranstaltungshinweise Wettbewerbe

Veranstaltungshinweise:

2.6.1988 bis 5.6.1988 in Frankfurt. „12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen". Informationen bei: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32—34, 2000 Hamburg 50

13.6.1988 bis 24.6.1988 in Cambridge (Massachusetts). Making Micro-Plans for urban upgrading Programs. Veranstalter: The Biennal International Shelter Workshop. Massachusetts Institute of Technology. Informationen bei: Nabeel Hamdi and Reinhard Goethert, Professional Practice Program, The Laboratory of Architecture and Planning, Massachusetts Institute of Technology, Building N52-491, 77 Massachusetts Avenue, Cambridge, Massachusetts 02139, USA

21.6.1988 bis 22.6.1988 in Aachen, Aachener Fachtagung Juni 1988. Thema: Stadt- und Verkehrsplanung in den Entwicklungsländern. Veranstalter: Institut für Stadtbauwesen der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Informationen bei: Dipl.-Ing. Qiam. Djallalzada, Institut für Stadtbauwesen der RWTH Aachen, Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 5100 Aachen

Sommersemester 1988, Blockseminar zu: Wohnungsnot in Ländern der Dritten Welt. Betreuer: K. Mathéy. Veranstalter: Gesamthochschule Kassel. Informationen bei: Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Architektur, Postfach 10 13 80, 3500 Kassel

Sommer 1988. Menschenkundliches Studienjahr mit Ausbildung zum Raumtherapeuten. Veranstalter: Studienwerk für goetheanistische Kunst und Wissenschaft. Informationen bei: Studienwerk für goetheanistische Kunst und Wissenschaft, Inselstr. 8, D-7815 Kirchzarten 2

25.8.1988 bis 26.8.1988 in Sydney, Australien, Paper 88, „Social /Environmental cyclic events and their resultant effects. (*) Veranstalter: Association of People and physical environment research. Informationen bei: R. Thorne, Conference Organizer, Paper 88, Building G 04, I.B. Fell Research Centre, University of Sydney, NSW 2006, Australia

6.9.1988 bis 8.9.1988 in Birmingham, „Upping Sticks and Moving on". Veranstalter: Development Studies Association, Institute of Local Government studies, University of Birmingham. Informationen bei: Institute of Local Government studies, J.G. Smith Building, University of Birmingham, P.O.Box 363, Birmingham B152TT

20.9.1988 bis 22.9.1988 in Lyon, Urban Management and Development. (*) Veranstalter: Institut des Sciences et des Techniques de l'equipement et de l'environment pour le Developpement. Informationen bei: ISTED, 38 Rue Liancourt, F 750 14 Paris, France

21.9.1988 bis 18.12.1988 in Mailand, Die Städte der Welt und die Zukunft der Metropolen. Veranstalter: XVII. Triennale di Milano — Internationale Ausstellung. Informationen bei: Pierluigi Crosta, Conference Coordinator, Triennale di Milano, Via Alemagna 6, 20121 Milano, Italien

26.9.1988 bis 29.9.1988 in Stuttgart, Internationales Symposium, Natürliche Konstruktionen, Leichtbau in Architektur und Natur. Veranstalter: Sonderforschungsbereich 230, Natürliche Konstruktionen, Universität Stuttgart, Universität Tübingen. Informationen bei: Sonderforschungsbereich 230, Natürliche Konstruktionen, Geschäftsstelle, Universitätsstr. 21, D-7000 Stuttgart 80

26.9.1988 bis 30.9.1988 in Rio de Janeiro, International Conference, Trends and challenges of Urban Restructuring. Veranstalter: International Sociological Association, Research Committee on Sociology of Urban and Regional Development. Informationen bei: Licia Valladares, IUPERJ, Rua Da-Matriz 82, Botafogo 22260, Rio de Janeiro, RJ, Brazil oder Edmond Preteceille, CSU 59-61 Rue Pouchet, 75849 Paris, Cedex 17, France

Oktober 1988 in Kassel. TRIALOG Jahresversammlung, Thema: Übertragbarkeit und Wiederholbarkeit. (*)

Oktober 1988 in Havanna, Kuba. XX. Konvention der Union Panamerikanischer Ingenieure. Informationen bei: Sekretariat UPADI, Parque Central Torre Oeste, 4to. piso, oficinas 26 y 27, Caracas, Venezuela

15.11.1988 bis 17.11.1988 in Havanna, Kuba. 2nd. International Scientific Conference on Regional and City Planning. Informationen bei: International Conference Centre, Apartado 16046, Havanna 16, Kuba

voraussichtl. 3 Tage Anfang Nov. in Mailand, Internationale Fachkonferenz zum Thema „Planungspolitik und Planungen für die metropolitanen Bereiche". Veranstalter: XVII. Triennale di Milano. Informationen bei: Pierluigi Crosta, Conference Coordinator, Triennale di Milano, Via Alemagna 6, 20121 Milano, Italien

Dezember 1988 in New Delhi, Indien, Role of Land and Finance in Housing and Urban Development in The Third World. (*) Veranstalter: Habitat Centre International. Informationen bei: Centre for Human Settlements, 25-27, Netaji Subhas Road, Calcutta - 700 001

19.6.1989 bis 23.6.1989, CIB 89, 11. Kongreß des Internationalen Baurates. Veranstalter: Centre Scientifique et Technique du Batiment. Informationen bei: Centre Scientifique et Technique du Batiment, 4, Avenue du Recteur, Poincaré, 75782 Paris Cédex 16

(*) Ankündigung enthält „Call for papers"

Wettbewerbe:

bis 31.7.1988, Ideenwettbewerb zum Mehrgenerationenwohnen. Veranstalter: Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Informationen bei: Institut für Bauforschung e.V., An der Markuskirche 1, 3000 Hannover 1

BESTELL- UND ANMELDUNGSSCHEIN

☐ Hiermit beantrage ich meine Aufnahme in den Herausgeberverein der Zeitschrift "TRIALOG". Mein Mitgliedsbeitrag in Höhe von jährlich DM 88,-- (incl. Bezug von TRIALOG) wurde auf das unten angegebene Konto überwiesen, bzw. liegt als Verrechnungsscheck bei.

☐ Ich möchte die Zeitschrift "TRIALOG" ab Heft ..... abonnieren. Der Bezugspreis für 4 Ausgaben in Höhe von DM 24,- (für Studenten mit Bescheinigung) bzw. DM 32,- (für Einzelpersonen) bzw. DM 48,- (für Institutionen) wurde überwiesen bzw. ist als Verrechnungsscheck beigefügt.

☐ Ich bitte um Einladung zu den Redaktionstreffen und bin an aktiver Mitarbeit interessiert.

(Zutreffendes bitte ankreuzen! Die Bestellung kann innerhalb einer Woche rückgängig gemacht werden)

Meine Anschrift lautet:

_____

_____

_____

_____

Telefon: (_____)_____

Unterschrift: _____

Abschnitte bitte zurücksenden an:

TRIALOG

Ploenniesstrasse 18
D-6100 Darmstadt

Konto- Nr. 48 35-605
Postgiroamt Frankfurt
Bankleitzahl 500 100 60

Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern

Die Vereinigung ist ein unabhängiger Zusammenschluß von Wissenschaftlern, Lehrenden und Experten im Bereich des Planens und Bauens in der Dritten Welt. Die Mitgliedschaft rekrutiert sich in der Hauptsache aus Architekten, Planern, Soziologen, Geographen, Ethnologen und Ökonomen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland.

Hauptanliegen der Vereinigung ist es, das Verständnis und die Erfahrungen über Entwicklungen und Problemstellungen in der Dritten Welt besonders unter dem Aspekt räumlich- sozialer Theorien und Planungsmethoden zu verbessern. Zur Verfolgung dieses Ziels gehören die Organisation und Auswertung von regionalen wie internationalen Seminaren und Kongressen, eigene Forschungsprojekte der Mitglieder und die Publikation von Forschungsergebnissen, Praxisberichten und didaktisch aufbereiteten Studienmaterialien. Bei allen Aktivitäten wird ein intensiver Dialog mit Fachkollegen in den Partnerländern angestrebt. Der Verein gibt als Organ die Zeitschrift TRIALOG heraus.

Die Vereinigung ist gemeinnützig und beim Vereinsregister in Darmstadt eingetragen. Die Vereinsanschrift lautet:

VEREINIGUNG ZUR WISSENSCHAFTLICHEN ERFORSCHUNG
DES PLANENS UDN BAUENS IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

TRIALOG
PLOENNIESSTR. 18
D-6100 DARMSTADT

TRIALOG

Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt

- ein Journal für Architekten, Stadtplaner, Soziologen, Ökonomen und Entwicklungsplaner.
- ein Journal für die überfällige Debatte um das Verhältnis der deutschen Planer zu den urbanen Veränderungsprozessen der Dritten Welt.
- ein Journal zum Austausch beruflicher Erfahrungen im Bereich städtischer Entwicklungen der Dritten Welt.
- ein Journal zur Aufarbeitung der neuesten Forschungsergebnisse und zur Diskussion aktueller entwicklungspolitischer Konzeptionen für die städtische Entwicklung.
- ein Journal der freien Diskussion, der Arbeitsberichte und der Dokumentation richtungsweisender Ansätze.

"Trialog" ist die einzige deutschsprachige Fachzeitschrift zu Themen des Planens und Bauens in Entwicklungsländern. Immer mehr Architekten, Stadt- und Raumplaner sowie andere Disziplinen beschäftigen sich in Praxis und Forschung mit den Problemen in der Dritten Welt, mit den Auswüchsen einer heftigen und unkontrollierten Verstädterung, der damit zusammenhängenden Entwicklung auf dem Land, und einer rapiden Verelendung großer Teile der Bevölkerung.

Die Praxiserfahrungen wie auch die wissenschaftliche Diskussion der letzten Jahre haben zu vielen neuen planerischen Erkenntnissen und Arbeitsorientierungen geführt. Die praktische Relevanz dieser an Verstädterungs- und Siedlungsproblemen der Dritten Welt orientierten Beiträge wird noch zu überprüfen sein.

Im deutschsprachigen Raum bleiben jedoch viele dieser Arbeiten und Arbeitsergebnisse in der Isolation beruflicher Teilbereiche stecken; - für eine breite Diskussion, für "Feedback" und Informationen fehlt bislang ein geeignetes Medium. Diese Lücke will Trialog schließen durch die regelmäßige Publikation von:

Praxisberichten
Forschungsarbeiten
zur Diskussion gestellten Theoriebeiträgen
Tagungs- und Konferenzberichten
Projektankündigungen der Hochschulen
Rezensionen
von Büchern, Zeitschriften und Filmen
Hinweisen zum Arbeitsmarkt
Leserbriefen

Die thematische Bandbreite von Trialog umfaßt:

a) Verstädterung und Wohnungspolitik

b) Architektur und nationale/regionale Kulturen

c) Arbeitsfelder in der Dritten Welt und die Rolle ausländischer Planer

d) Technologietransfer und Angepaßte Technologien

e) ländliche Entwicklungsstrategien

Trialog wird durch die "Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e. V. (gemeinnützig)" herausgegeben, und ist inhaltlich wie finanziell unabhängig. Die redaktionelle Arbeit wird dezentral von den regionalen Redaktionsgruppen wahrgenommen. Die Redaktionsgruppen werden in Übereinstimmung mit den geplanten Themenheften bei der Jahresversammlung des Herausgebervereins gebildet. Sie sammeln und koordinieren die eingehenden Beiträge, Informationen und Meldungen zur Veröffentlichung in den obengenannten Rubriken der Zeitschrift. Gäste und neue Mitglieder sind bei der Redaktionsarbeit willkommen. Interessenten möchten sich bitte bei einer der lokalen Kontaktadressen melden.

LIEFERBARE TRIALOG- HEFTE

HEFT 5: AUSGRENZUNGEN. Arbeitstitel: "Ghettos"
HEFT 6 (Doppelheft, engl.): SOCIALIST HOUSING? SHELTER POLICIES IN SOCIALIST THIRD WORLD NATIONS
HEFT 7: RAUMORDNUNGEN
HEFT 8: ERNEUERUNG HISTORISCHER STADTZENTREN
HEFT 9: MITTELSTADTPLANUNG
HEFT 10: INTERNATIONALES JAHR DER HILFE FÜR MENSCHEN IN WOHNUNGSNOT
HEFT 11: FRAUEN

HEFT 12: ANGEPASSTE TECHNOLOGIEN
K. MATHÉY: Angepaßte Baumaterialien im Wohnungsbau für untere Einkommensgruppen in Entwicklungsländern. W. WILLKOMM, A. WEMHÖNER: Angepaßte Technologie und Zusammenarbeit - einige Beispiele. J. NORTON: Limitations on improving Earthquake resistance: The exploitation of local materials (Guinea- Conakry). K. MUKERJI: Regenwasser- Sammeltanks in Indien. M. PETEREK: Batie Nord - Eine Gesundheitsstation aus stabilisiertem Lehm in Burkina Faso. J. ROHWEDDER: Versuch einer Typisierung und Bewertung unterschiedlicher Formen der Bauproduktion in Tanzania. ADRESSBUCH: Angepaßte Technologien in Entwicklungsländern.

HEFT 13/14: SLUM- AND SQUATTER- UPGRADING (engl.)
F. STEINBERG, K. MATHÉY: Upgrading: The proof of the pudding is in the eating. R. ZISS: Settlement upgrading in Latin America and the leverage of technical cooperation. C. SACHS: Low income housing in Brasil. G. FADDA: Urban social movements in Caracas. H. SCHMETZER: Slum Upgrading and Sites- and Services- Schemes under different political circumstances. A. SCHLYTER: Commercialization of housing in upgraded squatter Areas in Lusaka. J. OESTERREICH: Upgrading a squatter community (Lusaka). A. LARSSON: Old Naledi in Gaborone (Botswana). H. SIITA: Tamale Integrated Improvement Programme for the urban poor (Ghana). P. RATHSMAN: The PACIM project (Cape Verde Islands). M. BAPAT: Inherent limitations of the scheme for environmental improvement of slums in India. W. J. v. d. LINDEN: Implementation and impacts of an improvement programme in Karachi. R. GOETHERT, N. HAMDI: Making Microplans. K. MATHÉY, R. SAMPAT: Comparative evaluation of case studies in Slum- and Squatter-Upgrading (Matrix). INTERNATIONAL SYMPOSIUM ON SLUM- AND SQUATTER- UPGRADING (Berlin 1986).

HEFT 15: PARTIZIPATION
J. OESTEREICH, H. GHAEMI: Partizipation und Habitat. F. STEINBERG: Bombays illegale Siedler. S. K. MOHANDAS: Selbstorganisation - Selbstentwicklung. HABITAT INTERNATIONAL COALITION: Kollektive Selbsthilfe bei Entwässerungsprojekten in Karachi, Pakistan. Q. A. BAKHTEARI: Basisorganisationen in Baldia, Karachi. J. OESTEREICH: Das Quartier als Siedlungseinheit. P. LANGLEY: Partizipation als Cargo- Kult? G. WEHENPOHL, A. L. F. DOS SANTOS: Gemeinschaftspartizipation in brasilianischen Favelas. H. LOSSACK: Städtische Sozialbewegungen in Mexico.

VORSCHAU

THEORIE UND PRAXIS
ÖKOLOGIE
APPROPRIATE TECHNOLOGY (engl.)
BASISORGANISATIONEN
NEUE TECHNOLOGIEN

LOKALE KONTAKTADRESSEN

- Kosta Mathéy, TRIALOG Geschäftsstelle Süd, Hofangerstr. 21, 8000 München 83, Tel.: 089/40 04 15
- Florian Steinberg, z. Zt. c/o Institute for Housing Studies, BIE, P.O. Box 20718, NL-3001 JA Rotterdam
- Joanna Kotowski- Ziss, TRIALOG Geschäftsstelle Mitte, Dambachtal 9, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121/52 61 62
- Hans Harms, Ulrike Zschaebitz, TU Hamburg- Harburg, FSP 6, Schwarzenbergstr. 93c, 2100 Hamburg 90, Tel.:040/77170-269-(2670)
- Margit Meßmer, Steinbacher Hohl 38, 6000 Frankfurt/M 90, Tel.: 069/768 14 43
- Bernd Jensen, Universität Dortmund, Institut für Raumplanung, Postfach 500500, 4600 Dortmund 50, Tel.: 02231/755-23 98
- Gislind Budnick, Christophstr. 6, 7000 Stuttgart 1, Tel.:0711/64 39 23
- Joachim Baldermann, Hohenzollernstr. 14, 7500 Karlsruhe, Tel. 0721/34650
- Rita Mrotzek- Sampat, Hassan Ghaemi, Ingrid Hermannsdörfer, c/o Planen und Bauen in Entwicklungsländern, THD, Petersenstr. 15, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/16 36 37-(42 32 33)
- Khosrow Edalation, Wolfhagener Str. 409, 3500 Kassel, Tel.: 0561/678 54

CALL FOR PAPERS

Autorenaufruf für TRIALOG-Artikel zum Thema „Basisorganisationen" und „Nicht-Regierungsorganisationen".

In den letzten Jahren ist in den Städten der Entwicklungsländer auf Grund des Versagens von staatlichen Wohnungsversorgungspolitiken die Rolle selbstorganisierter Basisorganisationen (Community Based Organizations = CBOs) und sie unterstützender Nicht-Regierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations = NGOs) erheblich gestiegen.
Weltweit wurden viele innovative Projekte der Betroffenenpartizipation und der kollektiven Selbsthilfe organisiert.
TRIALOG will die Diskussion um derartige Alternativen durch eine neue Auswahl von Beispielen weiterführen. Wir rufen daher unsere Leser, Freunde und Unterstützer auf, Artikelvorschläge zu bislang noch weniger bekannten „CBOs/NGOs" einzusenden an:

Florian Steinberg
c/o I.H.S.
P.O.Box 20718
NL 3001 JA Rotterdam
Niederlande

CALL FOR PAPERS

Die TRIALOG Jahresversammlung wird Anfang Oktober 1988 in Kassel stattfinden. Wie gewohnt, wird das Treffen mit einem eintägigen Fachseminar gekoppelt, dessen Themen diesmal

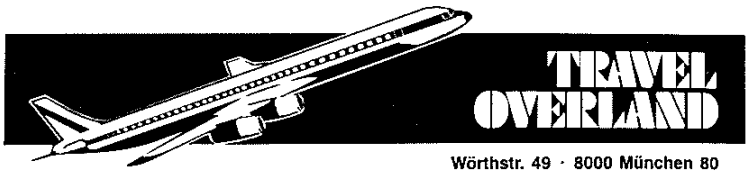
Übertragbarkeit und Wiederholbarkeit (Transferability and Replicability)

sein wird. Dabei kann sowohl ein Vergleich zwischen Zentrums- und Peripherieländern, wie zwischen unterschiedlichen Projekten innerhalb einer Region, oder zwischen Tradition und Moderne angesprochen werden. Interessenten und potentielle Referenten (Themenmeldungen) für die Veranstaltung möchten sich bitte melden bei:

Khosrow Edalation
Wolfhagener Straße 409
3500 Kassel
Tel.: 05 61 / 6 78 54

oder

Kosta Mathéy
Hofanger Straße 21
8000 München 83
Tel.: 0 89 / 40 07 15



Wörthstr. 49 · 8000 München 80
Telefon 089/4 48 15 50

Billigflüge weltweit mit der "Nr 1"

(... warum woanders mehr zahlen? ...)

UNSER SERVICE FÜR INDIVIDUALREISEN

Flugscheinversand · ausgefallene Expeditionsreisen u. Kontinent-Durchquerungen
Billigflüge weltweit · Versicherungen für Individualreisende
Globetrotter-Handbücher · Abenteuerreisen — USA-ASIEN-AFRIKA-TÜRKEI

INFOS ANFORDERN — ANRUF GENÜGT!

Billigflüge weltweit · Tel. 089/4 48 15 50

English Summaries

Ulrike Gamm
Günter Mertins

Cooperatives and/or Alternative Forms of Self-Help Organisations in Housing Strategies of Third World Countries?

Comparing various models of community organisations (cooperative and pre-cooperative societies, project groups, informal groups), the author's aim is to draw attention to the variety of self-help organisations which exist in the housing sector.
Cooperative societies, for a long time the most common type of self-help organisation in public housing programmes, are often not appropriate to the needs and capacities of low-income groups. Unfavourable economic, political and legal conditions as well as the complicated organisational set-up of a cooperative are obstacles for the development of housing cooperatives „from below". State-sponsored cooperatives tend to be instruments for the implementation of national housing policies rather than organisations for the promotion of the interests of their members.
An attempt has been made to discuss advantages and disadvantages of cooperative societies and less formalized types of self-help organisations with regard to different project approaches (site and service, upgrading schemes) and autonomous construction processes. Relevant factors (such as formation process, legal status, finance, internal structure etc.) influencing success or failure of self-help organisations are summarized in a general chart.

Petra Zucker

Housing Cooperatives in Turkey: the Example of BATIKENT in Ankara

Despite the long tradition of the cooperative movement in Turkey, which reaches back into the 19th century, housing cooperatives traditionally played only a minor role in the overall socio-economic development of the country. In recent years, however, a certain revival of the cooperative idea can be observed.
The new popularity of the cooperative idea in Turkey is to a great extent a direct effect of the „mass-housing" project BATIKENT which is currently under realization in the capital of Ankara. As a novelty within the context of Turkey the socalled „urban cooperative model" has to be mentioned, which has been developed by KENT-KOOP, an association representing more than 100 single cooperatives.
The BATIKENT project itself has been planned for 50.000 dwelling units for aprox. 250.000 inhabitants. Up till now BATIKENT seems to be one of the largest construction schemes ever realized in Turkey and one of the largest housing projects in the world planned and implemented solely by cooperatives. With regard to the most critical aspects of the BATIKENT project the author emphazises on the problems of stagnant project implementation, its failure to reach the target group and the fairly low level of cooperative members' commitment and participation. In her concluding remarks the author discusses possible causes of these difficulties.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 9817 F

TRIALOG
Ploenniesstraße 18
D-6100 Darmstadt

C. Caron
M. Hennion

Housing Cooperative Societies: a Way to Solve the Urban Housing Crisis in India?

In India the cooperative way to produce housing in urban areas became quantitatively significant only during the seventies and then more particularly in Bombay. There, the Maharashtra State government is trying to use them for their slum-upgrading and inner city rehabilitation programs.
In its first part the paper describes the initial phases and preliminary stages of Housing Cooperative Societies. The main problems, as described in the second part of the paper, come from some kind of „immaturity" of the building sector in general, which can be characterised by lack of experience, technical knowledge and lack of capital. The authors see the main internal problems in insuffient supervision and control of on-site construction works and a lack of interest and commitment by the members during the building phase.
The authors conclude that within the present institutional framework, Housing Cooperative Societies can't be considered a serious alternative to public housing, but they will be a fundamental aspect of public policy in the housing field, due to the fact that most people can't afford private housing. Therefore measures have to be devised to support Housing Cooperative Societies.

Elinor Wibmer

Cooperatives and Mutual Self-Help in Uruguay: an Alternative Way to Popular Housing and Self-Determination

The article describes the situation of housing cooperatives in Uruguay emphazising the role of mutual self-help as an important precondition for the functioning of cooperatives.
The system of housing cooperatives based on mutual self-help in Uruguay was legaly established and incorporated into the National Housing Ley in 1968. Only 7 years later almost half of all state loans went directly or indirectly into the hands of cooperatives. During military rule from 1975 to 1985 state support to housing cooperatives was more or less suspended. Only recently a certain renaissance of the cooperative idea can be observed.
Housing cooperatives are organized on the principle of self-administration. They finance themselves through state loans and their own contributions which is mainly participation in construction work and self-administration. They build mainly 1 to 2-storey houses, in some cases even multi-storey flats, employing a building technique which combines traditional and industrial forms of production to minimize costs and which easily can be realized by unskilled labor.
The advantages of the cooperative system based on mutual self-help become apparent in three fields: the solutions produced are cost-efficient, they reflect the needs of their inhabitants and the cooperative itself offers a direct way to more self-determination of low-income households.

Arturo Castro J.
Rocio Lombera G.

Housing Cooperatives as Instrument to Support Urban Social Movements

During the last decade the urban social movement in Mexico has gained new momentum and experiences at present a growing importance not only in quantitative but also in qualitative terms. Against this background the article poses the question, in which way local initiatives and groups can be supported more effectively in order to realize their objectives.
Although local groups maintained a very sceptical position against the cooperative for a long time, many of them are rediscovering it as their major tool for organisation, recognizing it as a traditional instrument of the Mexican labor movement. For many groups the cooperative provides an organisational framework to experience and develop new democratic and social relations among their members. It provides a basis for participation in planning, implementation and self-administration of their own housing programs.
Today many local housing cooperatives are members of the *Coordinadora Nacional del Moviemiento Urbano Popular (CONAMUP)* which was founded in 1980. Since then housing cooperatives have gained considerable official recognition and political support from outside. Thus the cooperative as a major organisational tool of the *Moviemiento urbano Popular* offers a new possibility to challenge official state housing programs and urban policies in Mexico more effectively.

Heinrich Lanz

Technical Cooperation with Self-Help Organisations in Developing Countries

The article describes the cooperation between HELVETAS, a swiss non-government organisation for technical cooperation, and the *Sarvodaya Shramadana Movement* in Sri Lanka and the *Consumers' Association of Penang, Malaysia.*
The *Sarvodaya Shramadana Movement* was founded by a teacher from the well-known buddhist Nalanda College in Colombo, Sri Lanka in 1958. Today the Shramadana Movement is working in over 2300 villages all over the country. The organisation is engaged in different Village Development Programs emphazising on education and health programs especially for children and young mothers. They support local initiatives by providing professional assistance, building and teaching materials as well as equipment needed. The conceptual approach of the Shramadana Movement to development is rooted mainly in the idea of the „Re-Awakening", bringing back self-confidence and self-consciousness to the village people.
The *Consumers' Association of Penang (CAP)* was created in 1970 as an independent non-profit organisation. Its major concern is not only to protect consumers from exploitation by conducting market research and information campaigns, but also to initiate a self-generating process of growing awareness among low-income households. Today CAP is one of the few critical organisations originating in a Third World Country, pointing out the growing environmental problems in rural and urban areas and the continuous destruction of natural resources in Malaysia.
Both organisations are technically and financially supported by HELVETAS. From their experience with these organisations the author concludes that it is possible to change the classical pattern of a one-sided „cooperation" into a more symmetric relationship through cooperation with local partners in Third World Countries, enabling both to learn from each other, thus to come to a better mutual understanding of the dialectics of „underdevelopment" and „overdevelopment".